

## REZENSIONEN

**Cornelius Hasselblatt: Estnische Literatur in deutscher Übersetzung. Eine Rezeptionsgeschichte vom 19. bis zum 21. Jahrhundert, Wiesbaden: Harrassowitz 2011, 476 S., zahlr. Abb.**

Seit über zwei Jahrzehnten ist es das Ziel des Groninger Finnougristen und Estonisten Cornelius Hasselblatt, den Bekanntheitsgrad der estnischen Literatur im deutschen Sprachraum zu steigern. Nachdem er mit seiner 2009 erschienenen, monumentalen „estnischen Literaturgeschichte“ dem deutschen Leser die Fülle des estnischen literarischen und literaturwissenschaftlichen Schaffens von Anbeginn bis in das 21. Jahrhundert vor Augen geführt hat,<sup>1</sup> gibt er ihm nun mit seiner Rezeptionsgeschichte einen Überblick der auf Deutsch vorliegenden estnischen Literatur an die Hand. Eine deutlichere Aufforderung zum Selberlesen, einen pädagogisch besseren Einstieg in eine im deutschen Sprachraum nach wie vor weitgehend unbekannte Literatur, ein deutlicheres Credo an das Buch kann es kaum geben.

In 23-jähriger Spürarbeit nach „Rezeptionsbefunden“ hat der Verfasser den Umfang seiner erstmals 1988 und abermals 2004 vorgelegten Bibliografie der estnischen Literatur in deutscher Sprache deutlich vermehrt.<sup>2</sup> Dies liegt nicht nur an der Quantität der neuen Belege, sondern auch an der Fülle ausführlicher Zitate, die sich teils spannend, teils ermüdend lesen. Die Rezeption einer „kleinen“ Literatur in einer „großen“ ist ein innovatives Unterfangen und so konnte die chronologisch geordnete Monografie auch bei einem der führenden Verlagshäuser Deutschlands exklusiv angesiedelt werden.

Innovation auf quellengesättigtem Gebiet, geschrieben von Meisterhand – welche Probleme kann der kritische Geist da angesichts des Buches finden? Kurz zusammengefasst lassen sich die Probleme mit zwei Schlagwörtern umreißen: die Rezeption und die Leserschaft. Bei beiden Aspekten macht es sich der Autor leicht, indem er mit sicherer Hand ihre Abgründe umschiffet. Ob dies dem Buch gut getan hat, ist Geschmackssache.

Liebt man es tiefgründig, bietet die Rezeptionsgeschichte ein dankbares Feld, ist es doch nur schwer festzumachen, ab wann von ihr die Rede sein kann und was genau mit ihr bezeichnet wird. Hasselblatt definiert sein Untersuchungsfeld rasch und logisch. Es geht ihm im vorliegenden Buch, wie bereits der Titel besagt, ausschließlich um Übersetzungen estnischer Literatur ins Deutsche, wobei er neben Büchern und Monografien, auch kleinere Werke und sogar mit Einschränkungen Sekundärliteratur mit einbezieht. Ungenannt bleiben somit alle anderen Formen der Rezeption, die die vorliegende Übersetzungsgeschichte mit Sicherheit sinnvoll flankiert hätten. Doch liegt das Hauptaugenmerk eben nicht auf der Rezeption an sich, sondern auf der Übersetzung und das in einem breiten Umfang, der die Frage nach dem hier zu Grunde liegenden Literaturbegriff aufkommen lässt. Statt die Tiefe und Komplexität der Rezeption hervorzuheben, wird hier die Breite der Übersetzungsleistung

- 1 Cornelius Hasselblatt: Geschichte der estnischen Literatur. Von den Anfängen bis zur Gegenwart, Berlin u.a. 2006.
- 2 Cornelius Hasselblatt: Estnische Literatur in deutscher Sprache 1802–1985. Bibliographie der Primär- und Sekundärliteratur, Hamburg 1988; ders.: Estnische Literatur in deutscher Sprache 1784–2003. Bibliographie der Primär- und Sekundärliteratur, Bremen 2004.

vor Augen geführt; statt einer Analyse geht es um die Beschreibung eines Feldes. Und so erscheint die Rezeption estnischer Literatur im 21. Jahrhundert in der mit Metaphern gesättigten Sprache des Verfassers folgerichtig als „holpriger Acker [...], auf dem recht unterschiedliche Pflänzchen vereinzelt hervorsprossen“ (S. 407). Das vorliegende Buch gleicht also einem Herbarium, in dem Hasselblatt die teils seltenen Exemplare dieser nur unter ganz speziellen Umständen im Zusammenspiel von Übersetzer, Verlag und Rezipient gedeihenden Pflanzenwelt der estnischen Übersetzungen ins Deutsche zusammengetragen hat. Auf knapp 500 Seiten legt er dem deutschen Leser seine teils abwegig anmutenden „Rezeptionsbefunde“ vor und erzählt dabei in gewohnt salopper Weise von einer deutsch-estnischen literarischen Beziehungsgeschichte, in der er die gängigen Kräfteverhältnisse von Groß und Klein, von Qualität und Quantität aus den Angeln hebt. Und hier offenbart sich die politische Dimension des vorliegenden Literaturverständnisses.

Konsequent entwickelt der Verfasser die bereits der „estnischen Literaturgeschichte“ zugrunde liegende quantitative Bewertung von Literatur weiter, indem er hinter der angeblich „gehobenen Qualität“ weltweit bekannter Autoren, wie Shakespeare und Goethe, das Diktat der Quantität großer Literaturen über die kleineren und damit eine reine Machtfrage zu erkennen meint (S. 11). Von hier aus erklärt sich auch das Bemühen, Buch um Buch, die „kleine“ estnische Literatur „groß“ zu schreiben und ihr, im vorliegenden Fall innerhalb der großen deutschen Literaturlandschaft, quantitativ Raum zu verschaffen; von hier aus erklärt sich zudem die Abwendung von der Tiefenanalyse der Rezeption und die quantitative Darlegung des literarischen Feldes der übersetzten Literatur. Aufgespannt ist seine Erzählung vom Umgang der Großen mit den Kleinen zwischen den Extremen der Exotisierung und Normalisierung des estnischen literarischen Schaffens auf dem deutschen Buchmarkt. Dieser Erzählstruktur folgend, kam es in der fast 200 Jahre alten Übersetzungsgeschichte nur kurzfristig mit der Rezeption des schriftstellerischen Schaffens von Jaan Kross während des politischen Umbruchs der frühen 1990er Jahre zu einer Rezeption der estnischen Literatur auf Augenhöhe. In diesem Fall handelte es sich um eine Rezeption, die vom Potential des Künstlers selbst, nicht aber von einem Interesse an Estland, seiner Geschichte und Kultur getragen wurde. In der Regel öffnete sich der literarische Markt Deutschlands der kleineren estnischen Literatur gegenüber nur während politisch relevanter Umbruchssituationen. Neben der Erlangung der Unabhängigkeit 1991 zählt Hasselblatt hierzu die Entstehung der estnischen Kulturnation, auf die mit der Übersetzung estnischer Märchen, Sagen und des Nationalepos in das Deutsche reagiert wurde. Weitere Zäsuren stellen die Entstehung der Eigenstaatlichkeit 1918 sowie die Eingliederung in die Sowjetunion dar. Ihnen folgte jeweils eine Welle von Übersetzungen, wobei aufgrund der allgemein geringen Rezeption als signifikanter Anstieg bereits eine Übersetzung weniger Werke pro Jahr gelten kann. Die Rezeption estnischer Literatur, jedenfalls in ihrer Deutung als Übersetzungsgeschichte, war also weitgehend politisch motiviert und erfolgte zu Zeiten, da der kleine Partner Estland vor dem Hintergrund der Zeitgeschehenisse in den Augen des großen an Bedeutung gewann.

Diese Interpretation der Rezeptionsgeschichte, so schlagend sie für den Untersuchungszeitraum des 20. und 21. Jahrhunderts ist, kann schwerlich als Maßstab für die Rezeption in der Zeit vor 1939 dienen, in der die transnationale und multilinguale baltische Lebenswelt noch Bestand hatte. Während des jahrhundertelangen transkulturellen und plurilingualen Miteinanders waren Übersetzungen für das alltägliche Verständnis über weite Strecken und für einen Großteil der Deutschen im Baltikum nicht nötig, reichte das Sprachvermögen

doch für eine direkte Rezeption aus. Für diese Zeit stimmen denn auch die anfänglich gegebenen Definitionen dessen nicht, was unter „Rezeption estnischer Literatur in deutscher Übersetzung“ verstanden werden soll. Nicht jede deutsche Variante eines estnischen Textes kann als Zeichen dafür gelten, dass besagter Text auch wirklich im deutschen Kulturraum rezipiert wurde. Um diese Besonderheiten des baltischen Kulturraums beschreiben zu können, wählt der Verfasser den Begriff „Pseudorezeption“, der ausgehend vom 20. Jahrhundert zutreffend ist, sich als Analysebegriff für das 19. oder gar 18. Jahrhundert aber erst beweisen muss. Hier, in der Beschreibung und Analyse der baltischen plurilingualen Vormoderne, zeigt das Buch Schwächen, die unter anderem darin liegen, dass die Forschungsergebnisse zur Rezeption estnischer Literatur in der deutschen im „langen 19. Jahrhundert“, in jüngster Zeit maßgeblich vorangetrieben von den Arbeiten der estnischen Literaturwissenschaftlerin Liina Lukas, unberücksichtigt bleiben.<sup>3</sup> Durch ihre Arbeiten wurde deutlich, in welchem Ausmaß Topoi der estnischen Volkskultur nicht nur von Deutschen im Baltikum, sondern auch in Deutschland selbst, etwa in den Sammlungen der Gebrüder Grimm, rezipiert wurden. Im Licht dieser Ergebnisse scheint es angebracht, den Rezeptionsbegriff für die Zeit vor dem 20. Jahrhundert zu erweitern, auch wenn Volksüberlieferungen zu dieser Zeit nicht schriftlich vorlagen, die Frage nach der gegenseitigen Rezeption offen ist und von einer Übersetzung ins Deutsche nicht gesprochen werden kann (S. 23). Ohne Frage ist die Analyse der frühen Rezeption schwierig. Sie aus dem Blick des 20. und 21. Jahrhunderts zu reduzieren – „[s]olange die Esten deutscherseits als Urheber von Literatur überhaupt nicht in Betracht gezogen wurden, konnte es eine Rezeption estnischer Literatur im herkömmlichen Sinne nicht geben“ (S. 17) – beschneidet die Rezeptionsgeschichte jedoch um wertvolle Dimensionen, die für die baltische Lebenswelt von grundsätzlicher Bedeutung sind. Sicherlich, der Verfasser ist vor allem an der Rezeption in Deutschland interessiert, zu der die Deutschbalten im 20. und 21. Jahrhundert (soweit man von ihnen zu dieser Zeit noch sprechen kann) kaum beigetragen haben (S. 241). Dennoch sollte anerkannt werden, dass es bereits vor der allgemeinen Anerkennung der Esten als Kulturnation eine deutsch(baltisch)e Rezeption gab, die sich in deutschen Texten niederschlug und möglicherweise weit mehr darstellte als „frühe Streubelege“.

Doch wenden wir uns dem Leser zu: Wer ein Interesse an der estnischen Literatur hat, aber kein Estnisch zu lesen vermag, kann mit der vorliegenden Monografie endlich den passenden Zugriff finden: Von der „hohen“ Literatur und Lyrik, über das Kinderbuch bis hin zum Phantasieroman bietet die übersetzte estnische Literatur für jeden Geschmack das Passende. Ist die estnische Literatur damit endgültig in Deutschland angekommen? Das hängt allein vom Leser ab. Und hier komme ich zum zweiten Schwachpunkt des Buches, das über die tatsächliche Rezeption der ins Deutsche übersetzten estnischen Literatur keine Aussage trifft. Sicherlich ist diese weitaus schwieriger zu rekonstruieren, als es die Existenz von Übersetzungen ist. Doch ist es inhaltlich notwendig, sich weiterführende Gedanken

3 Liina Lukas: Ortssagen als Balladenquelle in der deutschbaltischen Literatur, in: *Interlitteraria* 14 (2009), S. 104-128; dies.: Wandernde Seen. Estnische und lettische Natursagen in der deutschbaltischen Dichtung, in: Liina Lukas, Ulrike Plath u.a. (Hrsg.): *Umweltphilosophie und Landschaftsdenken im baltischen Kulturraum – Environmental Philosophy and Landscape Thinking*, Tallinn 2011, S. 236-259; dies.: Estonian Folklore as a Source of Baltic-German Poetry, in: *Journal of Baltic Studies* 42 (2011), No. 4, S. 491-510.

zu machen. Denn erst, wenn wirklich gelesen wird, wenn der Kreis der Lesenden den der Übersetzer deutlich überschreitet, kann von einer Rezeption gesprochen werden. Weiter stellt sich die Frage, für wen der Autor seine Rezeptionsgeschichte eigentlich geschrieben haben mag? Erinnern wir uns: Die frappierendste Aussage des Buches ist, dass es zu einer regen Rezeption ausschließlich in Krisenzeiten gekommen sei. Eine „normale“ Rezeption in einer – wenn man so will – stabilen politischen Landschaft führt also genau dorthin, wo sich die Rezeption der estnischen Literatur augenblicklich zu befinden scheint, nämlich im Niedergang. Zwar finden sich genügend estnische Bücher, die eine Übersetzung ins Deutsche verdienen würden, auch gibt es hoch qualifizierte Übersetzer, doch fehlt es an Rezipienten und an den institutionalisierten Mittlern der Übersetzungen, wie den großen Verlagen und ihren Mitarbeitern, die sich bereitwillig der estnischen Literatur annehmen würden. Wenn also heute lediglich von einer geringen Rezeption gesprochen werden muss, wer sind dann die potentiellen Leser der Rezeptionsgeschichte? Es könnten estnische sowie deutsche Literaturwissenschaftler sein, die sich diesem peripheren Gebiet im Rahmen ihrer Forschung zuwenden.

Doch bleibt die Hoffnung, dass die Monografie mit ihren Abbildungen und Zitaten den einen oder anderen Neuleser für die estnische Literatur zu gewinnen vermag, von Estland-Begeisterten das ein oder andere Buch gekauft oder verschenkt und auf diese Weise möglich wird, was bisher unmöglich war, nämlich das Interesse an der Literatur Estlands vom politischen Geschehen abzukoppeln. Folgt man dieser Logik, wird Rezeption, wird das Lesen zu einem gesellschaftspolitischen Akt, der die gängigen Regeln außer Kraft setzt. Damit das Lesen diese Kraft entfalten kann, braucht es freilich die entsprechenden Texte, die zu berühren vermögen und dem Leser Wichtiges, Spezifisches wie Allgemeinmenschliches aus einem anderen Lebensumfeld zu sagen haben.

Und daran knüpft sich die zentrale Kritik an der Monografie: Das Fehlen einer qualitativen Bewertung der literarischen Texte, so schwierig sie auch zu bewerkstelligen ist. Einer Rezeptionsgeschichte, die als Leseaufforderung verstanden werden will, hätte der Verweis auf die Qualität einiger weniger Texte und die Konzentration auf dieselben gut getan.

Ulrike Plath, Tallinn

**Heinrich Detering, Torsten Hoffmann u.a. (Hrsg.): Nationalepen zwischen Fakten und Fiktionen. Beiträge zum komparatistischen Symposium 6.–8. Mai 2010 Tartu, Tartu: University Press 2011, 321 S.**

In dem Maße, in dem die einst selbstverständlichen Gewissheiten nationaler Selbst- und Weltansichten sich im Zuge von Migration, Globalisierung und veränderten politischen sowie gesellschaftlichen Herausforderungen aufzulösen beginnen, werden die einstigen nationalen Programmatiken durch die Wissenschaft einer neuen, in der Regel dekonstruktiven Lektüre unterzogen. Die allgemein gewordene Einsicht, dass Nationen nur „vorgestellte Gemeinschaften“ (Benedict Anderson) sind, richtet das Interesse dabei besonders auf die Generatoren dieser Gemeinschafts-Vorstellungen – und das waren in erster Linie einst weit verbreitete poetische Texte, die den Menschen Vorstellungsbilder jenes nationalen Ganzen vermittelten, von dem sie selbst ein Teil sein wollten. Nationalismusforschung wird dadurch zu einem neuen Schwerpunktthema ausgerechnet der Literaturwissenschaften, die in der Ver-

gangenheit als Nationalphilologien an der Konstruktion nationaler Selbstbilder entscheidend mitgewirkt hatten – sie arbeiten nun ihre eigene Vor- und Begründungsgeschichte auf.

In diese europaweit zu beobachtende – und auch in der Zeitschrift *Nordost-Archiv* bereits mit einer Schwerpunkt-Ausgabe vertretenen<sup>1</sup> – Tendenz passt sich der hier zu besprechende gewichtige Band ein. Er widmet sich systematisch einer spezifischen Form nationalpoetischer Texte, den so genannten „Nationalepen“, die aufgrund einer entsprechenden Formulierung Herders im Zuge der nationalen Bewegungen als Zeugnis der kulturellen Vollwertigkeit einer Nation galten: Eine „vorgestellte Gemeinschaft“, die vor sich und den anderen „vorgestellten Gemeinschaften“ als gleichwertige Nation akzeptiert sein wollte, musste über ein Nationalepos verfügen, das als im „Volk“ durch anonyme Überlieferung entstandener, kollektiver Ausdruck des nationalen „Wesens“ gelten konnte. Das „Poetische“ oder auch von jeder Wirklichkeit abweichende Ver-Rückte an diesem Konzept, das wird in vielen der Beiträge, aber auch in der zusammenfassenden Einleitung der Herausgeber und im eröffnenden Haupt- und Großbeitrag von Thomas Taterka überdeutlich, bestand darin, genau betrachtet, keine einzige nachantike europäische Nation über ein solches, in ferne Geschichtstiefen, in ein „Ursprüngliches“ hinab- und zurückreichendes Nationalepos verfügte. Die antiken Vorbilder, auf die man sich mit dieser Forderung gerne berief, waren zudem entweder nie als Nationalepen gedacht (*Ilias* und *Odyssee*) oder entworfen und geschrieben zur Verherrlichung eines Herrschaftsgefüges, des *Imperium Romanum* und des Prinzipats des „erhabenen“ („augustus“) Octavian (Vergils „*Aeneis*“), die wirklich nicht als „national“ bezeichnet werden können. Außerhalb der Theorie gab es so gar keine Nationalepen. Dies aber trübte den gemeinsamen Willen der miteinander konkurrierenden europäischen Nationen zu einem jeweils eigenen Nationalepos nicht.

Die logische Folge waren nachträgliche Versuche, irgendwie doch noch zu einem solchen Nationalepos zu kommen – sei es durch Kumulation älterer Texte, die als „Fragmente“ eines verlorenen und nun nur wieder herzustellenden Nationalepos betrachtet wurden, sei es durch abenteuerliche Interpretation (so wurde das *Nibelungenlied* zur „deutschen *Ilias*“), sei es durch direkte Fälschung. Die Beiträge des Bandes widmen sich vor diesem Hintergrund verschiedenen Versuchen, ein Nationalepos für die jeweilige „vorgestellte Gemeinschaft“ zu erlangen und zu etablieren. Sie betrachten diese teils unter den Bedingungen der Entstehungszeit der einzelnen Texte, teils hinsichtlich späterer Rezeptionszeugnisse, die zeigen, wie diese Nationaltexte in die jeweilige „vorgestellte Gemeinschaft“ eingesickert sind und das kollektive Vorstellungsvermögen beschäftigten. Einzelne Momente solcher Texte konnten z.B. auf eine angeblich gemeinte Referenz-Landschaft abgebildet werden, die dann durch Denkmäler überschrieben und oft sogar in ihrer konkreten Gestalt nach und nach dem jeweiligen Text angeglichen wurden wie die Hohle Gasse bei Küsnacht am Rigi in der Schweiz Schillers *Wilhelm Tell* (so Silke Pasewalck, S. 141); die Adaption nationalepischer Vorstellungen konnte aber auch zu Versuchen führen, die Epen im Sinne jeweils einzelner innergesellschaftlicher (und häufig wiederum ihrerseits vorgestellter) Sub-Kollektive umzudeuten (etwa aus weiblicher Perspektive wie Esbjörn Nyström am Beispiel von Selma Lagerlöf zeigt), was wiederum offenbart, wie inkohärent die „vorgestellten Gemeinschaften“ tatsächlich waren.

1 Jürgen Joachimsthaler, Hans-Christian Trepte (Hrsg.): *National-Texturen. National-Dichtung als literarisches Konzept in Nordosteuropa*, *Nordost-Archiv* XVI (2007).

Die Herausgeber haben die durchweg überzeugenden Beiträge nicht einfach chronologisch nach Entstehungszeit der entsprechenden Nationalepen angeordnet, sondern so, dass der Leser, der den Band von Anfang bis Ende liest, quasi assoziativ am Faden miteinander korrespondierender Problem- und Motivkomplexe durch die nationalepischen Textwelten und ihre Entstehungs- und Rezeptionsbedingungen hindurchgeführt wird. Der Eindruck der dichten Vernetzung dieser Textwelten miteinander wird noch dadurch erhöht, dass die Herausgeber in einzelne Beiträge immer wieder Hinweise auf andere Beiträge eingebaut haben, wenn über den Band verstreute einzelne Stellen einander ergänzen. Über Länder- und Epochengrenzen hinweg wird der Leser dadurch in sich überlagernde Problembereiche so eingeführt, dass er gewissermaßen von Verdichtungspunkt zu Verdichtungspunkt weiterlesen und -„reisen“ kann.

Es ist hier leider nicht möglich, auf alle Beiträge in der ihnen eigentlich gebührenden Genauigkeit einzugehen, ich kann hier nur herausgreifen, was zur besonderen Prägnanz des Bandes beiträgt: An erster Stelle hervorzuheben ist der Beitrag von Thomas Taterka „Die Nation erzählt sich selbst. Zum europäischen Nationalepos des 19. Jahrhunderts“, der das Konzept der Nationalepik zu seinen philologischen Wurzeln zurückverfolgt. Es waren ja durchweg Gelehrte, die diese Epen produzierten und sie – wie die Brüder Grimm – programmatisch begründeten. Taterkas analytisch feine Darstellung führt mit durchaus humoristischem Sinn für die Paradoxien und Widersinnigkeiten nationaler Konstruktionen zu der Frage, welchen Zweck diese Nationalepen eigentlich weiter haben sollten, als den, vorhanden und Epos, Nationalepos eben, zu sein. Seine Antwort ist ernüchternd und befreiend – und hat als „Taterkas Gesetz“ erkennbar die gesamte Tagung geprägt; in der pointierenden Zusammenfassung der Herausgeber liest dieses „Gesetz“ sich so: Nationalepen „sind vor allem dazu da, da zu sein.“ (S. 13) Sie werden nicht unbedingt gelesen – das zeigen etliche der weiteren Beiträge deutlich –, aber dringend benötigt als ein Zeichen nationaler Größe, die man durch ihre bloße Existenz beweisen kann. Schön gemachte Luxusausgaben stehen in den Bücherschränken, Namen und zentrale Motive aus ihnen sind im kulturellen Diskurs weit verbreitet – und umso beliebiger und vielfältiger verwendbar, je weniger der freie Umgang mit ihnen durch Textkenntnis beeinträchtigt wird.

Hans Graubner stellt im Anschluss an Taterka Herders Epenkonzept vor, ehe Barbara Schaff sich den von James McPherson publizierten (angeblichen) Gesängen von Ossian zuwendet und damit jenem Text, der eine europaweite Mode auslöste, ohne die die in diesem Band behandelten weiteren Texte womöglich nie entstanden wären. Auch Herder war begeistert davon und hätte ohne diese Inspiration womöglich seine gesamte Volks- und Epenkonzeption niemals so entwickelt, wie sie dann wirkungsmächtig wurde.

Mit den beiden folgenden Texten erweitern Heinrich Detering und Silke Pasewalck den Bereich dessen, was als „Nationalepik“ verstanden werden kann, indem sie Texte behandeln, die zwar keine Epen sind, in der Rezeption aber genau so gehandhabt und genutzt werden, wie dies von erfolgreichen Nationalepen zu erwarten wäre. Detering macht dies am Beispiel der Märchen der Brüder Grimm deutlich, die durch ihre Entstehung und Überformung zu „Volksmärchen“ in vielen Punkten durchaus dem entsprechen, was die Grimms sich unter Nationalepen vorstellten. Nicht umsonst ließen schon die Grimms sich dazu verführen, ihre Märchensammlung und die Angaben über deren Herkunft in einer Weise zu stilisieren, die einer Verfälschung gleichkommt. Pasewalck geht in der Öffnung des Epenbegriffs noch einen Schritt weiter, wenn sie die Rezeption von Schillers Drama „Wilhelm Tell“ in

der Schweiz betrachtet. Das Stück wurde – im Prinzip sogar gegen dessen Autor – an die Stelle eines zentralen Textes der Schweizer Nationalkonstruktion gerückt und geriet so in die absurde Situation, als Drama die Funktion eines Nationalepos erfüllen zu müssen.

Die beiden folgenden Texte von Karin Hoff und Esbjörn Nyström behandeln skandinavische Beispiele, die Isländersagas und die Frithiofssaga, letztere vor allem durch die Brille ihrer Rezeption durch Selma Lagerlöf; Zuzana Stolz-Hladká widmet sich tschechischen Identitätskonstruktionen, genauer: den Auswirkungen der berühmten Handschriftenfälschungen von 1817/18 auf die unter nationalen Vorzeichen neu sich aufstellende tschechische nationale Literatur und insbesondere auf Božena Němcová's „Babička“. Christian Niedling setzt dann Elias Lönnrots finnische „Kalevala“ und das Nibelungenlied bzw. deren Rezeption als Nationalepen vergleichend nebeneinander, ehe Torsten Hoffmann sich Heiner Müllers an den Nibelungen vollzogener Mythendekonstruktion in den „Germania“-Dramen zuwendet. Die letzten drei Beiträge widmen sich dem estnischen „Kalevipoeg“, seinem Autor Kreutzwald und seiner Rezeption bis in die Gegenwart herein.

Allein die bloße Aufzählung zeigt schon, dass der Band ein weites Panorama bietet und eine in dieser Form bisher seltene Zusammenschau vieler Nationalepen und ihrer Entstehungsbedingungen ermöglicht. Er überzeugt durch die vielen Bezüge und Analogien, die er sichtbar macht.

Kein Sammelband kann alles erhalten und es wäre ein müßiges Spiel, aufzuzählen, was sonst noch vorkommen könnte an Nationalepen. Wenn ich dennoch kurz über die Grenzen dieses Bandes hinausdenke, so ist dies nicht als Kritik zu verstehen, sondern als Zeugnis der Anregungen, die er gibt, und der Horizonte, die er eröffnet, aber auch der Fragen, an die sich heranwagen muss, wer nach diesem Band noch weiter an der Thematik „Nationalepen“ arbeiten will: Nimmt man in diesem Band nicht mit herangezogene Texte wie Andrejs Pumpurs' „Lāčplēsis“, Kristijonas Donelaitis' „Metai“ oder Adam Mickiewiczs mit dem Anruf Litauens beginnenden „Pan Tadeusz“ mit in den Blick, so fällt auf, dass offensichtlich der finnisch-baltische Raum (incl. Litauens) besonders produktiv gewesen zu sein scheint in der Produktion von Nationalepen. Bei Finnen, Esten und Letten lässt sich dies aufgrund ihrer Situation als erst spät „erwachende“ Nationen leicht erklären. Donelaitis und Mickiewicz aber stehen für „andere“ Nationalepen, die auch Taterkas Gesetz zumindest partiell widersprechen: Sie behaupten nicht uralte zu sein, bewegen sich inhaltlich auf Höhe der sozialen bzw. politischen Probleme ihrer Zeit, interessieren ihre Leser deshalb tatsächlich inhaltlich und wurden zu Nationalepen nur dadurch. Wenn auch nicht unbedingt explizit als „Nationalepen“ geschrieben, waren sie doch so verfasst, dass sie problemlos als solche rezipiert werden können und von sich aus solcher Rezeption eigentlich weit weniger Widerstand entgegensetzen als die brüchigen, mit viel Aufwand zurechtgebogenen Überlieferungsreste, um die James MacPherson und Elias Lönnrot und all die Konstrukteure der in diesem Band behandelten Nationalepen mühsam ihre Epen konstruierten. Nimmt man schließlich noch Johann Wolfgang von Goethes „Hermann und Dorothea“ (und dessen Rezeption) hinzu, zeigt sich, dass das Bedürfnis nach nationalen Epen nicht nur Fälschungen angeblich uralter Texte hervorbrachte, sondern auch Werke hervorbringen konnte, die in traditioneller Form aktuelle Probleme behandelten. Wie aber diese beiden Arten von Nationalepen, hier Goethe, Donelaitis und Mickiewicz, dort Lönnrot, Kreutzwald und Pumpurs, zusammenpassen mögen – das ist eine Frage, die dieser

Band zwar nicht stellt, die ohne ihn aber auch nicht stellbar wäre. Er erst öffnet die Augen dafür. Für weitere Forschungen in dieser Richtung ist er ebenso anregend wie unverzichtbar.

Jürgen Joachimsthaler, Marburg

**Gunnar Prause, Urve Venesaar (Hrsg.): University-Business Cooperation Tallinn 2011, Berlin: Berliner Wissenschafts-Verlag 2011, 276 S.**

Universitäten und Fachhochschulen bzw. Colleges mit einem wirtschaftswissenschaftlichen Schwerpunkt nehmen im akademischen Wettbewerb um Studierende und Fördermittel *per definitionem* eine gewisse Sonderstellung ein: Marktliche und quasi-marktliche hochschulische Steuerungen basieren auf ökonomischen Leitideen und Ansätzen, die einen Kern der Forschung und Lehre dieser Hochschulen darstellen und mit denen sie entsprechend vertraut sind. Gleichzeitig ist der Wettbewerb hier womöglich besonders stark, da die Ergebnisse von Lehre und (anwendungsbezogener) Forschung vergleichsweise objektiv ökonomisch bewertet werden können. Die akademische Wettbewerbssituation ist wiederum in den baltischen Staaten aufgrund der überaus heterogenen Hochschullandschaft, der demografischen Entwicklung (Rückgang der Studierendenzahlen) und dem großen Anteil privater Studienfinanzierungen besonders ausgeprägt. Vor diesem Hintergrund ist es ausgesprochen rational, dass die „Tallinn School of Economics and Business Administration“ (TSEBA) der Technischen Universität Tallinn im Februar 2011 ein „University-Business Forum“ organisierte und die Tagungsbeiträge in einem Sammelband veröffentlichte. Über die Diskussion und Publikation entsprechender Aktivitäten und Projekte – seien es Unternehmensausgründungen, Auftragsforschungen für Firmen oder die Förderung des „Unternehmergeistes“ in der Lehre – ist es der Hochschule schließlich möglich, potentiellen Studierenden und unternehmerischen Kooperationspartnern die eigenen Wettbewerbsvorteile zu verdeutlichen. Ziel von Tagung und Publikation ist es dabei, einen regionalen Schwerpunkt auf den Ostseeraum und hier insbesondere die baltischen Staaten zu setzen. Die Tagungskooperation mit der Hochschule Wismar und die finanzielle Förderung durch das Baltisch-Deutsche Hochschulkontor verdeutlichen in organisatorischer Hinsicht diesen räumlichen Fokus.

Der Tagungsband gliedert sich in drei Teile: Während der Name des ersten Teils – „University-Business Cooperation“ – identisch ist mit dem Titel der gesamten Publikation, widmet sich Teil II eher der unternehmerischen Lehre („Entrepreneurial Education“), bevor in Teil III verschiedene allgemein wirtschaftswissenschaftliche Forschungsarbeiten zusammengefasst werden („Business Research“). Die insgesamt 16 Beiträge sind somit inhaltlich ausgesprochen heterogen. Leider unternimmt die sehr knappe Einleitung der beiden Herausgeber, Gunnar Prause (Wismar/Tallinn) und Urve Venesaar (Tallinn), keinen Versuch, die drei Teile und deren Beiträge zueinander in Beziehung zu setzen und den konzeptionellen Rahmen des Tagungsbandes so systematisch abzustecken.

„University-Business Cooperation“ (UBC), Kooperationen zwischen Hochschulen und Unternehmen, werden im ersten Teil anhand verschiedener Fallbeispiele dargestellt, in die die Autoren der jeweiligen Beiträge meist direkt oder indirekt involviert waren. Ausgangspunkt ist dabei vielfach die Annahme, solche Kooperationen seien eine Aufgabe von Hochschulen, die in ihrer Relevanz gleichberechtigt neben Forschung und Lehre anzusehen sei.

Der Wissenstransfer aus den Universitäten wird in der aktuellen Hochschulforschung häufig unter dem Stichwort „third task“ diskutiert. Die fast vollständig fehlende Anbindung an diese Diskussion erscheint vor diesem Hintergrund als deutlicher Mangel der Beiträge des ersten Teils des Tagungsbandes. Dies trifft insbesondere auf den Aufsatz Gunnar Prauses und Joachim Winklers („Universities' Third Task: On the Way towards the Entrepreneurial University: A German Case Study“) zu, dessen expliziter Schwerpunkt der akademische Innovationstransfer ist. Die ersten vier Beiträge pendeln zudem zwischen dem Charakter eines Ratgebers für die Praxis und dem Anspruch auf wissenschaftliche Exaktheit. Leider führt dies häufig dazu, dass die praxisbezogenen Aussagen zu allgemein sind, die theoretischen Fundierungen und methodischen Ausführungen hingegen eher oberflächlich wirken. Letztlich erscheinen die Beiträge als Skizzierungen von UBC-Projekten, die an verschiedenen Hochschulen des Ostseeraums (in Deutschland, Norwegen, Finnland und Estland) stattfanden. Von den Fallbeispielen abstrahierende, allgemeinere wissenschaftliche Aussagen zu UBC sind jedoch rar und methodisch kaum abgesichert zu erzielen. Der fünfte und letzte Beitrag dieses ersten Teils von Karen Voolaid und Urve Venesaar („A Validation Study of the Dimensions of the Learning Organisation Questionnaire in the Business School Context“) erscheint als Fragebogenforschung methodisch zwar elaborierter. Er ist jedoch erstens mit seinem Fokus auf der Umsetzung des aus der Organisationstheorie stammenden Konzeptes der „Lernenden Organisation“ an zwei estnischen Hochschulen (eine staatliche und eine private „Business School“) thematisch eher im zweiten Teil des Tagungsbandes einzuordnen. Zweitens kommt der Aufsatz im Fazit zu dem methodisch zumindest fragwürdigen Schluss, dass aus den ähnlichen Ergebnissen für die beiden untersuchten Hochschulen heraus zu erkennen sei, „that the learning rate at universities as learning organisations does not depend much on the ownership form“ (S. 80 f.).

Die Beiträge von Jost W. Kramer und Katja Wilhelm (Hochschule Wismar) sowie von Hannes Ling, Anu Leppiman und Urve Venesaar (TSEBA Tallinn) nutzen im zweiten Teil des Tagungsbandes bereits entwickelte und in der Forschung etablierte Fragebögen, um die Studierenden an ihren Hochschulen zu unternehmerischen Aktivitäten bzw. zur Entwicklung eines metakognitiven Bewusstseins während des Studiums zu befragen. Beide Auswertungen der Befragungen leisten wichtige, wenngleich nicht unbedingt innovative Impulse zur Erforschung der „Entrepreneurial Education“. Die weiteren Beiträge sind allerdings zum Teil nur einfache Zusammenfassungen verschiedener Studien, so z.B. zu Unternehmensausgründungen in Deutschland (Steffi Groth, Sebastian Tierock). Sie weisen zudem einige methodische Mängel auf. So wirken die aus drei Tiefeninterviews gewonnenen Erkenntnisse Renate Åkerhielms zu den Erfolgsbedingungen interkultureller Projekte v.a. bezüglich der Aussagen zu verschiedenen nationalen „Projektkulturen“ als zu vorschnell verallgemeinernd (S. 152-157).

Der dritte Teil des Tagungsbandes ist, wie der allgemeine Titel „Business Research“ bereits vermuten lässt, ausgesprochen heterogen. Thematisiert wird u.a. der Kosmopolitismus estnischer Konsumenten (Oliver Parts, Irena Vida und Ann Vihalem) und die Entwicklung der unternehmerischen Fähigkeiten im Google-Konzern (!) (Mait Rungi und Alar Kolk). Letztere wird u.a. anhand einer Analyse der Google-Pressemitteilungen vorgenommen. Die Autoren der Aufsätze sind fast ausschließlich Wissenschaftler der TSEBA. Lediglich der erste Beitrag stammt von den belarussischen Ökonomen Aliaksandr Ivashutsin und Andrey Temichev, die eine allgemeine betriebswirtschaftliche Analyse der Besonderheiten kleiner

Unternehmen vornehmen. Leider geht der von den Herausgebern angestrebte regionale Bezug zum Ostseeraum/baltischen Raum hier mitunter ebenso verloren wie (noch deutlich gravierender!) der Bezug zum Tagungsthema. Abgesehen von der Tatsache, dass an einer Universität angestellte Wissenschaftler mit ihren Untersuchungen von Unternehmen in gewisser Hinsicht per definitionem UBC durchführen, findet eine systematische Diskussion des Verhältnisses von Universität und Unternehmertum hier kaum statt. Unabhängig von dieser Kritik liefern einige Beiträge interessante Forschungsergebnisse. So erbringt die vergleichende qualitative Untersuchung der Nutzung von E-Government-Angeboten durch kleine und mittelständische Unternehmen in verschiedenen Ostseeraum-Staaten von Valter Ritso und Urve Venesaar interessante Forschungsergebnisse (S. 185-194).

Der Tagungsband enthält zusammenfassend einige spannende und aktuelle Beiträge, die durchaus im o.g. Sinne als Wettbewerbsbotschaften der beteiligten wirtschaftswissenschaftlichen Hochschulen verstanden werden können. Die Publikation weist jedoch leider eine Reihe von Druckfehlern wie doppelten Absätzen (S. 151), unvollständigen Sätzen (z.B. S. 148) und Grafiken (S. 165, 170) oder Fußnoten ohne Text (S. 16-19) auf. Mit Bezug auf das Tagungsthema können aus den Aufsätzen insgesamt nur wenige systematische Aussagen zum Verhältnis der Hochschulen und der Wirtschaft sowie dem Wissenstransfer aus den Universitäten in die Gesellschaften des Ostseeraums gewonnen werden.

Stefan Ewert, Greifswald

**Heike Müns: Adeliges Privatleben vom Kaiserreich bis zur Revolution 1918. Die Tagebücher und Memoiren des Oldenburger Kammerherrn und Generalintendanten von Radetzky-Mikulicz und seiner Familie (Riga – Berlin – Oldenburg), Oldenburg: Isensee Verlag 2012, 404 S., Abb.**

Als Kammerherr der Oldenburger Großherzöge und Generalintendant des dortigen Hoftheaters ist Léon Alexander Joseph von Radetzky-Mikulicz (1851–1934) in die Oldenburger Landesgeschichte eingegangen. Weniger bekannt ist hingegen die Verbindung Radetzky-Mikulicz' mit der Ostseeprovinz Livland, wo er seine frühe Kindheit verbrachte. Hier in Riga diente sein Vater als Kammerherr und Staatsrat dem Fürsten und Generalgouverneur der Ostseeprovinzen Aleksandr Suvorov. Wenig erforscht ist ebenfalls die Verbindung zum Zarenhaus, die sich zunächst aus der beruflichen Stellung des Vaters (später als kaiserlich russischer Konsul) und in seiner Funktion als Kammerherr des Oldenburger Großherzogs Friedrich August ergab.

Während R.-M. vornehmlich in der Oldenburger Kulturgeschichte rezipiert wurde, insbesondere seine Bedeutung für das Theater weitestgehend erforscht ist, reichen die von Müns edierten autobiografischen Dokumente weiter. Sie beschränken sich in ihrem Aussagegehalt nicht nur auf Fragen der Regionalgeschichte, sondern sind weit mehr als Quellen adliger Kulturgeschichte zu lesen.

Insgesamt gelingt es der Verfasserin verschiedene, z.T. nicht verzeichnete Quellen zu der Familie R.-M. ediert und kommentiert vorzulegen: vier bislang unbekannte Tagebücher und Autobiografien des Oldenburger Generalintendanten und Kammerherrn Léon v. Radetzky-Mikulicz, zwei Tagebücher seiner Ehefrau Antonie (1864–1939), zwei Berichte der Töchter sowie ein größerer schriftlicher Nachlass mit Briefen, Gedichten und Fotos.

R.-M. schrieb seine Tagebücher zu Lebenserinnerungen in Rostock um, wo sich die Familie nach der Abdankung des letzten Oldenburger Großherzogs Friedrich August auf das Familiengut zurückzog. Verfasst wurden sie „als Dokument adligen Lebens“ für seine vier Töchter, wobei er seine beruflichen Stationen zu Gliederungspunkten seiner Aufzeichnungen machte (S. 8): Heft I: Lebenserinnerungen, Heft II,1: Coburg und Karlsruhe, Heft II,2: Oldenburg, Heft III: Petersburg und London, Heft IV: Kriegsjahr 1914. Darüber hinaus liegen nunmehr in gedruckter Form die Aufzeichnungen der Tochter Marie, verh. v. Bissing (1891–1975), drei Schriften von Elisabeth, verh. Harm (1901–2000), sowie die Korrespondenzen zu den geplanten Heiratsallianzen der ältesten Tochter Editha vor.

Gezielt bettet Müns auch die zeitgeschichtlichen Dokumente der jüngeren Töchter in ihre Sammlung mit ein, um einen adligen Habitus und die Auseinandersetzung der Familie mit ihrer Adeligkeit in veränderten politischen und sozialen Gesellschaftsformen nach 1945 nachzuzeichnen.

Die nach dem Tod des Kammerherrn abgefassten Beiträge der Töchter sind, anders als die von R.-M. selbst, unkommentiert gedruckt. („Durch die familiäre Nähe muss der Schwerpunkt der Herausgabe mehr auf der Dokumentation als auf der Analyse liegen“, S. 8) Sie werden sozusagen als Appendix wiedergegeben. Auf diesem Weg versucht die bis 2008 als Mitarbeiterin im Oldenburger Bundesinstitut für Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa tätige Volkskundlerin Müns, ihre persönlich-familiären Bezüge zur Familie Radetzky zu umgehen.

Grundsätzlich folgt Müns einem editorischen Anspruch, der nur wenige Eingriffe in die Quellen zulässt. Auch wird auf Verweise im Fußnotenapparat zu Gunsten einer vorangestellten genealogischen Übersicht weitestgehend verzichtet; (leider nicht nachvollziehbare) Veränderungen im Text betreffen demnach allein die Interpunktion. Der eigentliche Quellenkommentar in Form von Erörterungen und zeitgenössischer Kontextualisierung erfolgt in der Regel in einem vorangestellten Textabschnitt.

Was die Publikation ausmacht, ist die komprimierte Zusammenstellung der zentralen Dokumente, die wiederum in den Kontext weiterer Quellenbestände eingebunden werden. So werden beispielsweise die Lebenserinnerungen von R.-M. nicht isoliert wiedergegeben, sondern um andere Quellenfunde schriftlicher wie auch bildlicher Art ergänzt, wie u.a. Auszüge aus Kirchenbüchern, Geburts- und Taufdokumente. In der Drucklegung werden diese Texte kursiv sichtbar vom Begleittext bzw. Kommentar abgehoben.

„Ein Anliegen Radetzky's war es nicht, ein historisches Schulbuch zu schreiben, sondern seine persönlichen Erlebnisse und Erfahrungen während der Monarchie seinen Nachkommen zu vermitteln.“ Diese Charakterisierung der Lebenserinnerungen lässt sich bereits in Heft I der Aufzeichnungen von 1925, direkt im an die Töchter adressierten Vorwort belegen. In diesen einleitenden Zeilen gibt der über 70-Jährige seine Motivation preis, die als Appell an seine Töchter gerichtet ist. Er spricht von seiner „Vaterlandsliebe“, die er an seine Töchter weiterreichen möchte und mit der er das Engagement für Adel und Monarchie verbindet. Drei Jahre später beendete R.-M. Heft II. Sind es im ersten Teil seiner Aufzeichnungen insbesondere Aspekte zu seiner militärischen Laufbahn (Berliner Alexander-Regiment), so sind es im zweiten die Arbeit und das kulturelle Leben am Hof (Coburg, Karlsruhe, Oldenburg), von denen die Faszination der Schriften ausgeht. Der letzten beruflichen Station als Kammerherr am Oldenburger Hof widmet Müns die größte Aufmerksamkeit, ist hier

doch die regionalgeschichtliche Forschungsleistung am meisten vorangeschritten. In diesem Heft ist es gerade der Arbeitsalltag, v.a. die Büroarbeit, die Müns mit Hilfe weiterer Quellenbestände (aus Theaterakten, Beständen des Großherzoglichen Hauses, dem Etat der Großherzoglichen Hofkasse u.a.) zu veranschaulichen vermag. Die Erinnerungen an seine Dienstreisen nach Russland und England hielt R.-M. in einem dritten Heft fest. 1902 unternahm Großherzog Friedrich August in Begleitung seines Kammerherrn die erste Reise an den Zarenhof. Das gesellschaftliche Leben unter Nikolaus II. gab R.-M. mit Begeisterung wieder, aber auch seine persönliche Einschätzung des Zaren bei seinem zweiten Besuch in 1909 wird dargelegt, wobei er erstaunlicherweise zur politisch instabilen Lage Russlands kein Wort verlor. Mit einem dritten Bericht über die ein Jahr später unternommene Reise an den englischen Hof anlässlich der Beisetzung von Eduard VII. endet das Heft.

Die persönlichen Aufzeichnungen zu den Ereignissen des Ersten Weltkriegs sind verschollen, die zeitliche Lücke schließt Müns mit dem Tagebuch der Ehefrau Antonie bzw. den ab 1915 einsetzenden Aufzeichnungen der ältesten Tochter Editha. Auch diese Schriften bettet Müns in ein Konglomerat von Dokumenten zu Mutter und Tochter. Besonders das Haushaltsbuch wird hier erwähnt, in dem nicht nur den Spuren einer wohlhabenden adligen Lebensführung nachgegangen wird, es finden sich auch die gesellschaftlichen Anforderungen und die Familienpflichten der weiblichen Familienvorsteherinnen thematisiert. Darüber hinaus bieten die Tagebucheinträge Einblicke in die inzwischen in der Forschung vielfach diskutierte Frage nach veränderten Handlungsoptionen und -räumen für Frauen in Zeiten des Krieges. Näheres über die Handlungsräume von Frauen im Rahmen adliger Familienpolitik findet sich auch in den edierten Briefen zu den Heiratsabsichten der ältesten Tochter.

„Adliges Privatleben“ ist ein aus verschiedener Hinsicht bemerkenswerter Band. Er bedient die Interessen der regionalgeschichtlichen Forschung in gleichem Maße wie die der an adliger Kulturgeschichte Interessierten. Besonders hervorzuheben ist der Aspekt des hier erlebten Verlustes, des Verlustes einer ständischen Gesellschaft, der jedoch an keiner Stelle und von keinem Familienmitglied als Verlust einer Orientierungsgröße interpretiert wird. Als kulturelles Muster bleibt das Konzept der Adeligkeit dennoch in der Familie Radetzky-Mikulicz über die Generationen hinweg bestehen.

Anja Wilhelmi, Lüneburg

**Ilse von zur Mühlen (Hrsg.): Glanz und Elend. Mythos und Wirklichkeit der Herrenhäuser im Baltikum. Begleitpublikation zur gleichnamigen Ausstellung des Ostpreußischen Landesmuseums und der Carl-Schirren-Gesellschaft e.V. (1. Dezember 2012 bis 14. April 2013), Lindenberg i. Allgäu 2012, 279 S., Abb.**

Der zu besprechende Katalog stellt die Begleitpublikation der gleichnamigen Ausstellung im Ostpreußischen Landesmuseum in Lüneburg dar, wo mit der Präsentation erstmalig die Erweiterung des Museums auf die Geschichte der Deutschen im baltischen Raum „anschaulich“ gemacht wird. Herausgeberin des Katalogs ist die Münchener Kunsthistorikerin Ilse von zur Mühlen.

Eine Zielrichtung von Ausstellung und Katalog soll sein, „mit modernen Fragestellungen exemplarisch das enge gemeinsame [zwischen Deutschbalten, Esten und Letten; A.W.]

Leben auf den Gütern zu erarbeiten“ (Vorwort, S. 7). Dabei sollen die „vielfältigen Aspekte“ baltischer Gutsherrschaft dargestellt werden, von architektonischen und sozialen bis hin zu kulturellen und bildungsgeschichtlichen Fragestellungen (Einleitung, S. 9).

Der Anspruch, „multiperspektivisch“ deutschbaltische und estnische bzw. lettische Geschichte zu verknüpfen, wird durch die Wahl der Autoren, jedoch nicht durch die thematische Breite eingelöst. Wenngleich namhafte estnische, lettische und deutsch(baltisch)e Vertreter und Vertreterinnen aus Kunst- und Architekturgeschichte, Geschichte, Volkskunde, Germanistik und Archivwesen gewonnen werden konnten, lassen sich Aussagen zur Geschichte der Titularvölker oder gar zu einer gemeinsamen Geschichte nur passagenweise finden. Diese Kritik richtet sich – dies sei betont – nicht an die Projektbetreiber, sondern spiegelt das bisherige Forschungsinteresse wider, das eine komparatistische Herangehensweise von sozialgeschichtlichen Untersuchungen zu einer Sozialgeschichte des Gutslebens vermissen lässt. Die sich daraus ergebende deutliche Fokussierung auf die deutschbaltische Bevölkerung wird in der Gliederung des Bandes sichtbar, wenn zunächst die Gutsbesitzer, dann die Güter selbst und schließlich die Überlieferung und Tradierung der Gutsgeschichte in den Blick genommen werden.

Einen ersten strukturellen Überblick bietet unter dem Titel „Vasallen – Adel – Ritterschaften: Beobachtungen zum Entstehen des baltischen Herrenstandes und seiner Geschichte vom 13. bis 17. Jahrhundert“ der Marburger Archivar und Historiker Peter Wörster. In seiner Einführung in den „sozialen Stand“ der Ritterschaften folgt er in schnellen Schritten der Chronologie, beginnend mit der „Aufseglung“ über die Entstehung der Ritterschaften bis hin zum *Privilegium Sigismundi Augusti*. Überaus anschaulich verdeutlicht Wörster die Initiativen der Vasallen, in den Besitz von vererbbarem Landeigentum und die Hoheit über landesrechtliche Vorrechte zu gelangen. Dieses im 13. Jahrhundert gewachsene „Selbstbewusstsein“ (S. 10) bildete – laut Wörster – die zentrale Voraussetzung für eine landesherrschaftliche Etablierung der deutschen Einwanderer.

Der Beitrag von Gert von Pistohlkors „Die Ritterschaften als Herrschaftsstand in den Ostseeprovinzen Russlands“ erweitert die Ausführungen Wörsters. Mit dem Fokus auf die russische Zeit zeichnet von Pistohlkors die ritterschaftliche Politik bis zur zwangsweisen Auflösung der Ritterschaften im Sommer 1920 nach. Nicht unerwähnt bleiben die Uneinigkeiten innerhalb der Ritterschaften, in denen der Autor die Gründe für Verzögerungen oder fehlende Umsetzungen von innenpolitischen Reformen sieht. Zugleich attestiert er der Ritterschaft eine große Portion Eigennutz, gepaart mit einer „Verteidigungsposition“ (S. 20), die einer Reformpolitik (insbesondere bei der Fronpacht) im Wege gestanden hätten.

Nach diesen beiden historischen Abrissen untersucht die Kunsthistorikerin und Herausgeberin des Kataloges, Ilse von zur Mühlen, in den zwei anschließenden Abhandlungen architektonische Gesichtspunkte der Gutshäuser: Zeitlich setzt ihre Architekturgeschichte mit der ersten überlieferten Abbildung (im Reisebericht Adam Olearius' von 1647) ein. Aspekte des Kulturtransfers – denn die bauliche Entwicklung des Herrenhauses erschließt sich nur mit dem Blick über die regionalen Grenzen hinaus – werden in diesem Beitrag anschaulich dargestellt: Einflüsse aus Ostpreußen, Schweden, Norddeutschland, später aus St. Petersburg überlagerten einander und prägten die Gutshofarchitektur(en). Nachvollziehbar wird, welchen unterschiedlichen „Moden“ die Bauherren und Gutsbesitzer folgten. Architektur als „gesellschaftliche Praxis“ zu verstehen – diesen aus der neueren Architektursozio-logie stammenden Ansatz greift von zur Mühlen auf, wenn sie auf die architektonische Gegensät-

ze zwischen Land- und Stadtbebauung eingeht.<sup>1</sup> So beantwortet sie die Frage, warum dem Jugendstil in der Stadtarchitektur (v.a. Rigas) im Gegensatz zur Gutsarchitektur eine derart große Popularität zukam, mit der nach 1905 verstärkten Rückbesinnung der Deutschbalten „nach Identifikationsmitteln [...] auch in der Architektur“ (S. 52).

Von zur Mühlen vertieft die Problematik in ihrem zweiten Beitrag „Zur Ausstattung des baltischen Herrenhauses“. Hier gibt die Verfasserin die Kunst- bzw. Dekorationsstile wieder: von den wenigen Funden vor dem Nordischen Krieg über den zunehmenden Wohlstand und der damit einhergehenden, aufwändiger werdenden Innenausstattung, über Neugotik, Renaissance bis hin zu den kaum vertretenen Strömungen des Art déco und des Jugendstils.

Auf die Gestaltung der gutseigenen Gärten und Parks konzentriert sich der estnische Architekturhistoriker Ants Hein. Obwohl auch in der Gartenarchitektur westeuropäischen Moden gefolgt worden sei, „bewahrten die Anlagen in Estland doch ihre Eigenart“ (S. 75). Diese Charakteristika hätten sich zum Teil durch Klima und Bodenbeschaffenheit ergeben, welche den Anbau auf bestimmte Pflanzenarten reduzierten: die typische Gartenflora mit ihren robusten Fichten, Erbsensträuchern und Berberitzen. Frostbeständigkeit hätte eine der Grundvoraussetzung für die Wahl der „Zierbepflanzung“ dargestellt. Einen kleinen Abstecker unternimmt Hein zur überaus bemerkenswerten Gewächshauskultur, der gerne – gerade aufgrund von deren Exklusivität – mehr Platz hätte eingeräumt werden können.

Dem ökonomischen Faktor der Güter widmet sich der estnische Agrarhistoriker Tiit Rosenberg in seinem Beitrag zu Estland. Seine eigentliche Untersuchung setzt mit dem Ausbau der Güterverteilung, des „Güternetzes“ ein (S. 85) und schließt mit dem Ende des 17. Jahrhunderts ab. Der Nordische Krieg wird auch von Rosenberg als die Zäsur für den ökonomischen Einbruch und die daran anschließende Phase des Aufschwungs benannt. Für den Entwicklungsprozess von Natural- zu Geldwirtschaft veranschlagt er den langen Zeitraum von 1760 bis 1860. Wie eng ökonomischer Erfolg und Misserfolg von der bestehenden Sozialstruktur abhängen, belegt Rosenberg am Verhältnis zwischen Gutsbesitzer und Bauer. So bestimmte die Wirtschaftslage der Bauern immer auch über die Effektivität des Frondienstes, der wiederum die ökonomische Leistung des Gutsbetriebes maßgeblich regulierte. Dass darüber hinaus auch Einfuhr- und Ausfuhrbestimmungen wesentlichen Anteil am Anbau und der Verarbeitung einzelner Naturalien hatten, wie am Beispiel der Schnapsproduktion einleuchtend beschrieben, wird ebenso erwähnt wie die Faktoren: Nachfrage am Markt, Innovationen in Herstellungsprozessen, steuerlich-fiskale Eingriffe sowie der Ausbau der Infrastruktur (S. 87). Anders als in vielen Studien bezieht der Verfasser die Bauernbefreiung von 1816/19 nicht als Impuls für die „agrotechnische Wende“ mit ein, diese verortet Rosenberg erst nach den 1830er Jahren, als die Fronarbeit von wenigen nicht von „Trägheit“ geprägt agierenden Gutsherren als unzeitgemäß betrachtet und abgeschafft worden sei (S. 91). Interessant ist auch die von Rosenberg an vielen Stellen vorgenommene regionale Differenzierung Estlands, wenn u.a. zu lesen ist, dass sich noch im Ersten Weltkrieg in Nordestland „ein Viertel der Bauernhöfe als Pachtöfe im Besitz der Gutsherren“ befanden und demnach der Frondienst dort für sehr viel längere Zeit die Bewirtschaftung der Güter bestimmte (S. 93).

1 Vgl. u.a. jüngst: Anita Aigner (Hrsg.): Vernakulare Moderne. Grenzüberschreitungen in der Architektur um 1900. Das Bauernhaus und seine Aneignung, Bielefeld 2010.

Imants Lancmanis, Museumsdirektor des Schlosses Rundāle/Ruhenthal, liefert den Beitrag zur Alltagsgeschichte „Das Leben auf den Gütern über die Jahrhunderte“. Die Dominanz der Gutshausstruktur kommt in diesem Artikel stark zum Ausdruck: „die ländliche Kulturlandschaft Lettlands war im Moment des Unterganges 1914 so perfekt, wie sie es noch niemals gewesen war und auch in der Zukunft nie mehr sein kann“ (S. 102). Auf autobiografisches Material zurückgreifend, gewährt der Verfasser einen kleinen Einblick in die Sozial- und Alltagsgeschichte.

In einem zweiten Beitrag von Tiit Rosenberg wird die Zeit zwischen 1918 und 1939 „Die Zeit der Restgüter“ in Estland aufgefangen. Bemerkenswert ist dieser Artikel insbesondere deshalb, weil Rosenberg hier die Agrarreform bis 1924 als eine nicht linear verlaufende Enteignung von Gutsbesitz und Gutsbesitzern darstellt und zugleich mentale Faktoren, wie u.a. durch die Kulturautonomie ausgelöste Haushaltsvergrößerungen, mit einbezieht. Dainis Bruģis (nicht „Bruģis“!) nimmt eben diese Zeit bis zur Sowjetherrschaft für Lettland in seine Untersuchung auf. Anders als im vorhergehenden Beitrag stehen hier die kulturellen Auswirkungen, die Zerstörung der Herrenhäuser und ihres Interieurs im Zentrum. Nicht allein die Umverteilung von Besitz, sondern auch die Zerstörungsmacht der Weltkriege und die Umstrukturierung in „rote Güter“ (Kolchosbewirtschaftung) werden hier benannt.

Eher pessimistisch geht der Architekturhistoriker Jānis Zilgalvis auf die heutige Situation, d.h. auf die staatliche und private Restaurierungspolitik, ein. Dabei habe das Bestreben, Geschichte wiederaufleben zu lassen nur in Einzelfällen so weit geführt, dass historische Rekonstruktionen von Gutshäusern wie das Münchhausen-Museum (sic!) im neu errichteten Herrenhaus von Ruthern/Duntes nach Plänen entstehen konnten (Vgl. S. 155). Die beiden letzten Beiträge sind der Erinnerungskultur der Esten (Mari-Ann Remmel) und der Deutschbalten (Maris Saagpakk) gewidmet. Sie beenden, neben einem archivalischen Überblick von Manfred von Boetticher, den Abhandlungsteil. Insbesondere die von Remmel und Saagpakk aufgezeigten Gegenperspektiven der deutschen Angestellten oder der estnischen bzw. lettischen Arbeitenden tragen zur Klärung des Mikrokosmos „Herrenhaus“ bei. In beiden Beiträgen kommt darüber hinaus verstärkt das Zusammenleben der ländlichen Bevölkerungsschichten zu Ausdruck. Wenn hier auch die Tradierung des Gewesenen im Zentrum steht, lässt sich doch anhand der Überlieferungen ein Stück Sozialgeschichte rekonstruieren. Saagpakk und Remmel belegen in ihren Untersuchungen die These, dass eine gemeinsam geteilte Erinnerung von Esten und Letten sowie Deutschbalten noch zu formen ist als eine Erinnerung, die alle Perspektiven mit einbezieht.

Ein großes Lob und zwei kleine Anmerkungen an die Redaktion seien abschließend in aller Kürze erwähnt. Zunächst muss die ansprechende Gestaltung des Katalogs hervorgehoben werden. Insbesondere im ersten Teil, dem Textteil, bereichern die zahlreichen Illustrationen, die v.a. aus der umfangreichen Sammlung des Bildarchivs des Herder-Archivs in Marburg stammen, die Abhandlungen.

Zu kritisieren ist hingegen die uneinheitliche Verwendung von Zitationsverfahren, die der wissenschaftlichen Verwertbarkeit der einzelnen Texte eine (zudem überflüssige) unterschiedliche Gewichtung verleiht. Disparat erscheint auch die Wiedergabe von Ortsnamen. Gerade hier wäre eine durchgängige Nennung des heutigen Ortsnamens überaus wichtig, wenn er denn auf einer aktuellen Karte – deren Ergänzung sicherlich Sinn gemacht hätte – gefunden werden soll.

Was bleibt, ist die Frage nach dem Exzeptionellen der deutschbaltischen Herrenhäuser. Allein die Tatsache, dass der Transfer von Kunst und Architektur auch das Baltikum erreichte, kann nicht die Antwort sein. Der Katalog lässt die Frage offen. Vielleicht ist es das Zusammenspiel aller angesprochenen Faktoren – kunstgeschichtlich, architektonisch, wirtschaftlich, sozialstrukturell – und in hohem Maße der „Symbolwert“ des Vergangenen und Neuentdeckten, das zur „Mythologisierung“ der Herrenhäuser im Baltikum beigetragen hat (S. 181).

Anja Wilhelmi, Lüneburg

**Ewa Szymani (Hrsg.): Deutsche und Polen in der Aufklärung und in der Romantik. Verweigerung eines Transfers?, Leipzig: Leipziger Universitätsverlag 2011, 228 S., 12 Abb.**

Die deutsch-polnische Beziehungs- und Verflechtungsgeschichte erstreckt sich gerade in Aufklärung und Romantik, also etwa zwischen 1750 und 1848, über das gesamte nördliche Ostmitteleuropa und umfasst schichtenübergreifend Adel, Bürgertum, aber auch bereits ansatzweise breitere Schichten. Durch die Bedeutung der „Sattelzeit“ (Reinhart Koselleck) für die deutschen sowie polnischen nationalen Diskurse als auch für die Literatur- und Kulturgeschichte ist sie über weite Strecken bis heute in Deutschland und Polen gegenwärtig und prägend. Das sind gute Gründe, sich aus einer deutsch-polnischen Perspektive mit dieser Epoche und den Transferleistungen und -hindernissen zu beschäftigen.

Der vorliegende, weitgehend von Breslauer Germanisten und Kulturwissenschaftlern gestaltete Sammelband kann allerdings – soviel sei vorweg angemerkt – diese Beziehungs- und Verflechtungsgeschichte nur selten einholen, produktiv machen und wissenschaftlich vertiefen. Er besteht aus 13 ungleich langen Beiträgen, die in vier regionale oder inhaltliche Themenkreise gegliedert sind.

Themenkreis 1 „Schlesien als Schnittpunkt der preußischen und polnischen Kulturzone“ enthält zunächst eine Studie von Dorota Sidorowicz-Mulak über den Ideentransfer von Johann Wilhelm von Archenholtz und dessen Zeitschriftenprojekten zu dem polnischen Aufklärer Piotr Świtkowski (S. 17-28), wobei allerdings unklar ist, was den Beitrag mit Schlesien verbindet. Die Autorin kann zeigen, dass Świtkowski in seinen Zeitschriften wiederholt ohne Quellennennung Beiträge aus Archenholtz' Journalen übernimmt oder paraphrasiert. Ein Teil der prussophilen und Friedrich II. sehr positiv zeichnenden Beiträge stammt aus der Quelle Archenholtz – der Beitrag wirft deshalb Licht auf wenig bekannte Rezeptionskanäle.

Lucyna Harc stellt eher essayistisch einige weniger bekannte Breslauer publizistische Stimmen (Christian Hederich, Samuel Klose und Carl Werdermann) zu den polnisch-preußischen Beziehungen vor (S. 29-38). Sichtbar wird, dass die Breslauer historische Publizistik seit den 1760er Jahren versuchte, die Annexion Schlesiens zu rechtfertigen und polnische Bezüge minimierte.

Die folgenden Beiträge von Joanna Jendrych zur Lage der Juden in Schlesien (S. 39-46) und von Łukasz Bieniasz zum Oberschlesien-Diskurs in der preußischen Aufklärungsdiskussion (S. 47-54), beide anhand von Reiseberichten und Zeitungsausschnitten untersucht, können den jeweiligen Forschungshorizont bestenfalls anreißen: In beiden Fällen wird nicht deutlich, wie repräsentativ die vorgestellten Presseauschnitte sind, in welchem Verhältnis

sie zum behördlichen Handeln und zur umfangreichen archivalischen Überlieferung stehen und welche Funktion die tradierten Klischees (auch Vorwürfe von Hostienschändung und manifestem Aberglauben) erfüllen. Schließlich wird auf die umfangreiche Literatur zu beiden Themenkomplexen nicht eingegangen. Wojciech Kunickis Beitrag zu Samuel Gottlieb Bürde (1753–1831) hat einen landeshistorischen Anspruch und beschreibt das Werk des weitgehend vergessenen Literaten (S. 55-71) aus einer sensualistischen und das Phänomen der Neuentdeckung der schlesischen Landschaft in den Mittelpunkt rückenden Perspektive.

Unter der wenig aussagekräftigen Überschrift „Mäander des Kulturtransfers“ sind Beiträge von Krzysztof Żarski zu Friedrich August Ludwig von der Marwitz' Bemerkungen über Polen (S. 73-93) und von Marcin Cieński zu Übersetzungen aus dem Deutschen ins Polnische im späten 18. und frühen 19. Jahrhundert (S. 95-103) versammelt. Beide Beiträge haben einen sehr unterschiedlichen Anspruch: Żarski nähert sich von der Marwitz und dessen Wahrnehmung Polens an – allerdings ohne die neuere deutsche Literatur zu der Person zu überblicken. Zu von der Marwitz liegt die neuere Monografie von Ewald Frie<sup>1</sup> vor, die keinen Polenschwerpunkt besitzt, sehr wohl aber etwas zur Umformung politischer Gedanken bei von der Marwitz sowie zur Quellenproblematik aussagt. Deutlich weiterführender sind Żarskis Anmerkungen zur Wiederaufnahme des sehr kritischen Polenbildes bei von der Marwitz durch die das „Preußentum“ als positiven Wertekanon neu beschwörenden Autoren der konservativen Revolution um Friedrich Schinkel und Harald von Koenigswald. Einen eher synthetisierenden Charakter haben Cieńskis Überlegungen zu Übersetzungen aus dem Deutschen und zum Kulturtransfer zwischen 1770 und 1830: Der Autor plädiert mit guten Gründen dafür, hier auch das Französische als Vermittlungssprache einzubeziehen, da vielfach Übersetzungen über das Französische erfolgten. Auch verweist er auf den populären Charakter vieler übersetzter Werke (etwa Kotzebue, Vulpius' „Rinaldo Rinaldini“, Campes Kinder- und Jugendliteratur sowie Alexander von Oppeln-Bronikowskis romantischen Erzählungen). Hier gäbe es deutliche Forschungsdefizite, insbesondere müsse die breite polnische Rezeption näher untersucht werden.

Themenkreis 3 behandelt „Religiöse Differenzen“ und benennt in allen drei Beiträgen zudem Transfer- und Rezeptionsprobleme, die aus der Verschiedenheit von protestantischen deutschen und katholischen polnischen Eliten resultierten: Gerade die katholische Aufklärung verlief in den deutschen und polnischen Eliten oft ohne intensiveren Kontakt, wie Aleksandra Chylewska ausführt (S. 107-118). Marta Kopij (S. 119-159) vergleicht die poetologischen Konzepte in der deutschen Frühromantik und der polnischen Romantik und kommt zu dem Ergebnis, dass auch der konfessionelle Unterschied zwischen protestantischen deutschen Frühromantikern und katholischen polnischen Romantikern eine Transferbarriere dargestellt habe. Die polnische romantische Religiosität bei Adam Mickiewicz wird von Ewa Szymani vorgestellt (S. 161-193).

Im letzten Themenkreis finden sich unter der Überschrift „Porträts“ Studien zu Ignacy Krasicki von Jan Pacholski (S. 197-203), zu Christian von Haugwitz von Jörg-Ulrich Fechner (S. 205-217) und – das Thema des Bandes gänzlich verlassend – zu Adolph Menzel und dessen Aufnahme des Rokoko durch Anna Jezierska (S. 219-226). Der am ehesten zum Thema des Sammelbandes passende Beitrag zu Krasicki ist leider indiskutabel, denn er geht auf

1 Ewald Frie: Friedrich August Ludwig von der Marwitz 1777–1837. Biographie eines Preußen, Paderborn 2001.

die bereits in der Volksrepublik Polen umfangreichen Forschungskontroversen zu Krasicki überhaupt nicht ein, blendet die neuere Literatur völlig aus und hantiert unverantwortlich mit Begriffen wie „Hochverrat“ und „friderizianische Kolonisierung des Ermlandes“.

Die Lektüre der einzelnen Beiträge wird insgesamt leider durch die sprachliche, formale und redaktionelle Gestaltung der Beiträge deutlich erschwert. So wird in mehreren Beiträgen in Wortwahl und Grammatik sichtbar, dass sie nicht von einem deutschen Muttersprachler redigiert wurden (etwa S. 35-37, 47-50, 197-203). In einem Beitrag (S. 75-93) sind der Titel sowie weitgehend auch die polnischen Sonderzeichen verloren gegangen. Grundsätzlich fehlt ein Personen- und Ortsregister, das die Beiträge, die sich in einigen Aspekten auch überschneiden, erschließen könnte und leichter benutzbar machte. Dies hätte auch dazu beitragen können, überflüssige Fehler (der polnische Philosoph S. 134 heißt nicht „Terenowski“, sondern Bronisław Trentowski) und im Deutschen unverständliche Personennamen („Kasimir Jagielloner“ – S. 35) zu vermeiden.

Aus der Sicht des Rezensenten ist allerdings noch schwerwiegender, dass der Lese- und Diskussionshorizont der einzelnen Beiträge erstaunlich begrenzt bleibt. So wird mehrmals das teilweise abwertende Polenbild der deutschen aufgeklärten Eliten thematisiert, ohne die zentralen Publikationen von Hubert Orłowski oder Izabela Surynt dazu zu beachten.<sup>2</sup> Zu den deutsch-polnischen Kulturkontakten des späten 18. und frühen 19. Jahrhunderts gibt es die ausgezeichnete Bibliografie von Andreas Lawaty<sup>3</sup>, die aber offensichtlich nicht benutzt wurde. Gleiches gilt für den von Alfred Gall und anderen herausgegeben Band zu Romantik und Geschichte, der ebenfalls nicht herangezogen wurde.<sup>4</sup> Diese nur kursorischen Anmerkungen zu der nicht berücksichtigten relevanten Forschungsliteratur könnte man weiter fortsetzen.

Eine abschließende Bemerkung sei gestattet: Es ist aus der Sicht des Rezensenten sehr sinnvoll, wenn die polnische Germanistik ihre kulturwissenschaftlichen Ergebnisse auch in deutschen Verlagsreihen einem interdisziplinären deutschsprachigen Publikum präsentiert. Hierbei müssen aber einige Mindeststandards eingehalten werden, sonst schaden sich die Autoren selbst. Dazu gehören Einholung des internationalen Forschungshorizontes, einheitliche Aufbereitung der Texte und Durchsicht durch deutsche Muttersprachler sowie schließlich eine sorgfältigere redaktionelle Betreuung.

Hans-Jürgen Bömelburg, Gießen

- 2 U.a.: Hubert Orłowski: „Polnische Wirtschaft“. Zum deutschen Polendiskurs der Neuzeit, Wiesbaden 1996; ders.: Die Lesbarkeit von Stereotypen. Der deutsche Polendiskurs im Blick. Historische Stereotypenforschung und Semantik, Wrocław 2004; Izabela Surynt, Marek Zybura (Hrsg.): Narrative des Nationalen. Deutsche und polnische Nationsdiskurse im 19. und 20. Jahrhundert, Osnabrück 2010.
- 3 Andreas Lawaty, Wiesław Mincer (Hrsg.): Deutsch-polnische Beziehungen in Geschichte und Gegenwart. Bibliographie 1900–1998, 4 Bde., Wiesbaden 2000.
- 4 Alfred Gall, Thomas Grob u.a. (Hrsg.): Romantik und Geschichte. Polnisches Paradigma, europäischer Kontext, deutsch-polnische Perspektive, Wiesbaden 2007.

**Kaspars Zellis: *Ilūziju un baiļu mašīnērja. Propaganda nacistu okupētajā Latvijā: vara, mediji un sabiedrība (1941–1945)* [Die Maschinerie der Illusionen und Ängste. Propaganda im nationalsozialistisch besetzten Lettland: Macht, Medien und Gesellschaft (1941–1945)], Rīga: Mansards 2012, 365 S.**

Die Geschichte Lettlands unter deutscher Besetzung (1941–1945) hat in den zurückliegenden Jahren einen wahren Forschungsboom erlebt. Dies gilt mit den Arbeiten von Björn Felder, Sven Jüngerkees und Katrin Reichelt für die deutsche Historiografie ebenso wie für die lettische Forschung. Insbesondere in der lettischen Gesellschaft ist diese Zeit eine noch immer sehr umstrittene Epoche, was nicht zuletzt auf langlebige Geschichtsmythen zurückzuführen ist. Dass diese Mythen zum großen Teil ihre Herkunft in der Propaganda der beiden Okkupationsregime während des Zweiten Weltkrieges haben, veranlasst Kaspars Zellis zu der in der Tat überraschenden Feststellung, dass trotz des fortgeschrittenen Forschungsstandes bisher keine umfangreiche Studie zur Propaganda selbst vorliegt. Dieses Desiderat für die deutsche Propaganda zu schließen, macht Zellis sich mit seiner 2012 erschienenen Dissertationsschrift zur Aufgabe. Dabei ist der Autor innerhalb der lettischen Geschichtswissenschaft kein Unbekannter. Er gehört zu einer aktiven jüngeren Generation, welche die lettische Forschung jenseits der Arbeiten etablierter Wissenschaftler durch innovative Veröffentlichungen maßgeblich bereichert hat.<sup>1</sup>

Die vorliegende Arbeit ist also als erster Überblick zur deutschen Propaganda in den Jahren 1941–1945 zu verstehen. Sie stützt sich auf eine äußerst solide und der Aufgabe angemessene Quellenbasis. Neben den zahlreichen Propagandamedien selbst, von denen ein Schwerpunkt auf der Presse liegt, berücksichtigt Zellis zudem umfangreiche Archivmaterialien deutscher und sowjetischer Provenienz aus sowohl deutschen als auch lettischen Archiven. Zu der gründlichen Quellenbasis treten ein überzeugendes Konzept und eine stringente Gliederung der Arbeit. Nach einer Einleitung, in der Zellis u.a. den Propagandabegriff hinreichend problematisiert, folgen im Hauptteil drei sinnvoll einander ergänzende Kapitel. Einer Darstellung zur institutionellen Organisation der deutschen Propaganda folgt eine Aufzählung der verschiedenen Medien bis schließlich im wichtigsten und interessantesten Abschnitt der Inhalt der Propaganda einer Analyse unterzogen wird.

Was die institutionelle Struktur der deutschen Propaganda betrifft, so identifiziert Zellis vier Phasen: Zunächst oblag die Organisation der Propaganda im ersten halben Jahr der Besetzung der Wehrmacht, um anschließend von der Zivilverwaltung unter der Leitung des Ostministeriums übernommen zu werden. Bemerkenswerterweise erfolgte 1943 parallel zu der allgemeinen Schwäche des Reichsministeriums für die besetzten Ostgebiete innerhalb der nationalsozialistischen Machtstruktur ein Wechsel der Zuständigkeit an Goebbels und sein Propagandaministerium. Zur Zeit des „Kurlandkessels“, also zum Ende der deutschen Be-

1 Siehe beispielsweise: Nils Muižnieks u.a. (Hrsg.): *Karojošā piemiņa, 16. marts un 9. Maijs* [Das kämpfende Gedenken, 16. März und 9. Mai], Rīga 2011; Jānis Keruss u.a. (Hrsg.): *Latvijas Universitātes Vēstures un filozofijas fakultātes vēsture padomju laikā. Personības, struktūras, idejas* [Die Geschichte der Fakultät für Geschichte und Philosophie der Universität Lettlands zur sowjetischen Zeit], Rīga 2010; Kaspars Zellis (Hrsg.): *Mīti Latvijas vēsturē* [Mythen in der Geschichte Lettlands], Rīga 2006.

satzungszeit, übernahmen wiederum die Wehrmacht und die Polizei die Verantwortung über die Propagandaleitung. Trotz dieser Wechsel auf höherer Ebene der nationalsozialistischen Herrschaftsstruktur beeinflussten diese Diskontinuitäten nicht die relativ hohe Beständigkeit des Personals und des Inhalts der Propaganda in Lettland selbst.

Streckenweise ist der Schreibstil dieses Abschnitts recht trocken geraten, da eine große Zahl von genannten Personen im Einzelnen recht blass bleibt. Interessant sind die Äußerungen zum lettischen Anteil am Propagandaapparat. Beispielsweise legt Zellis dar, dass lettische Autoren aus drei ideologischen Lagern stammten – erstens konservative Kräfte, die schon unter Ulmanis ihrer Arbeit nachgegangen waren, zweitens neue radikale nationalistische und antisemitische Autoren aus dem Milieu der „Donnerkreuzler“ (Pērkoņkrusts) und schließlich Personen, die den deutschen Nationalsozialisten sehr nahe standen und in der Regel mit den Deutschen ins Land kamen, nachdem sie zusammen mit der zweiten Welle der Umsiedlung der Deutschbalten erst wenig zuvor das Land verlassen hatten. Weiterhin weist Zellis auf die Frage der Schulung lettischer Kräfte zu Beginn der deutschen Herrschaft hin, ohne dieses Thema gründlicher zu verfolgen. Überhaupt hätte nach Meinung des Rezensenten das Problembewusstsein der lettischen Beteiligung und Unterstützung des deutschen Propagandaapparates etwas ausgeprägter ausfallen können, beispielsweise was die Rolle der lettischen so genannten Landeseigenen Verwaltung betrifft.

Ähnlich wie in den Ausführungen zum institutionellen Rahmen der deutschen Propaganda ist Zellis auch im Kapitel zu den verschiedenen Kanälen der deutschen Propaganda stellenweise zu sehr um Vollständigkeit bemüht, und daher ist der Abschnitt nicht immer spannend zu lesen. Doch bekommt man hier einen präzisen Überblick sämtlicher Medien, wie u.a. auch der Radiosendungen und Filme. Zudem verweist Zellis auf das Phänomen der Flüsterpropaganda, deren Existenz allerdings nur schwer in den Quellen nachweisbar ist. Übereinstimmend mit dem schon im ersten Kapitel Konstatierten wird auch hier deutlich, dass die Presselandschaft trotz des häufigen Wechsels der Zuständigkeiten und des für Deutschland nachteilhaft verlaufenden Krieges verhältnismäßig stabil blieb und anscheinend auch das wirkungskräftigste Medium war, da zwar das Radio von den Nationalsozialisten sehr hoch eingeschätzt wurde, dieses aber aufgrund der nur schwachen Verbreitung von Radioapparaten und der Gefahr des Hörens von „Feindsendern“ einen kontraproduktiven Effekt aus Sicht der Deutschen ausüben konnte. Ein wichtiges Medium hingegen stellten nach Ansicht Zellis' Plakate sowie die „Ostlandwoche“ dar, welche vor den Filmvorführungen gezeigt wurde. In diesem Zusammenhang ist die reichhaltige Bebilderung des Buches mit Propagandaplakaten ausgesprochen positiv zu vermerken.

Der mit Abstand umfangreichste, interessanteste und sicherlich auch streitbarste Teil der Arbeit beschäftigt sich mit dem eigentlichen Inhalt der deutschen Propaganda. Um die schiere Menge der zuvor in ihrer Struktur dargestellten Propaganda systematisch zu fassen, wählt Zellis einen auf den Ideen von Garth Jowett und Victoria O'Donnell basierenden Ansatz, nach dem er zwischen einer langfristig und einer kurzfristig orientierten Propaganda unterscheidet und letztlich in einem Dreischritt vorgeht.<sup>2</sup> Zunächst untersucht er die nationalsozialistischen Versuche, das Weltbild der Letten entlang nationalsozialistischer Ideale zu beeinflussen und umzuformen. Anschließend beschäftigt sich Zellis mit

2 Garth S. Jowett, Victoria O'Donnell: Propaganda and Persuasion, London 1992.

den zu diesem Zweck konstruierten Feindbildern und schließlich fragt er nach der auf eine bestimmte gesellschaftliche Handlungsweise abzielenden Propaganda, worunter vor allem einzelne kurzfristige Propagandaaktionen mit konkretem Ziel zu verstehen sind.

Was die Implementierung nationalsozialistischer Leitgedanken in der lettischen Öffentlichkeit betrifft, so rückt Zellis zunächst das Motiv der Befreiung Lettlands durch die Deutschen als zentrales Element der deutschen Propaganda in den Vordergrund. Die Subtilität oder die Herausforderung der Propaganda lag darin begründet, die Idee der Letten von Freiheit in eine Idee der Befreiung vom Bolschewismus durch Deutschland umzudeuten. Zu diesem Zweck sollte der Tag der deutschen Eroberung Rigas (1. Juli) allmählich den lettischen Nationalfeiertag (18. November) verdrängen, was aber nicht gelang. Im Gegenteil – mit zunehmenden militärischen Misserfolgen sahen sich die Deutschen gezwungen, lettische nationale Symbolik und Feierlichkeiten am 18. November zuzulassen. Vergleichbar große Schwierigkeiten bereitete der deutschen Propaganda der Versuch, die traditionell feindliche Sicht auf Deutsche durch eine positive Sicht zu ersetzen. Ein instruktives Beispiel ist der 23. Juni, welcher in allen anderen besetzten Gebieten der Sowjetunion problemlos als Feiertag begangen werden konnte, doch in Estland und Lettland seit der Zwischenkriegszeit als Tag des Sieges gegen die Deutschen in der Schlacht von Wenden (Cēsis) von 1919 begangen wurde und daher als Feiertag nicht mehr in Frage kam.

Eine wichtige von Zellis herausgearbeitete Funktion der deutschen Propaganda besaß die Konstruktion von Feindbildern im Inneren sowie im Äußeren. Eine zentrale Rolle in diesem Zusammenhang spielten gemäß der nationalsozialistischen Ideologie die Juden. Während die Formel vom „Jüdischen Bolschewismus“ noch vergleichsweise problemlos der lettischen Bevölkerung vermittelt werden konnte, hatten die Deutschen größere Mühe, die westlichen Alliierten als von „jüdischen Plutokraten“ durchdrungen darzustellen. Eine anglophile Haltung der lettischen Bevölkerung stellte bis zum Ende der deutschen Besatzungszeit eine große Herausforderung für die deutsche Propaganda dar. Die Gleichsetzung von Juden und Kommunisten war auch für das innere Feindbild in Lettland zentral und spielte eine entscheidende Rolle bei den deutschen Versuchen, die lettische Bevölkerung in die Ermordung der jüdischen Bevölkerung mit einzubinden. Bei diesem kontroversen Thema weist Zellis auf spezifisch nationalsozialistische Züge des Antisemitismus in der lettischen Presse in Abgrenzung zu anderen Formen des lokalen lettischen Antisemitismus hin. Anhand einer empirischen Kleinstudie verdeutlicht er zudem die phasenweise und in einer Grundtendenz abnehmende Einwirkung der antisemitischen Propaganda. Instruktiv sind auch die Bemerkungen zu den anderen inneren Feinden, wie zum Beispiel der russischen Bevölkerung, welche allerdings nach den ersten deutschen Niederlagen weniger pejorativ dargestellt wurde. Schließlich verurteilten die Medien noch so genannte Bummelanten und Drückeberger, welche nach Ansicht der Presse nicht im ausreichenden Maße die deutschen Kriegsanstrengungen unterstützten.

Mit diesem Feindbild leitet Zellis zum letzten Kapitel der Analyse des Inhalts der Propaganda über – zu den einzelnen Propagandaaktionen, welche das kurzfristige Ziel einer Mobilisierung der lettischen Bevölkerung oder nur ein bestimmtes Sozialverhalten zum Ziel hatten. Eine wichtige Rolle in diesem Zusammenhang spielen die Versuche, Arbeitskräfte für die deutsche Kriegswirtschaft zu gewinnen und die Arbeitsmoral in Lettland zu steigern. Leider findet sich trotz mehrfacher beiläufiger Erwähnung vergleichsweise wenig zu den Arbeitskräfterekrutierungen im Rahmen des Arbeitsdienstes.

Neben der Arbeitskraftmobilisierung geht Zellis zum Schluss auf das wichtige Thema der militärischen Mobilisierung ein und unterscheidet die Werbemaßnahmen zum Eintritt in Polizeieinheiten im Jahre 1942, wobei er auch auf die einschlägigen Studien von Kārlis Kangeris verweist, und die seit dem Frühjahr 1943 durchgeführten – die Propaganda für den Eintritt in die SS-Einheiten. Bei beiden Aktionen spielte das „Jahr des Grauens“ – also das Jahr der sowjetischen Okkupation 1940/41 – eine zentrale Rolle. Während die potentiellen Rekruten bis 1942 aber ermahnt wurden, aus „Dankbarkeit für die Befreiung“ sich freiwillig zu melden, verlagerte sich das Argument ab 1943 eher in eine Drohung vor einer eventuellen Rückkehr der sowjetischen Herrschaft als Schreckensszenario.

Eine grundsätzliche Problematik der Arbeit besteht in der Frage der Wirksamkeit der jeweiligen Propagandamaßnahmen. Zellis kommt nicht umhin, dieses wichtige Thema immer wieder anzusprechen, letztendlich kommt er zu dem Fazit, dass die deutsche Propaganda einerseits nicht vollends erfolgreich war, da weiterhin auch Terrormaßnahmen nötig waren und sich die lettische Gesellschaft in einigen Punkten, wie der anglophilen Haltung, nicht beirren ließ. Auf der anderen Seite sei die deutsche Propaganda aber so weit erfolgreich gewesen, dass die lettische Gesellschaft weitgehend unter der Kontrolle der deutschen Besatzer gestanden habe, was hauptsächlich auf das Motiv der Drohung einer sowjetischen Rückkehr zurückzuführen sei. Zwar leuchtet ein derartiges Fazit durchaus ein, doch ist der empirische Befund nur schwer zu erbringen. Zellis stützt sich im Einzelnen, wenn er die Effektivität der deutschen Propaganda thematisiert, zumeist auf lokale Polizeiberichte.<sup>3</sup> Doch stellt sich die Frage nach den Kriterien, nach denen diese Fälle ausgewählt wurden. Abschließend bleibt aber festzuhalten, dass die Effektivität von Propaganda eine nur sehr schwer messbare Größe ist und in Anbetracht der Breite des hier behandelten Themas eine vollständige Klärung solcher Fragen nicht zu erwarten ist. Insgesamt liefert die Arbeit einen detaillierten Aufriss der Strukturen und Medienorgane der deutschen Propaganda und vermittelt einen ersten, durchaus ausgewogenen Blick auf die Inhalte der deutschen Propaganda und deren Wirksamkeit. Weitere Studien mit einer stärkeren Fokussierung wären in Zukunft wünschenswert.

Tilman Plath, Greifswald

3 Latvijas Valsts Vēstures Arhīvs [Lettlands Historisches Staatsarchiv], P-252, ap. 1, l. 43 u. 44.

**Viktor Krieger: Bundesbürger russlanddeutscher Herkunft. Historische Schlüsselerfahrungen und kollektives Gedächtnis, Berlin: LIT Verlag 2013, 272 S.**

Der Lehrbeauftragte am Seminar für Osteuropäische Geschichte an der Universität Heidelberg Viktor Krieger hat in dem anzuzeigenden Werk um die 20 Veröffentlichungen zusammengefasst, die er vorwiegend im vergangenen Jahrzehnt in Blättern der Landsmannschaft der Deutschen aus Russland vorgelegt hat. Die Neuveröffentlichung hat er vielfach zur Überarbeitung der Beiträge und zur Ergänzung von Quellenangaben genutzt. Das Themenspektrum von Kriegers Texten ist weit: Es reicht bisweilen weit in die sowjetische und russländische Geschichte hinein.

Die Beiträge wurden in vier Abschnitte eingeteilt. Der erste ist dem Thema „Verfolgung, Verbannung und Zwangsarbeit“ gewidmet. Er umfasst vor allem die Jahre von 1930

bis zum Ende des Zweiten Weltkrieges, führt aber in Teilen in die Nachkriegszeit hinein. Den Schwerpunkt bilden die Deportationen der Jahre 1941/42 und die für viele Betroffene sich anschließende Zwangsarbeit. Im zweiten Abschnitt wird „Nonkonformes Verhalten der Russlanddeutschen im Sowjetstaat“ von der Staatsgründung bis in die Nachkriegszeit behandelt. Im dritten sind fünf Beiträge über „Politische, geistige und sprachlich-kulturelle Tendenzen“ zu finden, von der Germanophobie im Russischen über erzwungene intellektuelle Regression der Russlanddeutschen bis zu ihrer sprachlichen Situation in der jüngsten Vergangenheit. Der vierte Abschnitt ist „Historische[n] Hintergründe[n] und aktuelle[r] Lage der deutschen Minderheit“ gewidmet. In ihm wird vor allem die von Krieger durchgesehene und überarbeitete Gedenkschrift „Keiner ist vergessen“ aus dem Jahre 2011 vorgestellt.<sup>1</sup> Im Anhang liefert der Verfasser neben einem umfänglichen Glossar sowie Orts- und Namensregistern eine „Chronologie der antideutschen Maßnahmen im Russischen Reich bzw. in der UdSSR neben der Opferbilanz“.

Kriegers Arbeiten sind geeignet, den Leser in einen irritierenden Zwiespalt zu stürzen: Hier der Respekt vor dem überaus kenntnisreichen, mit der Geschichte der Russlanddeutschen auf das innigste vertrauten Wissenschaftler, dort die Begegnung mit einem politisch und menschlich engagierten und mitfühlenden Autor, dessen Arbeit durch seine persönliche Geschichte (1959 als Angehöriger einer russlanddeutschen Familie in Kasachstan geboren, bis 1992 in der Sowjetunion bzw. in der eben unabhängig gewordenen Republik Kasachstan ansässig, zuletzt als Wirtschaftswissenschaftler tätig) geprägt ist. Das ergibt eine informationsgesättigte Melange, die einerseits Verständnis und Empathie, andererseits eine Reihe kritischer Nachfragen, auch vereinzelt Widerspruch auslöst.

Einleitend liefert der Verfasser eine Definition der Russlanddeutschen. Er versteht darunter hauptsächlich die handwerklich-bäuerlichen Auswanderer aus den deutschen Kleinststaaten, die im 18. und 19. Jahrhundert nach Russland eingeladen wurden, um die Besiedlung und Erschließung der dünn bewohnten Gebiete, schwerpunktmäßig im unteren Wolga-Raum und im Schwarzmeergebiet, zu befördern. Mit den höchst unterschiedlichen im Gebrauch befindlichen engeren oder weiteren Definitionen (etwa §4 der Satzung der Landsmannschaft der Deutschen aus Russland: „Russland-Deutscher ist ein Deutscher, der in Russland in den Grenzen der UdSSR von 1937 geboren ist“)<sup>2</sup> setzt sich Krieger nicht auseinander.

Ganz fraglos zählt Krieger zu den Russlanddeutschen auch „deutsche Sowjetbürger“ (S. 3), ohne im einzelnen auf die zum Teil recht diffizilen Fragen der Staatsangehörigkeit und den auf deutsche Kolonisten ebenso wie auf Emigranten ausgeübten Einbürgerungsdruck (und die entsprechende Zögerlichkeit gegenüber Anträgen auf Entlassung aus der Sowjetbürgerschaft) einzugehen. Probleme also, die mindestens bis zu den Zeiten des „Stalinschen Großen Terrors“ für das Schicksal der Verfolgten eine existentielle Bedeutung haben konnten. Es scheint, als ob Krieger die hunderttausende Deutschstämmigen, die „in ihrer russischen Heimat“ zurückblieben und „nie an eine Auswanderung dachten“, höher schätzt als die „einige[n] tausend ehemalige[n] Kolonisten aus der Ukraine und dem Wolgagebiet“, die nach dem Ersten Weltkrieg in das Deutsche Reich flüchteten (S. 176).

1 Viktor Krieger: Keiner ist vergessen. Gedenkbuch zum 70. Jahrestag der Deportation der Deutschen in der Sowjetunion, Stuttgart 2011.

2 Siehe <http://lmdr.de/bundesverband/satzung>, [letzter Zugriff: 16.12.2013].

Angesichts der Millionenzahl der Opfer Stalins mag man mit Krieger nicht darüber urteilen, ob sein Fazit (S. 4) so sicher ist, wie er annimmt: dass unter allen Völkern und Minderheiten der einstigen UdSSR die Russlanddeutschen die meisten Opfer zu bringen hatten. Es mag genügen, auf die überaus zahlreichen ukrainischen und polnischen Opfer hinzuweisen.

Der Verfasser geht nur in der Einleitung – und auch hier in knappen Worten – auf die Situation der ca. 2,5 Mio. Bundesbürger russlanddeutscher Herkunft ein. Der Titel des Bandes führt insofern in die Irre: Krieger geht es vor allem um das Schicksal der Russlanddeutschen (und das ihrer Vorfahren) in der ehemaligen Sowjetunion bzw. dem Russländischen Reich. Den Verlauf der Übersiedlung Russlanddeutscher nach Deutschland und ihr Einleben in die bundesdeutsche Gesellschaft nennt er ausdrücklich nur einen „Ausschnitt“. Ihm geht es um „die Prozesse der Entrechtung und Ausgrenzung, ihre Erfahrungen im Zwangsarbeitslager und in den Deportationsgebieten“, um „die Problematik einer latenten oder auch völlig offenen Germanophobie“ (S. 181). Für die heutigen Bundesbürger wünscht er sich, dass die Vergangenheit und das kulturelle Erbe angemessen aufbewahrt, erforscht und in der breiten Öffentlichkeit würdig repräsentiert werden.

Immer wieder betont Krieger die Loyalität der deutschen Zuwanderer gegenüber ihrer neuen Heimat, dies gelte ebenso für die Zarenzeit wie für die Sowjetzeit. Die sowjetische Sicht der Wolgadeutschen Republik als erstem deutschen sozialistischen Staatsgebilde mit „glücklichen“ und „gleichberechtigten“ Einwohnern sowie „wahren Patrioten“ ihrer sowjetischen Heimat stellt er nicht in Frage. Umso weniger Verständnis bringt Krieger für die Tatsache auf, dass die Russlanddeutschen „stellvertretend für die Verbrechen des Dritten Reiches büßen und sich deutschfeindliches Benehmen der Behörden und Nachbarn gefallen lassen“ mussten (S. 96). „Der von NS-Deutschland begonnene Krieg“, so Krieger, „lieferte bekanntlich den Vorwand für Ausraubung, Deportation und Unterdrückung“ der deutschen Minderheit (S. 230). Er beklagt Stimmungsmache gegen „die Deutschen“, die „nicht etwa gegen den Feind oder die Faschisten“ gerichtet war (S. 37 f.).

Solche Betrachtungsweise ist nachvollziehbar, wenn man von Krieger eher beiläufig erfährt, dass sein Großvater als sowjetischer Soldat und Mitglied der Arbeitsarmee, Kinder „dem sowjetischen Sieg geopfert“ und dafür noch bis 1955 unter Sonderregime gestanden hat. Aber man vermisst doch einen Blick auf das ungeheure Leid, das Wehrmacht, SS und Einsatzgruppen – kaum allesamt kurzerhand unter „Faschisten“ zu fassen – der Sowjetunion und den Menschen in Russland und in der Ukraine angetan haben. Dieser Blickwinkel rechtfertigt das der deutschen Minderheit zugefügte Unrecht ganz gewiss nicht, macht es aber doch um einiges begreiflicher. Auch den vom Verfasser mit Empörung erwähnten, deutschfeindlichen Propaganda-Publikationen in der Sowjetunion ließen sich ebenso unsägliche Veröffentlichungen der Antikomintern-Propaganda aus dem Nibelungen Verlag gegenüberstellen (S. 156).

Zweifel wird man an der Annahme des Verfassers haben dürfen, dass die Teilnahme Russlanddeutscher an den Auswanderungs-Demonstrationen in Moskau im Jahre 1929 „bereits den vordergründigen Anlass für eine Verhaftung und die darauf folgende Verurteilung“ zur Zeit des „Großen Terrors“ 1937/38 lieferte (S. 107). Nikita Ochotin und Arsenij Roginskij, auf die Krieger verweist, begründen eingehend mit ihrem 2001 erschienenen Aufsatz über die Geschichte der „Deutschen Operation“ des NKWD 1937/38, dass das Ausmaß der Repressalien mit der Tatsache zusammenhing, dass sich Betriebe der Rüstungsindustrie in

von Deutschen bewohnten Gebieten befunden hätten.<sup>3</sup> Dagegen sei die Operation in anderen Regionen mit hohem Anteil an Deutschen gerade dort sehr schleppend verlaufen, wo die deutsche Bevölkerung mehrheitlich auf dem Land ansässig war und keine administrativ-territorialen Institutionen vorhanden gewesen waren.

Solche kritischen Einwände mindern keineswegs den Wert der facetten- wie kenntnisreichen Beiträge, die von einer intimen Vertrautheit mit dem Deutschtum in Russland und in der Sowjetunion zeugen. Deshalb ist es höchst erfreulich, auf Kriegers Aufsätze, die wegen ihres Erscheinens in Verbandspublikationen für viele bisher nur mit etlichem Aufwand zugänglich waren, nun an einer Stelle versammelt zugreifen zu können. Ebenso erfreulich ist, dass die Beiträge von umfangreichem, sehr illustrativem Bildmaterial begleitet sind.

Etwas getrübt wird die Freude an dem Buch durch das ungenaue Lektorat. So fallen sprachliche Unsauberkeiten an mehreren Stellen auf (z.B. S. 126 „vereinzelnde“ statt „vereinzelte“; S. 134 „ungelernte und gelernte“ statt „ungelernten und gelernten“; S. 136 „Vereinigte Nationen“ statt „Vereinte Nationen; S. 161 „Bundespartner“ statt „Bündnispartner“).

Alles in allem handelt es sich um ein Buch, das uns einen vielfältigen und tiefen Einblick in die Geschichte der Russlanddeutschen gibt, der in dieser Konzentration bisher kaum zur Verfügung stand.

Wilhelm Mensing, Bonn

3 Nikita Ochotin, Arseni Roginski: Zur Geschichte der „Deutschen Operation“ des NKWD 1937–1938, in: Jahrbuch für historische Kommunismusforschung (2000/2001), S. 89-125.

**Peter Haslinger (Hrsg.): Schutzvereine in Ostmitteleuropa. Vereinswesen, Sprachkonflikte und Dynamiken nationaler Mobilisierung 1860–1939, Marburg: Verlag Herder-Institut 2009, VI, 274 S.**

Der vorliegende Band des Herder-Instituts umfasst 16 Beiträge und geht, um weitere Aufsätze ergänzt, im Kern auf eine Tagung des Jahres 2006 zurück. Mit der Publikation wurden erstmals Forschungen zusammengeführt, welche sich mit einem spezifisch ostmitteleuropäischen Vereinsphänomen beschäftigen, das man unter dem Terminus Schutzverein fassbar machen kann.

Mit der Frage „Wen und wovor schützen Schutzvereine?“ leitet Peter Haslinger den Band ein (S. 1-6). Er entwirft unter Verweis auf die Beiträge des Bandes ein schlüssiges Handwerkszeug für die Arbeit mit Schutzvereinen als Analysekategorie. Haslinger gelingt es, ein Grundgerüst an Definitionsmerkmalen herauszuarbeiten, welches zahlreiche Gemeinsamkeiten ostmitteleuropäischer Vereinsbewegungen im Zeitalter der nationalistischen Massenmobilisierung erkennen lässt. Schutzverein ist dabei eine zeitgenössische Selbstzuschreibung von im cisleithanischen Teil des Habsburgerreichs wirkenden deutschnationalen Vereinen. Der Begriff ist deshalb attraktiv, weil er den defensiven Charakter im Namen trägt, der für die subjektive Handlungsmotivation dieser Vereine kennzeichnend war. Die wichtigsten, von Haslinger herausgearbeiteten Merkmale seien im Folgenden umrissen: Schutzvereine wirkten in regional begrenzten, national nicht eindeutigen Gebieten. Neu an ihnen war, dass nicht Konfession, Weltanschauung oder soziale Schicht als Kriterium zählte, sondern

die geglaubte, ethnisch verstandene, nationale Zusammengehörigkeit. Diese galt es, vor den Fängen einer Konkurrenznationalität zu schützen. Für die Durchsetzung ihrer Ziele entwickelten diese Vereine ein vielfältiges Wirkungsfeld, das alle Lebensbereiche der eigenen Nationalität erreichen sollte. Schutzvereine traten in dem Moment auf, als das bürgerliche Selbstbewusstsein so groß geworden war, dass es das Fehlen staatlicher Impulse zum „Schutz“ der eigenen Nation nicht mehr akzeptierte und dieses kompensieren wollte.

Die Stärke des Sammelbandes ist die Zusammenführung herausragender Experten für ostmitteleuropäische Nationalisierungsprozesse. Pieter M. Judson beispielsweise hat wichtige Forschungsarbeit zum Verständnis der Handlungsträger in Schutzvereinen geleistet.<sup>1</sup> Er führt in seinem Beitrag aus, dass die Vereine die Nation vielfach nicht „schützten“, sondern diese schlechterdings erst erfanden (S. 7-27). Sie seien nach außen scheinbar wohlgeordnete und effektive Gemeinschaften gewesen, in denen „volle gesellschaftliche Gleichheit aller sozialer Schichten“ herrschte (S. 8). Nach innen waren sie jedoch meist fragile Gruppen mit hoher Fluktuation, in welchen derselbe Bildungshintergrund und Wertehorizont dominierte. Sie teilten meist dieselbe Erfahrung einer modernen, schnelllebig gewordenen Lebenswelt. Dieser neuen sozialen Schichtung boten die Schutzvereine das Artikulationsinstrument, so Judson. Oft konkurrierten verschiedenationale Schutzvereine wiederum um dieselben Menschen in dem von ihnen imaginierten nationalen Grenzland. Gerade in sprachlich gemischten ländlichen Gegenden konnten national indifferente, zweisprachige Familien problemlos beiden Nationalitäten angehören.

Rudolf Jaworski behandelt das polnische Vereinswesen in Preußen und erreicht mit seinem kurzen und prägnanten Abriss (S. 20-27) eine einleuchtende Verknüpfung mit dem Terminus Schutzverein. So formuliert er, dass diese Vereine „im weitesten Sinne der kollektiven Selbsterhaltung des polnischen Bevölkerungselements in Preußen“ gedient hätten (S. 22). Anders als das Habsburgerreich war Deutschland ein Nationalstaat, welcher seiner polnischen Minderheit zunehmend mehr Entfaltungsmöglichkeiten raubte und die Deutschsprachigen gezielt stützte. So habe sich eine sich wechselseitig radikalisierende Dreieckskonstellation zwischen preußischem Staat, seiner nationalstaatlich gesinnten deutschsprachigen Bevölkerung und seinen polnischen Untertanen entwickelt. Während die deutschen Vereine zu Sekundanten der Behörden des Reiches wurden (S. 25), füllten polnische Vereine den vom deutschen Staat verlassenen bzw. ignorierten Raum und schufen so eine eigene polnische Öffentlichkeit.

Jörg Hackmann<sup>2</sup> geht in seinem Beitrag der Frage nach der Rolle der Deutschen Vereine in den drei baltischen Provinzen des russischen Zarenreichs (Estland, Livland, Kurland), in den Jahren 1905–1914, nach (S. 53-78). Hackmann schildert, wie die deutschsprachige Bevölkerung erst dann in national konnotierten Vereinen zusammenfand, als die Russische Revolution von 1905 ihre längst schon vollzogene gesellschaftliche Marginalisierung schmerzlich offenbarte. Die Vereinsgründungen seien eine unmittelbare Reaktion auf den Schock der Revolutionsphase gewesen, als es zu gewaltsamen Auseinandersetzungen mit Letten und Esten gekommen war. In kurzer Zeit seien in allen drei Provinzen explizit „deutsche Verei-

1 Pieter M. Judson: *Guardians of the nation. Activists on the language frontiers of imperial Austria*, Cambridge, MA 2006.

2 Hier sei zusätzlich auf Jörg Hackmann (Hrsg.): *Vereinskultur und Zivilgesellschaft in Nordosteuropa. Regionale Spezifik und europäische Zusammenhänge*, Wien 2012, hingewiesen.

ne“ gegründet worden. Zunächst firmierten sie als so genannte Schul- und Hilfsvereine. Mit dem Fokus auf muttersprachliche Bildung und wirtschaftliche Selbsthilfe widmeten sie sich den Kernfeldern von Schutzvereinsarbeit. Die Vereine hatten schon bald enormen Zuspruch und zählten ein Viertel der deutschsprachigen Bevölkerung in ihren Reihen. Jedoch lösten sie sich bei Kriegsbeginn 1914 endgültig auf. Dass die Hinwendung zur Nationalität im Fall der Deutschbalten mehr eine „Strategie des gesellschaftlichen Obenbleibens“ war, denn eine nachhaltige Hinwendung zur ethnisch deutsch verstandenen Nationalität, ist die bereits im Titel des Aufsatzes geäußerte, einleuchtende These des Autors (S. 53).

Julia Schmidts Forschung<sup>3</sup> kann als Erweiterung von Roger Chickering's klassischer Studie über den Alldeutschen Verband „We men who feel most German“<sup>4</sup> um die austro-cisleithanische Perspektive gelesen werden. In ihrem Beitrag geht sie auf „die deutschnationale Erfahrungsgemeinschaft zwischen Österreich und Deutschem Reich zwischen 1890 und 1914“ ein (S. 28-41). Eindrücklich wird die dezidiert alldeutsche Perspektive der deutschnationalen Schutzvereine im Habsburgerreich mit ihren vielfältigen Kontakten zu Gleichgesinnten im Deutschen Kaiserreich damit belegt, dass es auch dort zu einer Welle der Bismarckverehrung kam.

Die Schutzvereine Österreichs sind das Thema von zwei weiteren Beiträgen des Bandes. Laurent Dedryvère hinterfragt den ideologischen Hintergrund der beiden größten Schutzvereine im Land: der Deutsche Schulverein und der Verein Südmark (S. 42-52). Beeindruckend legt Dedryvère dar, mit welchem Repertoire die Vereine vorgegangen sind und mittels „Wandernden Bühnen“ sowie „Volksbibliotheken“ prägend wirkten. Seinen Ausführungen nach wollten die Schutzvereine die nationale Identität der Deutschsprachigen vor allem in den sprachlichen Mischgebieten stärken und festigen, indem sie einen dezidierten Regionalismus förderten und diesen ideologisch mit einer gesamtdeutschen Nationalideologie untermauerten. Heidrun Zettelbauer hat wiederum die Rolle der Frau in diesen, von völkischen Vorstellungen durchdrungenen Verbänden untersucht.<sup>5</sup> In ihrem Beitrag erweitert Zettelbauer die Schutzverein-Analyse um die Perspektive der Gender-Forschung (S. 79-110). Laut Zettelbauer habe die Moderne eine Politisierung des öffentlichen Raumes mit sich gebracht. Gleichzeitig hätten die damaligen Rollenbilder Frauen in die Privatheit verbannt und die Öffentlichkeit zur Männerdomäne erklärt. Zettelbauer gelingt es, dies auch für die Schutzvereine selbst schlüssig zu dekonstruieren: Am Beispiel des Vereins Südmark zeigt sie, dass es dort schon sehr früh Frauen- und Mädchengruppen gegeben hat. Als zentrale Frauenaufgabe habe man dabei die der Mutter definiert, die den „Kern der Nation“ gebildet habe (S. 97). Meist waren ganze Familien im völkischen Vereinsnetzwerk integriert. Frauen seien sehr präsent in der Schutzvereins-Öffentlichkeit und während des Ersten Weltkriegs maßgeblich an patriotischen Sammel- und Hilfsaktionen beteiligt gewesen.

Den Ländern der Böhmisches Krone widmen sich die meisten der im Sammelband vertretenen Beiträge. Während Jitka Balcarová in ihrem Beitrag über die deutschen nationalen

3 Julia Schmid: Kampf um das Deutschtum. Radikaler Nationalismus in Österreich und dem Deutschen Reich 1890–1914, Frankfurt a.M. 2009.

4 Roger Chickering: We men who feel most German. A cultural study of the Pan-German League 1886–1914, Boston, MA u.a. 1984.

5 Heidrun Zettelbauer: „Die Liebe sei Euer Heldentum.“ Geschlecht und Nation in völkischen Vereinen der Habsburgermonarchie, Frankfurt a.M. 2005.

Schutzvereine in den Jahren 1880–1945 einen fundierten Überblick liefert (S. 111-142), hat Rudolf Jaworski mit seinem – auf 12 Postkartenabbildungen gestützten – zweiten Aufsatz die über dieses zeitgenössisch hochmoderne Medium transportierten nationalen Botschaften von tschechischen und deutschen Schutzvereinsaktivisten im Blickfeld (S. 142-157).<sup>6</sup> Tara Zahra beschreibt wiederum die Entstehung eines modernen Sozialfürsorgewesens zwischen 1900–1918 durch die Schutzvereine im Angesicht des Streits um die Nationalität der heranwachsenden Generation.<sup>7</sup> Das Unvermögen des Habsburgerstaats, diese Aufgabe „neutral“ zu regeln, führte nach Zahra zu einer massiven Verstärkung der nationalen Desintegration von tschechisch- und deutschsprachigen Böhmen und Mähren (S. 192-207). Schließlich nimmt der Herausgeber Peter Haslinger in seinem Beitrag, welcher sich ebenfalls auf eine aktuelle Forschung stützt,<sup>8</sup> die Rolle der tschechischen Schutzvereine in der Zwischenkriegszeit unter die Lupe, indem er ihr Verhältnis zum offiziellen Staat und ihre Verankerung in der tschechischen Minderheitenbevölkerung zwischen Staats- und Sprachgrenze untersucht (S. 208-234).

Insgesamt entsteht so ein vielseitiges und breitgefächertes Bild der Schutzvereine auf dem Territorium der heutigen Tschechischen Republik. Tschechische und deutsche Schutzvereine scheinen dabei eine parallele Entwicklung durchlaufen zu haben. Zu jedem deutschen Verein gab es auch ein tschechisches Pendant. Meist wurden solche Vereine nur kurze Zeit hintereinander ins Leben gerufen, nachdem durch die wirtschaftliche Krise der 1870er Jahre der Liberalismus an Halt in der Bevölkerung verloren hatte und es deshalb in den Böhmisches Ländern zum Schul- und Sprachenstreit gekommen war. Aufschlussreich sind Balcarovás und Haslingers Ausführungen zur Zwischenkriegszeit. Nach der kriegsbedingten Krise der deutschen Schutzvereine hätten diese sich an die neuen staatlichen Rahmenbedingungen angepasst. Sie seien unter der nunmehr sudetendeutschen Bevölkerung eine feststehende Größe geworden. Hier wird die Parallelität zu den tschechischen Pendants besonders deutlich, wenn Haslinger die tiefe Verwurzelung in der tschechischen Minderheitenbevölkerung erklärt.

Kai Struve berichtet über die galizischen Bildungsvereine als dortige Schutzvereinsvariante und über deren Schwierigkeit, gegen die vornationalen Identifikationsmuster der bäuerlichen Bevölkerung anzukommen (S. 170-191).<sup>9</sup> Noch 1880 hatte Galizien einen Anteil an Analphabeten von 81%. Bis 1914 vollzog sich jedoch ein gewaltiger Bildungsschritt, der den miteinander konkurrierenden ukrainischen und polnischen Vereinigungen zu verdanken sei. Traditionell war die griechisch-katholische Bevölkerung „ruthenisch“. Die „Polen“ waren in vornationaler Zeit wiederum immer nur „die Herren“ gewesen, von welchen sich katholische und ruthenische Bauern abgrenzten. Struve legt dar, dass sich die Ruthenen erst einmal zwischen russophil und ukrainophil entscheiden mussten und im zweiten Schritt be-

6 Vom Autor liegt hierzu weiterhin vor: Rudolf Jaworski: Deutsche und tschechische Ansichten. Kollektive Identifikationsangebote auf Bildpostkarten in der späten Habsburgermonarchie, Innsbruck 2006.

7 Tara Zahra: Kidnapped souls. National indifference and the battle for children in the Bohemian Lands, 1900–1948, Ithaca, NY 2008.

8 Peter Haslinger: Nation und Territorium im tschechischen politischen Diskurs: 1880–1938, München 2010.

9 Kai Struve: Bauern und Nation in Galizien. Über Zugehörigkeit und soziale Emanzipation im 19. Jahrhundert, Göttingen 2005.

müht waren, eine eigene ukrainische Intelligenzschicht auszubilden. Die polnischen Vereine hätten wiederum die polnische Identität der katholischen Bauern gestärkt.

Joachim v. Puttkamer thematisiert die magyarischen Schutzvereine in Siebenbürgen (EMKE) und Oberungarn (FEMKE) im Ungarn der Ausgleichsperiode (S. 158-169).<sup>10</sup> Er beschreibt sie als „Speerspitzen einer aggressiven Sprachpolitik“ (S. 158). Beide Vereine entstanden nahezu zeitgleich, als man sich aufgrund der ersten Sprachstatistik 1880 in Ungarn vor Panslawismus und Darkoromanismus zu fürchten begann. Als Vorbild habe man sich den 1881 gegründeten Deutschen Schulverein genommen. Die Vereine fühlten sich – so v. Puttkamer – als „autonome Verlängerung des Staates“ (S. 165) und hatten ein „nationales“ Territorium als Ziel. Aufgrund der unterschiedlichen regionalen Begebenheiten verfolgten sie jedoch differierende Politiken zum Erreichen dieses Ziels. Während die EMKE Siebenbürgen für die Ungarn erhalten wollte und die Anpassung der ungarischen Szekler an ihr rumänisches Umfeld aufzuhalten suchte, betrieb die FEMKE unter den Slowaken eine aktive Assimilierungspolitik.

Mit der Slowakei in der Zwischenkriegszeit beschäftigen sich Angela Gröber, Elena Mannová sowie Róbert Letz. Gröbers Artikel behandelt die nationale Mobilisierung der in einigen Dörfern der Karpatoukraine verstreut siedelnden deutschen Bauernfamilien (S. 235-244). Sie beschreibt, wie die vornationale lokale Bevölkerung im neuen gemeinsamen Staat von der bündischen Jugend der Sudetendeutschen entdeckt und zu einem „Vorposten“ der deutschen „Volksgemeinschaft“ gemacht wurde. Erst hierdurch wurde sie in ihrer örtlich begrenzten Heimat zu einer nationalen Minderheit, zu Gästen und Fremdlingen im nationalen Kontext. Mannová (S. 245-268) und Letz (S. 269-274) beschreiben in ihren Artikeln die Geschichte der slowakischen Schutzvereinsbewegung.<sup>11</sup> Diese war zu ungarischer Zeit unterbunden, weshalb der wichtigste slowakische Verband, die Slovenská Liga, von ausgewanderten Slowaken in den USA gegründet wurde. Dort entwarfen, wie Letz berichtet, ihre Vertreter zusammen mit den Tschechen während des Ersten Weltkriegs die tschechoslowakische Staatsidee. Obwohl zwei Drittel der Ortsgruppen der slowakischen Schutzvereine in der mehrheitlich von Ungarn bewohnten Südslowakei agierten, hatten sie große Probleme, in der lokalen Bevölkerung Rückhalt zu finden. Hier habe sich die tschechoslowakische Staatlichkeit nur sehr langsam durchgesetzt, da auch ethnische Slowaken in ihrer Mehrheit proungarisch eingestellt gewesen seien: Während diese weiterhin das gewohnte magyarische Presse- und Sportvereinswesen nutzten und rezipierten, so Mannová, konnten sich vergleichbare slowakische Institutionen kaum etablieren. Dies änderte sich erst in den 1930er Jahren durch die große Stabilität der Tschechoslowakei und endete 1938 abrupt durch den Zweiten Münchner Schiedsspruch.

Der Sammelband bietet mit diesem Panorama einen facettenreichen Überblick über das Schutzvereinswesen in Ostmitteleuropa in der Zeit vom Beginn des ethnisch ausschließenden Nationalismus bis zum Scheitern der Minderheitenschutzordnung des Völkerbunds, also von ungefähr 1860 bis 1939. Wenn es auch in Teilen für die Stringenz des Sammelbandes

10 Hierzu sei ebenfalls erwähnt: Joachim v. Puttkamer: Schulalltag und nationale Integration in Ungarn. Slowaken, Rumänen und Siebenbürger Sachsen in der Auseinandersetzung mit der ungarischen Staatsidee 1867–1914, München 2003.

11 Die Forschungsarbeit des Autors in slowakischer Sprache lautet: Róbert Letz: Dejiny Slovenskej ligy na Slovensku: 1920–1948 [Die Geschichte der Slowakischen Liga in der Slowakei], Martin 2000.

hilfreich gewesen wäre, die aus mündlichen Tagungsbeiträgen entstandenen Aufsätze etwas besser aufeinander abzustimmen, werden mit der Publikation wichtige Analyseinstrumente für die Vereins- und Nationalismusforschung zur Verfügung gestellt.

Stefan Thierfelder, Berlin

**Svetlana Korzun: Heinrich von Huysen (1666–1739). Prinzenerzieher, Diplomat und Publizist in den Diensten Zar Peters I., des Großen, Wiesbaden: Harrassowitz Verlag 2013, IX, 268 S.**

Im Mittelpunkt der Studie von Svetlana Korzun, einer überarbeiteten Fassung ihrer 2011 von der Philosophisch-Historischen Fakultät der Universität Stuttgart angenommenen Dissertation, befindet sich eine markante Figur der petrinischen Epoche: Heinrich v. Huysen war Mitstreiter und Berater des Zaren, hoher Funktionär, dem im Laufe seiner Dienstjahre viele wichtige Aufgaben übertragen wurden. Dass sein Wirken in Russland in verschiedenen geschichtlichen Darstellungen immer wieder thematisiert wird, ist nicht verwunderlich, indes war eine umfassende Biografie Huysens bisher zweifelsohne ein Desideratum. Durchaus begrüßenswert ist daher, dass ihm nun begegnet wird, umso mehr, das die Verfasserin sich auf die „Ermittlung und Auswertung zahlreicher, in mehreren europäischen Staaten überlieferter Archivalien, Drucke und Korrespondenzen“ stützen kann (S. 220).

Den Schwerpunkt der Untersuchung bilden Huysens „russische“ Jahre, d.h. seine Tätigkeit im Dienst Peters I. zwischen 1702 und 1725; Huysens vorheriger Lebensabschnitt sowie sein Werdegang als Diplomat werden einleitend skizziert. U.a. dank einem erhalten gebliebenen handschriftlichen Fragment der Autobiografie Huysens, das derzeit in einem privaten Archiv aufbewahrt wird, kann die Verfasserin wertvolle Einblicke in die „Lehr- und Wanderjahre“ des Diplomaten gewinnen und die Umstände, in welchen sein Eintritt in russische Dienste stattfand, nachvollziehbar darstellen. Nachfolgend wird die Biografie Huysens nicht streng chronologisch, sondern vielmehr thematisch aufgebaut, indem einzelne Wirkungsbereiche des Akteurs beleuchtet werden.

In den ersten Teilen ihrer Arbeit behandelt die Autorin die bisher eher wenig bekannte Tätigkeit Huysens als Hofmeister des Sohnes Peters I., Aleksej, der bis 1718 als Thronfolger galt, sowie die publizistischen Aktivitäten Huysens als „gelehrt-literarischen Agenten der russischen Regierung“ (so nannte ihn der russische Historiker des 19. Jahrhunderts Petr Pekarskij).<sup>1</sup> Unter Heranziehung eines umfangreichen und bisher nur schwer zugänglichen Quellenbestands, der hier akribisch zusammengestellt wurde, wird gezeigt, in welchem Umfang das recht subtile Vorgehen Huysens, der diverse prominente – sowohl wissenschaftliche als auch politische – Kontakte in Europa unterhielt, zur Verbreitung eines neuen, positiven Images von Russland wie zur Würdigung „des Reformwerks des von [Huysen] verehrten Zaren“ beitrug (S. 220).

Weitere Facetten von Huysens Tätigkeit betreffen vor allem die Bereiche der Wissenschaftsförderung, Diplomatie und Historiografie. Die Verfasserin rekonstruiert beispiels-

1 Vgl. Petr Pekarskij: Baron Gjusen [Huysen], učeno-literarnyj agent russkago pravitelstva v načale XVIII stoletija [Baron Huysson, gelehrt-literarischer Agent der russischen Regierung am Anfang des 18. Jahrhunderts], in: Otečestvennye zapiski 22 (1860), 3, S. 49-72.

weise die Rolle HuysSENS bei der Aufnahme in die Berliner Sozietät der Wissenschaften Dimitrie Cantemirs, geht auf HuysSENS Wirken am Wiener Hof ein, wo er die aktuelle politische Machtverteilung mitverfolgte und im Sinne von Peter I. zu beeinflussen suchte, und bietet einen Überblick über die Tätigkeit HuysSENS als Autor und Herausgeber historischer Schriften. Insbesondere widmet sie ihre Aufmerksamkeit dem von HuysSENS zwar 1715 zum Druck vorbereiteten, jedoch erst 1787/88 in russischer Sprache veröffentlichten „Journal des Herrschers Peter I.“ – einem Werk zur Geschichte des Großen Nordischen Krieges, dessen Bedeutung sich nicht zuletzt darin zeige, „dass es selbst zur Quelle für weitere Kriegsbeschreibungen wurde“ (S. 178). Die im Auftrag des Zaren von HuysSENS betriebene Anwerbung ausländischer Fachkräfte wird in der Arbeit anhand von einigen rekonstruierten Fällen anschaulich gemacht. So wird Heinrich von HuysSENS als Akteur seiner Epoche allmählich sichtbar, seine Involvierung in die politischen und kulturellen Prozesse der Zeit – historisch greifbar.

Durch die von der Verfasserin geleistete gründliche Quellenarbeit wird eine ganze Reihe neuer historischer Informationen geliefert, die nicht nur im Rahmen der Biografie HuysSENS von Bedeutung sind. Aufschlussreich ist beispielsweise die Schilderung des Kontaktes zu Leibniz. Mithilfe der in der Gottfried Wilhelm Leibniz Bibliothek-Niedersächsischen Landesbibliothek in Hannover aufgefundenen Briefe HuysSENS an den Philosophen lässt sich klären, dass die Begegnung von Peter I. mit Leibniz erst dank der langjährigen Bemühungen HuysSENS möglich wurde. In einem neuen Licht erscheinen überdies der Charakter und die Intensität der wissenschaftlichen und kulturellen Kontakte Petersburgs nach Deutschland, die durch die Vermittlung von HuysSENS noch vor der Gründung der Akademie der Wissenschaften stattfanden.

So sehr jedoch die Sorgfalt der Verfasserin bei der Auswahl der Quellen sowie ihre Akribie bei deren Auswertung überzeugen, so wenig haltbar erscheint das in der Arbeit deklarierte methodische Vorgehen, bei dem die Untersuchung in die Zwänge des Kulturtransfer- bzw. des Kulturaustausch-Konzeptes eingebettet wird. Die der Studie vorausgeschickte Intention, HuysSENS als „interkulturellen Vermittler“ zu betrachten, „an dessen Beispiel sich die verschiedenen Austauschprozesse und kulturüberschreitenden Entwicklungen der Zeit exemplarisch aufzeigen lassen“ (S. 7), verliert sich erwartungsgemäß in den tatsächlich wahrnehmbaren Zusammenhängen der HuysSENS'schen Biografie und erweist sich als unproduktiv, in ihrer immer wieder bemühten Formelhaftigkeit gar als störend. Das historische Material, mit dem hier gearbeitet wird, scheint sich gegen ein solches methodisches Vorgehen zu wehren. Unklar bleibt, warum die Verfasserin diesen auf die Beschreibung von durchaus spezifischen kulturhistorischen Phänomenen abgestimmten Ansatz verwendet. Es besteht keine Notwendigkeit, den Kulturaustausch dort zu postulieren, wo es um den Austausch von gemeinnützigen Kenntnissen und die Schaffung von wissenschaftlichen Netzwerken jenseits aller Vorstellungen von deren Prägung durch eine lokale, geschweige nationalsprachlich verankerte Kultur geht.

Ein weiterer Kritikpunkt betrifft die in der Arbeit vertretene Verweiskultur. Zum einen wird in den Fußnoten im Übermaß auf die Literatur verwiesen, auf die der Haupttext keinerlei Bezug nimmt. Diese ein- oder weiterführenden Lektüreempfehlungen tragen leider dazu bei, dass der ohnehin wegen der vielen Namen, Daten und seitenlangen Wiedergabe diverser Schrifteninhalte nicht gerade einfach aufzunehmende Text noch weniger lesbar wird. Zum anderen fehlen jedoch an einigen Stellen der Studie explizite Verweise auf die

Leistungen der „alten“ historischen Forschung zu Huysen, die zum Teil aus denselben Quellen schöpfte. So verzichtet die Verfasserin leider auf eine Auseinandersetzung mit den Huysen-Studien von Petr Pekarskij aus den Jahren 1860 und 1862, obgleich sie im Quellen- und Literaturverzeichnis aufgeführt sind und die Untersuchung zur Einflussnahme Huysens auf die deutsche periodische Presse ganz offensichtlich darauf aufbaut. Dieser Umstand erscheint umso bedauerlicher, da der Leser nicht erfährt, ob der Verfasserin etwas über den Verbleib der von Pekarskij benutzten russischen Handschrift bekannt ist, auf welcher die 1776 erschienenen „Nachrichten von dem Baron von Huysen“ Peter v. Havens beruhen.

Die obigen kritischen Anmerkungen sollen natürlich keinesfalls in Frage stellen, dass Svetlana Korzun mit ihrer Studie über Heinrich v. Huysen ein grundsolides Werk gelungen ist, das eine Lücke in der biografischen Forschung zur petrinischen Epoche schließt und somit einen wertvollen Beitrag zu deren Verständnis leistet.

Alla Keuten, Bremen

**Rudolf A. Mark: Krieg an fernen Fronten. Die Deutschen in Zentralasien und am Hindukusch 1914–1924, Paderborn u.a.: Ferdinand Schöningh Verlag 2013, 285 S.**

Schon seit geraumer Zeit und erst recht im „Jubiläumsjahr“ richtet sich das Forschungsinteresse zum Ersten Weltkrieg nicht mehr nur auf die Westfront. Die Ost-, die Süd- und Südostfront sowie die Vorgänge im Osmanischen Reich und damit auch in Palästina wurden zunehmend erforscht. Ähnliches ist von den Kolonien und Ozeanen zu vermelden. Mit der Lupe müssen allerdings Studien zu Zentralasien oder gar Afghanistan gesucht werden. Dabei ist das Problem selbst uralte: Wer als Krieg führende Partei den überlegenen Gegner nicht direkt besiegen kann, der versucht es auf indirektem Weg durch Entfesselung von Aufständen und Destabilisierungsaktionen im Hinterland. Dies tat im Ersten Weltkrieg der legendäre Lawrence von Arabien für die Entente, dies unternahm die Mittelmächte durch Unterstützung des Irischen Osteraufstandes 1916, durch die Einschleusung Lenins in das zarische Russland oder aber im vorliegenden Fall durch den bayerischen Offizier und Geografen Oskar Ritter v. Niedermayer in Asien. Das Zarenreich sowie das Britische Empire hatten Millionen muslimischer Untertanen, die zu einem antikolonialen Kampf aufgewiegelt werden sollten. Eine nicht unwichtige Rolle spielten bei diesen Überlegungen die in Zentralasien lebenden Deutschen sowie später die deutschen und österreichisch-ungarischen Kriegsgefangenen.

Rudolf A. Mark hat sich nun aufgemacht, diese weißen Flecken zu kartografieren und zu kolorieren. Er gliedert sein Buch in fünf Kapitel: „Turkestan und die deutsche Kriegszielpolitik 1914–1916“ (S. 13-47), „Der Krieg und die Deutschen in Russisch-Turkestan“ (S. 49-128), „Revolution und Kriegsende im Osten“ (S. 129-168), „Kriegsende und Kriegsgefangenschaft“ (S. 169-191) sowie „Deutsche Turkestaninteressen bis zur Gründung der UdSSR“ (S. 193-211).

Mark hat bei seinem Unterfangen mit einer ganzen Reihe von Schwierigkeiten zu kämpfen, die sich aus der Thematik selbst ergeben. Der Titel „Krieg an fernen Fronten“ ist etwas missverständlich, denn es handelte sich in erster Linie um diplomatische Versuche, um Expeditionen sowie um Aktionen des Kleinen Krieges und dieser kennt eines gerade nicht: feste Fronten. Wo diese aber letztlich nicht vorhanden sind, sondern unterschiedlichste Ak-

teure aus verschiedensten Motiven viele kleine und größere Stör- und Sabotageunternehmen ausführen, können auch keine Fronten beschrieben oder gar analysiert werden. Hinzu kommt, dass größere Unternehmungen zwar konzeptioniert und geplant, aber nur begrenzt ausgeführt wurden. Schließlich liegen auch noch Quellen aus sieben Archiven vor, davon drei im Ausland, deren Informationen zu unterschiedlichen Zeiten unterschiedlich ergiebig sprudeln. Dies alles ergibt viele bunte Steine, aus denen Mark ein Mosaik zusammensetzt, welches in Teilen fragmentarisch bleibt, ja bleiben muss. Dies ist weniger dem Autor als vielmehr dem schwierigen Thema anzulasten, nicht von ungefähr findet sich mehrfach der Satz „Das kann heute nicht mehr genau überprüft werden“ in diversen Spielarten (u.a. S. 47, 112, 118, 127, 152 und 195).

Mark geht sein Thema chronologisch an und stellt zu Recht fest, dass es den deutschen Zentralasien- sowie Afghanistan-Unternehmungen an der notwendigen Strategie und Planung, an den notwendigen Hilfsmitteln und an der notwendigen Koordinierung der Kriegsziele der Mittelmächte gebrach. Er beleuchtet zunächst Turkestan und die deutsche Kriegszielpolitik in den Jahren 1914 bis 1916 und geht dabei intensiv auf die 1914 geschaffene Nachrichtenstelle für den Orient ein, die einerseits Informationen sammelte und andererseits in der Heimat sowie vor Ort propagandistisch tätig war. Die zunehmenden Verluste der russischen Armee führten zu einer Ausdehnung der Kriegsdienstpflicht auf vorher davon ausgenommene Provinzen bzw. Untertanen. Dagegen wehrte sich 1916 die Einwohnerschaft Turkestans gewaltsam, woraus die deutschen Stellen den Schluss zogen, hier tätig werden zu können.

Mark stellt in seinem Abschnitt über den Krieg und die Deutschen in Russisch-Turkestan zunächst fest, dass dort bis Kriegsbeginn etwa 10 000 Deutsche lebten, vornehmlich in den Städten. Sie waren u.a. im Baumwollhandel tätig. Während des Krieges wurden die Deutschen diskriminiert, auch wurden Kriegsgefangenenlager eingerichtet, in denen die Unterbringung miserabel war, durch die aber die Zahl der Deutschen und Österreicher vor Ort um mehrere Zehntausende anstieg. Mark geht auf die vielfältigen, zumeist unkoordinierten und mit geringen Mitteln ausgestatteten deutschen Kleinkriegsaktivitäten in 1916 ein. Sie reichten von Mesopotamien über Persien bis nach Afghanistan, mit dem sogar ein Freundschaftsvertrag abgeschlossen wurde. Allerdings sah dieser umfangreiche Vorleistungen des Deutschen Reiches vor, die nur begrenzt zu erfüllen waren. Letztlich hatte er keine allzu großen Auswirkungen. Der deutschen Delegation fehlte es an interkultureller Kompetenz.

In seinem Abschnitt über Revolution und Kriegsende im Osten arbeitet der Autor heraus, dass 1917/18 die Region noch einmal in den deutschen Blick geriet. Die zwei Revolutionen in Russland 1917 bewirkten Unabhängigkeitsforderungen in vielen Provinzen, woraufhin die deutsche Seite nun ihr „Randstaatenkonzept“ erarbeitete. Angesichts des deutschen Eisenbahnvormarschs, der Präsenz in Palästina, des Friedens von Brest-Litovsk und der Revolutionswirren standen die Chancen hierfür nicht schlecht. Neben Turkestan waren nun vor allem Chiwa und Buchara von Interesse. Die allgemeine Situation der Mittelmächte und die mangelnde Koordination ihrer Aktionen machten derlei Vorstellungen jedoch zunichte. Mark geht in seinem Abschnitt über Kriegsende und Kriegsgefangenschaft auf die Situation von 1918 ein. Damals befanden sich etwa 35 000 Kriegsgefangene in Turkestan, die meisten waren Österreicher. Die Verbindungen in die Heimat waren revolutionsbedingt unterbrochen; einige Gefangene versuchten, auf eigene Faust die Linien der Mittelmächte zu erreichen, andere kämpften im Bürgerkrieg, vornehmlich auf Seite der Roten (von insgesamt

100 000 Kriegsgefangenen in der Roten Armee zwischen 1917 und 1921 waren 2 500 in Turkestan). In einigen Einheiten machte ihr Anteil bis zu 20% aus. An der Eroberung Bucharas durch die Rote Armee 1920 waren sie maßgeblich beteiligt. 1920 gab es in Turkestan immer noch 30 000 Kriegsgefangene, davon waren 3 000 bei der Roten Armee. Sie kehrten im Laufe des Jahres heim. Im Schlusskapitel zu den deutschen Interessen in Turkestan bis zur Gründung der UdSSR betont Mark, dass Deutschland, nun keine Kolonialmacht mehr, in der muslimischen Welt einen guten Ruf hatte. Die Kontakte zu führenden osmanischen Militärs im Exil seien ausgezeichnet gewesen; die deutschen Orientveteranen hätten sich um General v. Seeckt geschart. Nach wie vor habe es Handelsinteressen in Richtung Turkestan, Buchara und Chiwa gegeben. In seinen Schlussbetrachtungen stellt Mark heraus, dass es sicher nicht das Ziel des Deutschen Reiches gewesen sei, „ein orientalisches Reich zur Förderung deutscher Weltbeherrschungspläne zu erobern“. Es sei allenfalls um Aufruhr und Beunruhigung gegangen. Die deutschen Aktionen seien wenig planvoll, unkoordiniert, mit wenig Sachkenntnis der Verhältnisse vor Ort und zudem mit zu geringen Mitteln erfolgt.

Kleinere Ungenauigkeiten sind weniger dem Autor als dem Lektorat anzulasten: Es handelt sich um Manfred Freiherr v. Richthofen nicht um Manfred v. Richthofen, Weddigen war nicht nur „U-Bootfahrer“, sondern U-Boot-Kommandant (S. 8), eine „Luftwaffe“ gab es auf deutscher Seite nicht und bei dem „Ballon“, aus dem angeblich Bomben abgeworfen wurden, dürfte es sich um eine seltsame Übersetzung bzw. Eindeutschung handeln; vermutlich ist ein Luftschiff gemeint (S. 70).

Dies trübt aber keineswegs Marks Verdienst, die Kärnerarbeit *in puncto* verstreuter Quellen sowie Literatur und komplexester Situation geleistet und dieses noch weitgehend unbekanntes, aber hochinteressante Kapitel der Vergessenheit entrissen zu haben.

Harald Potempa, Potsdam

**Julia Eichenberg: Kämpfen für Frieden und Fürsorge. Polnische Veteranen des Ersten Weltkriegs und ihre internationalen Kontakte, 1918–1939, München: Oldenbourg Verlag 2011, 259 S.**

Der Erste Weltkrieg kann ohnehin nicht als untererforscht gelten und mit den zahlreichen Publikationen zum 100. Jahrestag des Kriegsausbruchs 2014 trifft diese Feststellung noch mehr zu. Richtet man den Blick stärker nach Osten, stellt sich die Situation allerdings anders dar. In den meisten Ländern Osteuropas – mit der Ausnahme Ungarns – spielt das Gedenken an den Ersten Weltkrieg eine weitaus geringere Rolle als im Westen des Kontinents und hier ist die historische Literatur spärlicher. Insbesondere der vergleichsweise wenig prominente Platz des Ersten Weltkrieges im dominierenden polnischen historischen Narrativ ist erklärungsbedürftig. Wie kaum ein anderes europäisches Land wurde Polen durch den Ersten Weltkrieg geprägt – mit massiven Verlusten an Menschen, Gebäuden und Infrastruktur, aber selbstredend auch durch die Wiedergründung des polnischen Staates. Prägungen, die nur durch den militärischen Zusammenbruch Russlands und dem Eingreifen der Mittelmächte möglich wurden.

Julia Eichenberg wählt mit Ihrer Dissertation zu polnischen Veteranen des Ersten Weltkriegs eine Sonde, die die Spezifik der polnischen Erfahrung des Großen Krieges facettenreich und tiefgehend zu erkunden vermag. Mit dem zeitlichen Fokus, der vom Ersten

Weltkrieg bis in die späten 30er Jahre reicht, kann Eichenberg deutlich machen, warum die Erinnerung an den Ersten Weltkrieg in Polen nicht erst durch die noch weitaus einschneidendere Erfahrung des Zweiten Weltkriegs verblasste, sondern schon lange zuvor problematisch war. Eichenberg zeigt zudem, dass die tiefgreifenden Brüche der polnischen Geschichte des 20. Jahrhunderts historische Einsichten zu politischer Nationalität und nationaler Orientierung erlauben, die weit über Polen hinaus relevant sind.

Eichenbergs Untersuchung der polnischen Veteranen zielt auf drei, in jeweils eigenen Kapiteln abgehandelte, Dimensionen des Problems, die, nicht immer frei von Wiederholungen, den Fall Polens an das europäische Problem der Kriegsveteranen anschließen. Zunächst behandelt Eichenberg die Veteranen im Spannungsfeld von Nation und Internationalität. Hier kann sie herausarbeiten, wie sehr die Frage des Veteranenstatus abhängig von Definitionen und damit von der Nachkriegsaktualität war. Deutlich wird, wie die Teilnahme an den Grenzkriegen, mit denen der neue polnische Staat sein Territorium festigte und ausdehnte, immer stärker zum Maßstab wurde. Während sich hier die bis zu einem gewissen Maße unabhängig von den Mittelmächten agierenden polnischen Einheiten (Legionen) bzw. die auf französischer Seite kämpfenden Polen anschließen konnten, gerieten die große Zahl der ca. 1,5 Mio. polnischen Weltkriegsteilnehmer in den Armeen der Teilungsmächte ins Hintertreffen.

Diese aus der Logik der polnischen Staatsgründung 1918 heraus verständliche Orientierung spiegelt sich auch in der Kultur der Weltkriegserinnerung und in der Mitarbeit in den internationalen Veteranenverbänden. Frankreich diente hier, anschließend an die polnische Sicherheitspolitik nach 1918, als direkter Bezugspunkt. Persönliche, noch aus der Kriegszeit datierende Kontakte mit den französischen „ancien combattants“ spielten hierbei eine wesentliche Rolle. Die polnische Weltkriegserinnerung übernahm oftmals direkt im Westen etablierte Muster – etwa in der Ausgestaltung der Feiern zum 11. November.

Eichenberg kann zeigen, wie sich auch die polnischen Veteranen in ihrer Mitarbeit in den internationalen Veteranenverbänden – auf denen hier der Fokus liegt – immer stärker auch eine übernationale Agenda zu eigen machten. Eichenbergs Erkenntnisse sind dort besonders interessant, wo sie zeigen, wie die aus einer spezifischen Logik operierenden Veteranenverbände vom nach dem Ersten Weltkrieg aufkommenden institutionalisierten Internationalismus profitieren konnten. Dies äußerte sich etwa in der von beiden Seiten forcierten Zusammenarbeit zwischen Veteranen und Völkerbund bzw. der International Labour Organization. Dabei war das symbolische Kapital des Internationalismus für die polnischen Veteranen vergleichsweise wichtiger als für diejenigen in Großbritannien und Frankreich, die sich auf gut etablierte nationale Diskurse berufen konnten. Aufschlussreich ist, dass nicht nur die spezifische Erfahrung des Weltkriegs in den Streitmächten Russlands, Deutschlands und Österreich-Ungarns bzw. der polnischen Legionen und der im französischen Heer kämpfenden Polen bestimmend war, sondern auch die mangelnde gemeinsame Vorkriegserfahrung. So fehlte sowohl die republikanische Tradition der französischen Veteranen als auch die massive Ablehnung der Politik nach 1918, die viele ältere, noch dem Kaiserreich anhängende deutsche Veteranen zusammenschweißte. Erst in der Repräsentation nach außen wurden die polnischen Veteranen der Armeen der Teilungsmächte zu polnischen Veteranen.

Das zweite Kapitel widmet sich der Versorgung der Veteranen und damit der praktischen Bedeutung der Veteranenverbände. Eichenberg veranschaulicht über diese Frage das sehr viel breitere Phänomen, dass eine kriegszermürbte Bevölkerung den Staat in einer tiefen

Bringschuld sah. Die besondere Herausforderung im Fall Polens lag nicht nur darin, dass der neue polnische Staat wirtschaftlich zerrüttet und zu substantieller Hilfe kaum in der Lage war. Vielmehr war nach 1918 weder deutlich, wer anspruchsberechtigt war, noch an welchen Staat man sich wenden sollte und konnte. Zudem musste sich der neue polnische Staat an den alten Teilungsmächten messen lassen, während gleichzeitig die Teilungsmächte für das Leid der Soldaten verantwortlich gemacht wurden. Um Ansprüche zwischen „moralischer Pflicht und internationalem Recht“ durchzusetzen, erwies sich die internationale Zusammenarbeit und der Verweis auf westliche Vorbilder für die polnischen Veteranen als besonders zielführend. Öffentlichkeit, hergestellt nicht zuletzt durch zahlreiche Verbandspublikationen, spielte hier eine wesentliche Rolle.

Eichenberg veranschaulicht zudem, wie eng die Veteranenproblematik mit innenpolitischen Entwicklungen verbunden war – etwa in der engen Verbindung des 1928 gegründeten Veteranendachverbandes mit dem Sanacja-Regime. Dies gilt auch für die Haltung gegenüber den Veteranen, die für die ehemaligen Teilungsmächte gekämpft hatten, und für die Minderheitenproblematik. Mit der zunehmend aggressiven deutschen Politik nach 1933 gelangten, wie Eichenberg im dritten Kapitel über den Pazifismus der Veteranen und deren Stellung zur Abrüstungsfrage herausarbeitet, die Themen Sicherheit und Frieden noch prominenter auf die politische Agenda. Andererseits endete die kurze Phase internationaler Zusammenarbeit unter aktiver Mitwirkung der deutschen Veteranen.

Eichenberg zeichnet trotz schwieriger Quellenlage und einer lange stark normativ und emotional aufgeladenen Diskussion ein nuanciertes Bild. Polnische Soldaten kämpften, entgegen früherer Überzeugungen, ganz überwiegend loyal in der deutschen und österreichisch-ungarischen Armee. Ihr Anteil unter Kriegsgefangenen und Deserteuren lag kaum höher als die Norm. Eichenberg nennt sogar Fälle, in denen polnische Soldaten in englischen Kriegsgefangenenlagern darauf bestanden, als deutsche Soldaten behandelt zu werden. Zu zeigen, wie der neue polnische Staat mit dieser Herausforderung umging und sich als Produkt des Krieges die Gefolgschaft oder zumindest Akzeptanz derjenigen sicherte, die in diesem Krieg mit ganz heterogenen Zielen gekämpft hatten, ist eine wesentliche Leistung des Bandes.

Durch die umsichtige Untersuchung und kluge Interpretation eines geschickt gewählten Beispiels gibt Eichenberg eine nuancierte Antwort auf das scheinbare Paradoxon der großen Bedeutung des Ersten Weltkrieges für Polen und einer doch gleichzeitig im europäischen Vergleich kaum ausgeprägten Erinnerung. Mit ihrer Studie erschließt Eichenberg ein Thema, dessen Bedeutung weit über den eigentlichen Gegenstand der polnischen Veteranen hinausweist. Eichenberg hat hierfür zahlreiche neue Quellen in polnischen und internationalen Archiven erschlossen und in überzeugender Weise den öffentlichen Diskurs und die Verbandspolitik der Veteranen miteinander verbunden. Die Studie liefert damit einen wichtigen Beitrag nicht nur zum Verständnis der zweiten polnischen Republik und zur Geschichte der Erinnerung an den Ersten Weltkrieg, sondern auch zur internationalen Zusammenarbeit in der Zwischenkriegszeit. Mit der transnationalen Gemeinschaft der Weltkriegsveteranen rückt ein Gegenstand in den Mittelpunkt, der West- und Osteuropäische Geschichte erkenntnisreich miteinander verbindet.

Martin Kohlrausch, Leuven

**Arno Menzel-Reuters, Klaus Neitmann (Hrsg): Preussen und Livland im Zeichen der Reformation, Osnabrück: fibre Verlag 2014, 367 S.**

Der vorliegende Aufsatzband geht auf eine gemeinsame Tagung der Baltischen Historischen Kommission und der Historischen Kommission für ost- und westpreußische Landesforschung zurück, die im Mai 2013 in Göttingen stattfand. Jeweils fünf Beiträge behandeln hier die Reformation und Erscheinungen ihrer Zeit in den einander benachbarten Gebieten Preußen und Livland. Im Geleitwort der Herausgeber werden die grundlegende Bedeutung des Übergangs zum lutherischen Bekenntnis für beide Territorien und das Sinnvolle einer gleichzeitigen Betrachtung des Geschehens in Preußen und Livland vor Augen geführt. Neben Gemeinsamkeiten, zu denen eine besonders frühe Begegnung mit dem Luthertum gehört, gab es in den beiden Ländern Unterschiede im Entwicklungsverlauf. Durch den Vergleich, den das Sammelwerk ermöglicht, wird dies deutlicher erkennbar als bisher.

Der Band ist dem Berliner Historiker Stefan Hartmann zum 70. Geburtstag gewidmet. Dabei handelt es sich zweifellos um eine sehr verdiente Ehrung, wie das eindrucksvolle Verzeichnis der Publikationen des Jubilars am Ende des Bandes bestätigt. Dass Hartmann dieses Sammelwerk gewidmet wurde, ist besonders passend, da er sowohl zur preußischen als auch zur livländischen Geschichte publiziert hat. Mit der Herausgabe des vielbändigen Regestenwerkes „Herzog Albrecht von Preußen und Livland“ hat er die Erforschung gerade von Fragen des Reformationszeitalters sehr weit gehend auf eine neue Basis gestellt.

Im ersten, seiner Art nach grundlegenden Beitrag behandelt Bernhart Jähnig „Die Anfänge der evangelischen Landeskirche im Herzogtum Preußen zur Zeit von Herzog Albrecht“. Bekanntlich war Albrecht von Brandenburg der letzte Hochmeister des Deutschen Ordens in Preußen gewesen, ehe er sich 1525 vom polnischen König mit dem bisherigen Ordensgebiet als Herzog belehnen ließ. Damit war der vom König tolerierte Übergang des Landes zum Protestantismus verbunden. Jähnig nimmt darauf Bezug, dass Albrecht bereits 1522, während eines längeren Auslandsaufenthalts, für die Reformation gewonnen worden war. Im Weiteren geht der Verfasser aber nicht näher auf theologische Fragen ein, sondern konzentriert sich auf die Entwicklung der preußischen Landeskirche als Institution. Jähnig hebt es als einmalig hervor, dass die beiden Bischöfe des preußischen Ordensgebiets, die Oberhirten von Samland und von Pomesanien, bereits vor dem politischen Umbruch von 1525 zur Einführung der Reformation übergegangen waren. Mit ihnen zusammen gründete Albrecht die erste protestantische Landeskirche, die es überhaupt gab. Zu den hier behandelten Aspekten ihres Ausbaus gehören u.a. Synoden und Visitationen, die Versorgung mit Pfarrern und die Übersetzung gottesdienstlicher Bücher in die Sprachen der preußischen, polnischen und litauischen Untertanen des Herzogs. Als Ausbildungsstätte vor allem für angehende Pfarrer wurde 1544 in Königsberg die nach Marburg zweite evangelische Landesuniversität gegründet. Zeitlich reicht die Perspektive des souverän ausgeführten Beitrages bis zur Gründung von Konsistorien kurz nach Albrechts Tod (1568).

Anschließend untersucht Dariusz MakiŃa die Kirchenordnungen aus der Regierungszeit Herzog Albrechts von Preußen. Diese stammen aus den Jahren 1525, 1543, 1558 und 1568 und enthalten Verfügungen über kirchliche Zeremonien, den Ablauf des Gottesdienstes und die christliche Lebensführung. MakiŃa betont, dass die Kirchenpolitik Albrechts der Stabilisierung seiner Herrschaft diene; der Verfasser erkennt jedoch zugleich, dass sich in ihr „die landesväterliche Fürsorge des Fürsten um sein Land und die Bevölkerung zeigte“ (S. 76).

Danach spricht Jacek Wijaczka über „Herzog Albrecht und die Hexen. Hexenprozesse im Herzogtum Preußen im Reformationszeitalter“. Hier geht es um die Verbreitung von Zauberei und Wahrsagerei in Preußen, und es wird als höchst wahrscheinlich dargelegt, dass Albrecht an Hexerei glaubte. Der Beitrag geht auf eine Reihe von Hexenprozessen ein, die während der Regierungszeit des Herzogs vor Stadtgerichten durchgeführt wurden. Der Autor konstatiert aber, dass eine stärkere Verfolgung von Hexen erst für die Zeit nach Albrecht erkennbar ist.

Unter dem Titel „Wehrhafte Reformation? Die ältere Kriegsordnung Herzog Albrechts von Preußen“ widmet sich Marie-Luise Heckmann einem 2010 von der Berliner Staatsbibliothek erworbenen Manuskript. Dabei handelt es sich um einen Teil einer Kriegsordnung, für den die Fortsetzung in der Londoner British Library erhalten ist. Heckmann legt dar, dass dieser Text eine 1552 fertig gestellte Vorstufe zu der bereits bekannten Kriegsordnung Herzog Albrechts von 1555 darstellt. Die frühere Ordnung will christliche Herrscher darüber belehren, wie im Vertrauen auf Gott redlich Krieg zu führen sei, wobei als Kriegsziel die Abwehr der Türken genannt wird. In dem Aufsatz wird der Entstehungshintergrund dieses Textes gezeigt, er wird in den Zusammenhang der zeitgenössischen Kriegsbücher eingeordnet und in ihm wird das Verhältnis zu Albrechts jüngerer Kriegsordnung charakterisiert. Im Anschluss an beigefügte Text- und Bildwiedergaben aus dem älteren Manuskript bietet Mats Homann als gesonderten Beitrag Erschließungshilfen zur älteren Kriegsordnung. Den Hauptteil bilden hier tabellarische Aufschlüsselungen des Inhalts dieser Schrift.

Die Gruppe der livländischen Themen eröffnet Stefan Donecker mit der programmatischen Studie „Die Reformation im städtischen Raum. *Spatial Turn* und *Urban Anthropology* als Anregungen für die livländische Reformationsgeschichte“. In dem Artikel wird das Geschehen in Riga, Reval und Dorpat während der 1520er Jahre betrachtet und dabei immer wieder dessen räumliche Dimensionen verdeutlicht. Zu dem Dargestellten passt mitunter recht gut die von Donecker betonte Ansicht, dass der Raum ein soziales Produkt und nicht nur Schauplatz des Geschehens sei. Dies gilt beispielsweise für die Umgestaltung von Kirchenräumen durch die Bilderstürme von 1524–1526. Insgesamt hat der Rezensent den Eindruck, dass bei der Orientierung am *Spatial Turn* im Falle dieses Themas am Geschehensverlauf vieles in neuem Licht erscheint, aber hinsichtlich der bewegenden Kräfte nichts grundsätzlich Neues erwartet werden kann. Von dem klug und eindrucksvoll formulierenden Autor möchte man mehr lesen.

Der folgende Beitrag von Juhan Kreem über „Die Religionsfrage auf den livländischen Ständeversammlungen 1522–1558“ ist schon insofern beachtenswert, als in ihm bisher unveröffentlichte Landtagsrezesse ausgewertet werden und in die bisher wenig bekannte Entwicklung seit den 1530er Jahren vorgedrungen wird. Auf den Landtagen, einem Forum der Landesherren und Stände, wurde nach Kreems Darstellung immer wieder über die Konfessionsfrage verhandelt, ohne dass der *Status quo* – die Nebeneinanderexistenz des alten und des neuen Glaubens – ernsthaft in Frage gestellt wurde. Der livländische Ordensmeister Hermann von Brüggenei und der Rigaer Erzbischof Wilhelm von Brandenburg unternahmen zwar Versuche zur Einführung der Reformation, aber die Stellung der Landesherren war in Livland zu schwach und ihre Rivalität war zu virulent, als dass sie Erfolg hätten haben können. Als Anfang 1558 der Livländische Krieg ausbrach, der zum Untergang der livländischen Konföderation führte, gab es also noch keine livländische Landeskirche, obwohl

neben den Städten zum Schluss offenbar auch der landsässige Adel durchweg protestantisch geworden war.

Inna Pöltsam-Jürjo geht auf die Reformation in Neu-Pernau ein, über die anders als im Falle der weiteren livländischen Kleinstädte genügend Quellenmaterial erhalten ist, das von der Autorin sorgfältig erfasst und überzeugend interpretiert wird. Aufgrund der Verbindungen dieser Hansestadt zum Westen und des dortigen Studiums von Bürgersöhnen regte sich auch in Neu-Pernau früh Kritik an der Papstkirche; der katholische Gottesdienst hielt sich hier aber relativ lange. Ein großer Brand vom 26. August 1524, der die Städter schwer traf, wurde jedoch zum Auslöser für starke Kritik der Bürger an kirchlichen Geldforderungen. Im folgenden Jahr übernahm dann der Rat unter dem Einfluss reformatorischer Ideen die Verwaltung des kirchlichen Vermögens. Nach einem Bildersturm vom 15. März 1526, an dem Deutsche und Esten beteiligt waren, kam es schließlich zur Etablierung der evangelischen Kirche, die bemerkenswerterweise von Seiten des Deutschen Ordens gefördert wurde.

Besonders wichtig für den raschen Erfolg der Reformation in den großen Städten Livlands war das Geschehen in Riga, dem Thomas Lange einen fundierten Beitrag widmet: „Zwischen Unterwerfung und Konfrontation. Riga im Spannungsfeld zwischen der Stadt und ihren Herren.“ Die ungewöhnliche Tatsache, dass die größte Kommune des Baltikums mit dem Rigaer Erzbischof und dem livländischen Ordensmeister zwei Stadtherren hatte, führte im Verlauf der Reformation zu einem Mit- und Gegeneinander, das sich zu Gunsten der Durchsetzung der neuen Lehre auswirkte. Der entschiedenste Gegner des Luthertums war Johannes Blankenfeld, Erzbischof von Riga 1524–1527, dessen Haltung aber so rigoros und teilweise auch gegen den Orden gerichtet war, dass er sich isolierte. In anderer Weise wurde der Ordensmeister Wolter von Plettenberg zu einem Glücksfall für die Rigaer. Er stimmte einer Verringerung der Macht der reformationsfeindlichen Erzbischöfe zu, da diese auch Gegner des Ordens waren, und darüber hinaus wirkte sich die grundsätzliche Ausgleichspolitik des besonnenen Ordensmeisters zu Gunsten der Lutheraner aus.

Der letzte und umfangreichste Beitrag, der den Titel „Erzbischof Wilhelm von Riga und die Reformation in Livland 1535–1563“ trägt, stammt von Ulrich Müller. Von der historischen Forschung wurde Wilhelm von Brandenburg, ein Bruder Herzog Albrechts von Preußen, bisher stark vernachlässigt. Nun aber erscheint gleichzeitig mit dem vorliegenden Aufsatz eine Hamburger Dissertation, verfasst von Thomas Lange, über den Erzbischof.<sup>1</sup> Im Gegensatz zu Lange stützt sich Müller weitestgehend nur auf den – freilich sehr intensiven – Briefwechsel zwischen Wilhelm und Albrecht, auch zieht er weniger Forschungsliteratur heran (vom Autor überzeugend entschuldigt mit der raschen Abfassung des Beitrages für diesen Band). Gleichwohl ist dieser quellennahe Aufsatz sehr beachtenswert. Die an der Biografie Wilhelms orientierte, gut lesbare Darstellung des allmählichen Fortgangs der Reformation ist ausgesprochen informativ und anregend. Entgegen der bisher üblichen Auffassung, dass Wilhelm bereits evangelisch gesonnen und entsprechend engagiert war, als er 1529 Koadjutor des damaligen Rigaer Erzbischofs wurde, zeigt Müller, an vielen Stellen auf dieses Thema zurückkommend, dass die Entscheidung des Erzbischofs für das Luthertum kaum früher als 1543/44 fiel. Erwähnenswert ist u.a. auch sein Eindruck, dass die Verbin-

1 Thomas Lange: Zwischen Reformation und Untergang Alt-Livlands. Der Rigaer Erzbischof Wilhelm von Brandenburg im Beziehungsgeflecht der livländischen Konföderation und ihrer Nachbarländer, T. I u. II, Hamburg 2014.

dung zwischen Kaiser und Reich einerseits und Livland andererseits nicht übermäßig stark, aber stärker war, als man es in der Literatur dargestellt finden kann.

Wie wohl deutlich geworden ist, haben wir es insgesamt mit einem sehr gehaltvollen Band zu tun, an dem auch die Beteiligung von ausländischen Partnern bzw. Mitgliedern der herausgebenden Kommissionen erfreulich ist. Leider hat die extreme Eile, in der das Buch wegen terminlicher Vorgaben des Geldgebers veröffentlicht werden musste, vereinzelt zu äußerlichen Mängeln geführt. Im Beitrag von Dariusz Makija gibt es unvollständige Sätze, und im Autorenverzeichnis vermisst man Mats Homann. Dies sind jedoch nur Marginalien.

Norbert Angermann, Buchholz i.d. Nordheide

**Jörg Hackmann (Hrsg.): Vereinskultur und Zivilgesellschaft in Nordosteuropa. Regionale Spezifik und europäische Zusammenhänge / Associational Culture and Civil Society in North Eastern Europe. Regional Features and the European Context, Wien u.a.: Böhlau Verlag 2012, 778 S.**

Schon wenn es darum geht, die Beiträge einer einzelnen Konferenz in einem Sammelband stringent zu präsentieren, ist oft genug eine große Heterogenität im Stil und in der Gesamtaussage die Folge – was nicht unbedingt etwas Schlechtes sein muss. Der Herausgeber des vorliegenden Bandes jedoch unternimmt es, gleich die Ergebnisse aus drei Tagungen in einem Sammelband zusammenzubinden: zum einen die Erträge eines Symposiums in Tallinn aus dem Jahre 2004, Vorträge des 59. Baltischen Historikertreffens in Göttingen von 2006 und des 15. Baltischen Seminars der Lüneburger Carl-Schirren-Gesellschaft (2003).

Das Resultat kann sich nicht nur in quantitativer Hinsicht sehen lassen (der Band umfasst fast 800 Seiten), sondern überzeugt auch in qualitativer Hinsicht. Anhand einer großen Materialfülle wird „der Verein“ als ein gesellschaftliches Phänomen auf seine Bedeutung für eine Vielzahl von Prozessen befragt: nicht nur für Prozesse der Nationsbildung, wie sie beispielsweise in den estnischen und lettischen Geschichtsnarrativen zentral verhandelt werden, sondern auch für Fragen wie die nach der Entstehung zivilgesellschaftlicher Strukturen, den regionalen oder überregionalen Verbindungen und den Ausdifferenzierungsprozessen innerhalb lokaler, städtischer oder regionaler Gesellschaften. Die Überlegungen des Herausgebers gehen dabei vor allem in zwei Richtungen. Zum einen geht es ihm um den Zusammenhang zwischen Vereinskultur und Zivilgesellschaft und zum anderen darum, inwiefern Forschungen zur Vereinskultur dazu beitragen können, Spezifika für den bis dato recht unklaren Begriff „Nordosteuropa“ zu finden oder möglicherweise auf neue Weise zu definieren und wie der Terminus als Geschichtsregion gefasst werden kann.

Dabei liegt es bei dem Untersuchungsgegenstand nahe, dass der Erkenntnisgewinn nicht nur von übergreifenden, allgemeinen Überlegungen, sondern auch von Detailuntersuchungen abhängt, die wiederum naturgemäß auf einen engen regionalen und zeitlichen Punkt fokussieren, so dass die Relevanz nicht immer und sofort zu erkennen ist. Auch dass die Beiträge teilweise ein knappes Jahrzehnt bis zur Drucklegung gelegen haben, ist vor diesem Hintergrund leicht verständlich: Teilweise handelt es sich um Mikrostudien zu spezifischen Forschungsgegenständen, wie zu einem bislang nicht erforschten Verein.

Die 31 (!) Beiträge des Bandes werden durch einen einführenden Artikel des Herausgebers verbunden und vier Hauptgruppen zugeordnet. Im Zentrum stehen 13 Beiträge zum Abschnitt „Das Jahrhundert der Vereine“ (gemeint ist hier ganz offensichtlich das 19. Jahrhundert) und weitere fünf zum Oberthema „Verein, Zivilgesellschaft und Staat im 20. Jahrhundert“. Eine für die Konzeption wichtige Funktion erfüllen auch die Artikel zum Abschnitt „Wechselwirkungen und Vergleiche“. In den beiden Beiträgen des ersten Teils „Vormoderne Formen der Vergemeinschaftung und ihre Traditionen“ werden spätmittelalterliche Gilden untersucht, während die drei letzten Abhandlungen unter dem Titel „Schlussbetrachtungen“ zusammengefasst sind.

Sieht man sich die Beiträge zum 19. und 20. Jahrhundert an, also zu den beiden Kapiteln, die allein quantitativ im Mittelpunkt des Bandes stehen, so fällt auf, dass die Beiträge zum 19. Jahrhundert ausschließlich gesellschaftliche Prozesse in den Ostseeprovinzen Russlands zum Inhalt haben. Die Beiträge zum 20. Jahrhundert erweitern diesen geografischen Raum um die skandinavischen Staaten, während andere Regionen, wie etwa das südliche Baltikum (Litauen), preußische und polnische Gebiete oder noch weiter entfernte Städte wie Lübeck oder gar die Slowakei erst im Teil „Wechselwirkungen und Vergleiche“ behandelt werden. Dies gibt Aufschluss über die Perspektive, aus welcher die Zusammenstellung erfolgt ist. Darüber hinaus lassen sich anhand der Auswahl die einleitenden Ausführungen des Herausgebers konkreter fassen: Während in der Einleitung der im Blickpunkt stehende Raum sehr offen mit dem Begriff „Nordosteuropa“ bezeichnet wird, lässt sich angesichts der Anlage des Bandes doch deutlich erkennen, dass es um die Vermessung desjenigen Gebietes geht, auf dem sich die heutigen Staaten Estland und Lettland befinden. Die Vielzahl der Beiträge verdeutlicht, mit welchem weiten geografischen Blick dieser Grundgedanke verbunden ist. Auch werden Querverbindungen sichtbar, die sonst im Verborgenen verbleiben würden. Bezeichnend sind Einzelheiten: Etwa wenn sich ein in Riga gegründeter Gesangsverein mit dem Namen „Bajan“ als erster Gesangsverein im Russischen Reich bezeichnete (S. 32) und damit Orientierungen deutlich werden, die sich eben nicht an ethnischen Kategorien oder an Postulaten des *nation-building*, sondern an anderen, offensichtlich wirksameren politischen Strukturen der damaligen Zeit ausrichten lassen. Mit der Erforschung der gesellschaftlichen Funktion von Vereinen wird ein gesellschaftlicher Teilbereich auf sein Potential bei der Mobilisierung von Sozialkapital hervorgehoben. In der betrachteten Region ist dabei vor allem interessant, welche Rolle Vereinskultur in den nicht demokratisch verfassten Staaten des 19. Jahrhunderts hatte. Es lässt sich beispielsweise im vorrevolutionären Frankreich des 18. Jahrhunderts beobachten, dass Musikvereinigungen eine Art von Laboratorien bildeten, in denen im Rahmen des Kunstdiskurses die gesamtgesellschaftliche Mobilisierung vorgebildet wurde, die später zur Französischen Revolution führen sollte.<sup>1</sup> Möglicherweise fungierten Vereine also als Mikrokosmen, in denen die größeren gesamtgesellschaftlichen Diskurse in kleinerem Maßstab ausprobiert wurden. Vor diesem Hintergrund ist die Betrachtung des Zusammenhangs zwischen Vereinen und repressiven Gesellschaftsstrukturen von wichtiger Bedeutung.

Das hier vorgeschlagene theoretische Instrumentarium ähnelt dem, das in der „klassischen“ Forschung zu Prozessen des *nation-building* angewendet wird, wobei der Heraus-

1 Vgl. Jane F. Fulcher: The Concert as Political Propaganda in France and the Control of „Performative Context“, in: *The Musical Quarterly* 82 (1998), No. 1, pp. 41-67.

geber stark auf politikwissenschaftliche Ansätze abhebt (etwa Tocqueville, Putnam oder Taylor). Das bedeutet aber noch nicht, dass die Erforschung der gesellschaftlichen Funktion von Vereinen zugleich bereits etwas über Nationenbildungsprozesse innerhalb der untersuchten Gesellschaft aussagt. Forschung über Vereinskultur wird hier als noch etwas wesentlich anderes begriffen als lediglich ein weiterer Versuch, die Anatomie der untersuchten Gesellschaften aus einer anderen Perspektive zu beschreiben. In dem Band werden weiterführende Fragen angeregt: So wäre es interessant, einen Zusammenhang zwischen den Modernisierungsprozessen und der Ausbildung von zivilgesellschaftlichen Strukturen nachzugehen, der sich auch in der Vereinskultur zeigt. So weist der Herausgeber auf die Beobachtung von Vadim Volkov hin, der „verlorengegangene“ zivilgesellschaftliche Strukturen im vorrevolutionären Russland konstatiert (S. 33). Ist die Konsolidierung einer Vereinskultur sozusagen ein Durchgangsstadium auf dem Weg hin zu einer Zivilgesellschaft, wie sie in Folge der Modernisierungsprozesse im 19. und im 20. Jahrhundert entstanden ist?

Eine weitere Frage ist, ob es in der Vereinskultur Erscheinungen gibt, die auf die Idee eines Nordosteuropas, eines baltischen oder Ostseeraums, in irgendeiner Weise Bezug nehmen, oder ob sich hier in den ausbildenden Vereinen möglicherweise so starke strukturelle Ähnlichkeiten nachweisen lassen, dass sich eine Gemeinsamkeit der Geschichtsregion aufweisen lässt.

Die Beiträge des Bandes zeigen, dass die Wirklichkeit erheblich komplexer ist als derlei relativ simple Klassifizierungsversuche. Am wenigsten überzeugen daher die „globalisierenden“ Betrachtungen des Schlusses, deren vergleichende Anlagen letztlich an dieser Komplexität scheitern. Überzeugender sind vielmehr die Detailuntersuchungen, in denen anhand von Beispielen belegt werden kann, dass Vereinskultur ganz offensichtlich ein gesellschaftlicher Teilbereich ist, in dem sich Identitäten und Alteritäten entlang eigener Grenzlinien ausbilden. Die Forschung ist, wie der Herausgeber am Anfang explizit herausstellt, noch nicht weit genug, um diese Grenzlinien in ihrer Feinheit zu beschreiben; wohl aber bietet dieser Sammelband mit seiner Fülle an Material die solide Faktenbasis, um die Suche nach der Grenzlinie weiter voran zu treiben.

Rüdiger Ritter, Bremerhaven

**Vladas Sirutavičius, Darius Staliūnas u.a. (Hrsg): Lietuvos Žydai. Istorinė Studija [Die Juden Litauens. Eine historische Studie], Vilnius: Baltos Lankos 2012, 568 S., 108 Abb.**

Die Geschichte der litauischen Juden ist in den Jahrzehnten seit der Wiedererlangung der Unabhängigkeit 1989/91 mehrmals erzählt worden. Erwähnt seien nur die Arbeiten von Salomonas Atamukas, Masha Greenbaum oder Dov Levin. Der vorliegende Band stellt sich bewusst in diese Reihenfolge – und doch unterscheidet er sich schon dadurch, dass ein jüdisch-litauisches Autorenkollektiv die Kapitel dieses Bandes geschrieben hat. Zudem geht es den Autoren auch darum, die jüdische Geschichte im Rahmen der gesamten litauischen Historie zu erzählen und nicht als isolierte, unverbundene Entwicklungslinie, weswegen zu Recht von einer synthetischen Studie gesprochen wird. Der wichtigste neue Ansatz ist der Versuch, die „innere“ jüdische Geschichte mit der „äußeren“ Beziehungs- und Gesellschaftsgeschichte zu verbinden. Davon ausgehend steht im Mittelpunkt der Arbeit das Selbstverständnis der jüdischen Bevölkerung. Verstand man sich als „in Litauen lebende

Juden“ oder als „litauische Juden“ (S. 11), so lautet die zentrale Frage, der die Herausgeber auf den kommenden 500 Seiten nachgehen wollen.

Die Herausgeber stellen die jüdische Geschichte in fünf chronologisch angeordneten Hauptkapiteln vor: Dem jüdischen Leben im Großfürstentum Litauen folgt die Zeit der zarischen Herrschaft in Litauen, die – für deutsche Leser ungewohnt – unter der Überschrift „im Reich der Romanovs“ vorgestellt wird. Dem 20. Jahrhundert ist knapp die Hälfte des Buches gewidmet, wobei die Zwischenkriegszeit und der Holocaust im Mittelpunkt stehen, während dem letzten Hauptteil „Die jüdische Gemeinde nach dem Holocaust“ nur zwei Aufsätze gewidmet sind.

Beginnen wir mit dem Großfürstentum Litauen, dessen Darstellung von der Mitherausgeberin Jurgita Šiaučiunaitė-Verbickienė geschrieben wurde. Besonders hervorzuheben ist, dass die Autorin immer wieder verdeutlicht, welche Unterschiede zwischen den litauischen und den polnischen Juden erkennbar sind. Deutlich wird zudem, dass die Sonderstellung der jüdischen Bevölkerung sich vor allem aus ihrer Konfession ergab. Der Verwaltungsapparat des Großfürstentums akzeptierte die Juden, ohne dass in der Analyse von Šiaučiunaitė-Verbickienė ein allzu idyllisches Bild der Beziehungen gezeichnet wird. Ihre kritische Analyse ist schon allein deswegen hervorzuheben, weil dem mittelalterlichen Fürstentum im heutigen litauischen Diskurs eine teilweise fast hagiografisch verklärte Aura der Toleranz zugesprochen wird. Für die spätere Entwicklung besitzen viele Grundzüge dieser Zeit eine weit reichende Bedeutung, von denen u.a. auf die Dichte der jüdischen Gemeinden in Städten und Städtchen oder auf die besondere Besteuerung der Juden hinzuweisen ist.

Im imperialen Kontext des zarischen Russland wird die jüdische Geschichte von einer Vielzahl ausgewiesener Autoren untersucht. Vladimir Levin gibt einen Überblick über die sozialen, ökonomischen, demografischen und geografischen Grundzüge, während Darius Staliūnas, einer der Herausgeber, die „jüdische Frage“ im 19. Jahrhundert untersucht. Der innerjüdischen Entwicklung widmen sich die Beiträge von Mordechai Zalkin zur jüdischen Aufklärungsbewegung Haskala und dem orthodoxen Judentum, von Larisa Lempertienė zur jüdischen Presse und Literatur und von Shaul Stampfer zum jüdischen Bildungs- und Schulsystem am Vorabend des Ersten Weltkrieges. David E. Fishman informiert den Leser über die politischen jüdischen Vereinigungen in Litauen, als deren bekannteste natürlich der „Algemeyne yidisher arbeter bund in lite, poylin und russland“, kurz: „Bund“, anzusehen ist. Diesen Hauptteil beendend, beschäftigt sich Darius Staliūnas mit der litauisch-jüdischen politischen Zusammenarbeit und einer ersten antisemitischen Welle am Beginn des 20. Jahrhunderts.

Auch die Zeit der ersten unabhängigen litauischen Republik der Neuzeit wird von verschiedenen Autoren beschrieben. Mordechai Zalkin schildert die nationale Autonomie in Litauen und widmet sich den kulturgeschichtlichen Entwicklungen der jüdischen Gemeinden. Gemeinsam mit Saulius Kaubrys stellt er die jüdischen Bildungseinrichtungen vor. Vladas Sirutavičius beschäftigt sich neben der litauischen Politik gegenüber der jüdischen Minderheit mit dem vor allem in den 1930er Jahren stärker werdenden Antisemitismus. Hervorzuheben ist der Beitrag von Jurgita Šiaučiunaitė-Verbickienė zur jüdisch-litauischen Kommunikation, in dem insbesondere die litauischsprachige jüdische Zeitschrift „Apžvalga“ vorgestellt wird, deren erste Nummer am 16. Juni 1935 erschien. Im Editorial „Unsere Ziele“ („Mūsų tikslai“) heißt es: „Wir sind eine jüdische Zeitung, die in der Staatssprache erscheint. Diese Zeitung wendet sich zuallererst an die litauischen Juden, die in Litauen

oder außerhalb leben, Litauisch sprechen und die litauische Sprache und Kultur lieben [...] Unser Credo ist klar und einfach: wir sind Bürger Litauens, die seit Jahrhunderten mit der litauischen Erde verbunden sind und deren Schicksal sich mit dem litauischen Volk verbunden hat.“<sup>1</sup> Aufsätze zur wirtschaftlichen Entwicklung (Gediminas Vaskela) und zum jüdischen Leben im Memelgebiet (Ruth Leiserowitz) runden den gelungenen Abschnitt zur Zwischenkriegszeit ab.

Arūnas Bubnys ist zweifellos einer der bekanntesten und profiliertesten litauischen Historiker des Zweiten Weltkrieges, seine Monografie zur deutschen Besatzung Litauens 1941–1944 erschien bereits in der zweiten Hälfte der 1990er Jahre. Insofern lag es nahe, dass er als alleiniger Autor den Massenmord an den litauischen Juden thematisiert. In drei Kapiteln untersucht er die Situation der litauischen Juden während der einjährigen sowjetischen Besatzung von Juni 1940 bis Juni 1941, den Holocaust in Litauen 1941 bis 1944 und schließlich den jüdischen Widerstand.

Das Auslöschen der jüdischen Gemeinden während der deutschen Besatzung und die damit verbundene grundstürzende Zäsur der Geschichte der litauischen Juden symbolisiert in gewisser Weise auch der letzte Hauptteil des Buches, der eher als Epilog zu verstehen ist. In zwei Aufsätzen wird auf die jüdische Minderheit in der litauischen Sowjetrepublik nach 1945 (Samuel Barnai) und schließlich auf die Position der litauischen Juden beim Kampf um die Unabhängigkeit in den Jahren 1989–1991 eingegangen (Vladas Sirutavičius).

Insgesamt ist ein eindeutig positives Fazit zu ziehen. Ohne Übertreibung bleibt festzustellen, dass das vorliegende Buch geradezu als Handbuch anzusehen ist. Für den litauischen Leser bietet es in konziser, und doch abwägender, wissenschaftlich fundierter Form einen Einblick in die Geschichte der litauischen Juden, der zudem mit mehr als 100 Fotos und Faksimiles sowie vielen Tabellen angereichert ist. Man kann daher den Herausgebern nur beipflichten, wenn sie in ihrem Vorwort festhalten, dass in den vergangenen zwei Jahrzehnten die jüdische Geschichte zu einem vollständigen Teil der litauischen Historiografie geworden sei. Das vorliegende Buch stellt den eindrucksvollen Beweis dieser Aussage dar.

Joachim Tauber, Lüneburg

1 [www.epaveldas.lt](http://www.epaveldas.lt), Suchwort apžvalga Nr. 1, 16. Juni 1935, S. 1: „Mes esame žydų laikraštis, kuris išeina valstybinė kalba. Šis laikraštis visų pirma skiriamas Lietuvos žydams, kurie gyvena Lietuvoje ar užsien, kalba lietuviskiai ir myli lietuvių kalbą ir jų kultūrą [...] Mūsų kredo yra aiškus ir paprastas, mes esame Lietuvos piliečiai, kurie per šimtmečius suaugo su Lietuvos žemė ir kurios likimas sujungė su lietuvių tauta.“

**Ēriks Jēkabsons, Valters Ščerbinskis (Hrsg.): Apvērsums. 1934. gada 15. maija notikumi pētījums un avotos [Der Umsturz. Die Ereignisse des 15. Mai 1934 in Forschungen und Quellen], Rīga: Latvijas Nacionālais arhīvs, Latvijas Arhīvistu biedrība 2012, 575 S.**

Im März dieses Jahres jährte sich zum 80. Mal ein Ereignis in der Geschichte Lettlands, das bis heute für Kontroversen sowohl in der lettischen Öffentlichkeit als auch in der lettischen Geschichtswissenschaft sorgt. In der Nacht vom 15. auf den 16. Mai 1934 ließ der damalige amtierende Ministerpräsident Kārlis Ulmanis die Demokratie gewaltsam ausschalten und

durch ein autoritäres Regime ersetzen. Die Ansichten über den Staatsstreich vom 15. Mai 1934 und das Ulmanis-Regime sind in Lettland nach wie vor geteilt. Nicht von ungefähr trug aus diesem Anlass ein Artikel in der lettischen Illustrierten „Sestdiena“ den Titel „Retter der Nation oder Verbrecher?“<sup>1</sup>. Ein Teil der Einwohner Lettlands verbindet mit jenen Jahren die „gute alte Zeit“ – nicht zuletzt im Vergleich zur den nachfolgenden über 40 Jahren der Zugehörigkeit Lettlands zur Sowjetunion – ein anderer Teil wirft Ulmanis die Zerstörung der Demokratie und das Versagen angesichts der drohenden Besetzung Lettlands im Jahre 1940 vor.

So unterschiedlich wie die Bewertung des 1934 errichteten Regimes sind auch die Meinungen der Historiker über die Ursachen, die zum Staatsstreich führten. So werden sowohl außen- als auch innenpolitische Gründe – etwa die Bedrohung durch radikale politische Kräfte von links sowie auch von rechts –, aber auch Ulmanis' eigener politischer Ehrgeiz als Gründe angeführt. Umso verdienstvoller erscheint daher die Arbeit von Valters Ščerbinskis und Ēriks Jēkabsons, die 2012 einen umfassenden Quellenband zum Staatsstreich vom 15. Mai 1934 vorgelegt haben, mit dem es erstmals möglich sein wird, die damaligen Ereignisse genauer zu beleuchten.

Das Buch ist in zwei Abschnitte geteilt. Der erste Abschnitt umfasst einen Beitrag von Ščerbinskis über die Ursachen, den Verlauf und die Folgen des Staatsstreichs, Jēkabsons schreibt über die Reaktionen des Auslandes und Inesis Feldmanis über „Die Welle des Autoritarismus in Europa nach dem 1. Weltkrieg“. Ilgvars Butulis schließlich untersucht das ideologische Verhältnis des Ulmanis-Regimes zu den nationalen Minderheiten in Lettland und zu den politischen Entwicklungen in Europa.

Der zweite Abschnitt stellt die eigentliche Quellenedition dar. Eingeleitet wird er mit Erinnerungen von Zeugen und Teilnehmern des Staatsstreichs. Es folgen Dokumente zur Vorgeschichte und zum Verlauf der Ereignisse des 15. Mai 1934 sowie zu den Entwicklungen in den unmittelbar folgenden Tagen. Die letzten beiden Kapitel der Edition widmen sich den Reaktionen des Auslandes. Hier werden neben Berichten ausländischer Diplomaten auch Mitteilungen lettischer Diplomaten an das Rigaer Außenministerium wiedergegeben, die u.a. Zusammenfassungen der Äußerungen verschiedener europäischer Zeitungen zum Staatsstreich in Lettland liefern. Zudem enthält die Quellenedition den genauen Wortlaut der 1919 erlassenen Verordnung über den Kriegszustand in Lettland, also jener Verordnung, auf die sich Ulmanis 1934 berief, und eine vollständige Liste mit den Namen der nach dem Putsch im Konzentrationslager Libau (Liepāja) inhaftierten Personen.<sup>2</sup>

Die Edition endet mit einer Übersicht über die hier enthaltenen Dokumente, einem umfassenden Personenregister und kurzen englischsprachigen Zusammenfassungen der einleitenden Abhandlungen.

Zu den interessantesten Abschnitten des Buches zählt zweifellos der Beitrag von Valters Ščerbinskis. Zuerst analysiert er die verschiedenen Faktoren, die zum gewaltsamen Umsturz geführt haben könnten, etwa die wirtschaftliche Entwicklung des Landes, Konflikte mit der

1 Egīls Zirnis: Nācijas glābējs vai noziedznieks? [Retter der Nation oder Verbrecher], in: Sestdiena, 9. Mai 2014, S. 32-37.

2 Die offizielle Bezeichnung des Lagers lautete „Liepājas koncentrācijas nometne“ [Konzentrationslager Libau]. Das Lager bestand von Mai 1934 bis März 1935, vgl. hierzu Valters Ščerbinskis: Liepājas koncentrācijas nometne un tās režīms. 1934. gada maijs – 1935. gada marts [Konzentrationslager Liepāja und seine Ordnung. Mai 1934 – März 1935], in: Latvijas Arhīvi (2009), Nr. 1, S. 67-88.

deutschbaltischen Minderheit, die Rolle des Militärs im Staat oder auch außenpolitische Faktoren. Detailliert beschreibt Ščerbinskis, wie sich um Ulmanis ein Kreis von Verschwörern bildete, wie der Staatsstreich mit Hilfe der Armee und der paramilitärischen Aizsargi-Miliz umgesetzt wurde und wie das Regime in der Folgezeit seine Macht festigte. Dabei kommt Ščerbinskis zu dem Schluss, dass zwar mehrere Umstände zur Destabilisierung der demokratischen Staatsordnung in Lettland beitrugen, der letztlich entscheidende Faktor hingegen Ulmanis selbst gewesen sei. Dies vor allem vor dem Hintergrund, dass sich sowohl seine eigene Popularität als auch die seiner Partei, der Latviešu Zemnieku Savienība (Lettischer Bauernverband), im Sinken befunden habe.<sup>3</sup>

Daneben untersucht Ščerbinskis auch die theoretische Möglichkeit eines Putsches durch andere politische Gruppierungen. Ausführlich geht er dabei auf die lettische Sozialdemokratie und die faschistische Pērkonkrusts-Partei ein. Ščerbinskis zufolge hegten beide Parteien aber keine Putschpläne. Besonderes Interesse verdient in diesem Kontext die Feststellung des Autors, dass sich die Latviešu Zemnieku Savienība, einschließlich ihres Vorsitzenden Ulmanis, im Vorfeld des Staatsstreichs vom 15. Mai 1934 gegenüber den Anhängern der Pērkonkrusts-Partei äußerst wohlwollend verhielt. Ulmanis sah in ihr anfangs sogar einen möglichen Unterstützer für seine Pläne und zeigte sich unangenehm überrascht, als er von dieser Seite Ablehnung erfuhr. Damit kann Ščerbinskis die von einigen Historikern geäußerte Vermutung widerlegen, der Staatsstreich vom 15. Mai 1934 sei eine Präventivmaßnahme gegen den Faschismus in Lettland, d.h. vor allem gegen die Aktivitäten der Pērkonkrusts-Partei, gewesen.<sup>4</sup>

Leider ist die von Ščerbinskis in diesem Zusammenhang angeführte Rede Ulmanis' vom 11. Dezember 1933 in dem Quellenband nicht enthalten. Überhaupt wäre es wünschenswert gewesen, wenn die Autoren der Beiträge in ihren Fußnoten angegeben hätten, welche der von ihnen verwendeten Dokumente im Band ediert wurden und auf welcher Seite diese gegebenenfalls zu finden sind. Vereinzelt lassen sich sogar unkommentierte Widersprüche zwischen den Abhandlungen und den hier abgedruckten Quellen finden. So ordnet Ščerbinskis den Journalisten und Politiker Arveds Bergs mit in den Kreis der Verschwörer ein, während Bergs in dem Tagebuchauszug, der im Quellenband enthalten ist, selbst schreibt, dass er in der Nacht zum 16. Mai von den Ereignissen überrascht worden sei.

Fehlende Verweise fallen auch in dem ansonsten sehr aufschlussreichen Beitrag von Jēkabsons über „Die Reaktionen des Auslandes auf den Staatsstreich in Lettland am 15. Mai 1934“ auf, bezieht sich doch dessen Thematik, neben jener von Ščerbinskis' Beitrag, mit am deutlichsten auf die Auswahl und Anordnung der Dokumente in der Quellenedition.

3 Diese These lässt sich durch die Hinzuziehung einer ebenfalls 2012 erschienenen Studie zur Ideologie und Propaganda des Ulmanis-Regimes erhärten. Die Autoren machen hier die Beobachtung, dass über die tatsächlichen Ursachen des Staatsstreichs in der Bevölkerung zunächst wilde Gerüchte kursierten und dass die neue Regierung es anfangs schwer hatte, zur begründen, wovor sie das Land nun eigentlich „gerettet“ habe. Vgl. Deniss Hanovs, Valdis Tēraudkalns: Laiks, Telpa, Vadonis: autoritārisma kultūra Latvijā 1934–1940 [Zeit, Raum, Führer: Autoritäre Kultur in Lettland 1934–1940], Rīga 2012, S. 33–43.

4 Vgl. hierzu u.a. die Diskussionen in: Inesis Feldmanis: Umgestaltungsprozesse im Rahmen des Ulmanis-Regimes in Lettland 1934–1940, in: Erwin Oberländer (Hrsg.): Autoritäre Regime in Ostmittel- und Südosteuropa 1919–1944, Paderborn u.a. 2001, S. 215–248, hier S. 221 f.

Etwas farblos nimmt sich gegenüber den anderen Beiträgen derjenige von Feldmanis aus. Der Autor fasst hier bereits bekannte Literatur zusammen und vergleicht kurz die verschiedenen europäischen Regime. Der Text ist so allgemein gehalten, dass er im Prinzip auch in jeder anderen Veröffentlichung zu einem ähnlichen Thema stehen könnte. Hier hätte es sich zumindest angeboten, das Ulmanis-Regime, auf das der Autor mit keinem Wort eingeht, in den Vergleich mit einzubeziehen.

Butulis zeigt in seinem Beitrag, wie die ideologischen Unterstützer des Ulmanis-Regimes, u.a. Margers Skujenieks, Alfreds Bērziņš, Ernests Blanks und Edvarts Virza, die von nationalistischen lettischen Kreisen erhobene Forderung nach einem „lettischen Lettland“, d.h. nach Zurückdrängung des politischen und wirtschaftlichen Einflusses der ethnischen Minderheiten, zur Legitimierung des Ulmanis-Regimes nutzten. Gleichzeitig registrierten jene Ideologen aufmerksam autoritäre Entwicklungen in anderen europäischen Ländern und sahen besonders im faschistischen Italien ein leuchtendes Vorbild. Gerade letzteres, so Butulis, stand im Widerspruch zu der von der Propaganda des Ulmanis-Regimes selbst geäußerten Behauptung, wonach das 1934 in Lettland errichtete Regime keinen Beispielen aus anderen europäischen Ländern folge. An dieser Stelle wäre ein direkter Vergleich mit der Politik anderer autoritärer Regime in Europa, namentlich mit derjenigen in Estland, Litauen und Polen, wo ähnliche Legitimationsmuster angeführt wurden, naheliegend gewesen.<sup>5</sup> Dies allerdings hätte wohl den vorgesehenen Umfang des Beitrages gesprengt. Außerdem wäre es an dieser Stelle denkbar gewesen, neben den Quellen, die über die Reaktion des Auslands Aufschluss geben, dem Band auch Dokumente über die Reaktionen seitens der nationalen Minderheiten Lettlands, etwa von deutschbaltischer Seite, hinzuzufügen.

Trotz einzelner kritischer Anmerkungen bleibt festzuhalten, dass es den Herausgebern gelungen ist, eine stattliche Menge hochinteressanter und bisher wohl kaum bekannter Dokumente zum Staatsstreich in Lettland am 15. Mai 1934 zusammenzustellen, die es dem Leser ermöglichen, einen Eindruck über die politische Stimmung in Lettland im Vorfeld des Staatsstreichs und insbesondere in dessen Verlauf zu gewinnen. Damit ist der Band nicht nur die bisher umfassendste Veröffentlichung zu jenem Thema, sondern zugleich als ein nützliches Handbuch für weitere Forschungen zu bewerten.

Ron Hellfritzsch, Jena

5 Vgl. u.a. Erwin Oberländer: Die Präsidialdikaturen in Ostmitteleuropa – „Gelenkte Demokratie“?, in: Ders. (Hrsg.), *Autoritäre Regime* (wie Anm. 3), S. 3-18, hier S. 4-6.

**Timo Vihavainen, Andrei N. Saharov (Hrsg.): Suomi ja Venäjä 1808–1809. Suomalais-venäläisissä historianitutkijoiden symposiumeissa Moskovassa vuonna 2007 ja Haminaassa vuonna 2009 pidetyt esitelmät [Finnland und Russland 1808–1809. Die auf den finnisch-russischen Historikersymposien in Moskau 2007 und in Hamina 2009 gehaltenen Vorträge], Helsinki 2010, 412 S.**

Der hier besprochene Sammelband umfasst die zu Aufsätzen ausgearbeiteten Vorträge von zwei finnisch-russischen Historikertagungen, welche 2007 sowie 2009 stattfanden. Die erste, in Moskau ausgerichtete Tagung behandelte das Thema „1808–1809: Ein europäischer Krieg im Norden“. Das zweite Symposium wurde aus Anlass des 200-jährigen Jubiläums des

schwedisch-russischen Friedens von 1809 in Hamina (schwed.: Fredrikshamn), der Stadt des Friedensschlusses, abgehalten; seine Teilnehmer befassten sich sowohl mit der Vereinigung Finnlands mit dem Zarenreich als auch mit der Trennung Finnlands von Russland. Ebenso wie die Ausrichtung der Tagung des Jahres 2009 wurde auch der Druck des vorliegenden Bandes mit Mitteln der finnischen Regierung unterstützt.

Der Band ist entsprechend den genannten Themenstellungen in drei Teile untergliedert. Der erste Teil, der sich mit dem Krieg von 1808 und 1809 und seinen Folgen für die internationale Politik jener Zeit auseinandersetzt, wird mit einem ausführlichen Überblick von Jyrki Paaskoksi (Helsinki) über die finnische und über die schwedische Geschichtsschreibung zum schwedisch-russischen Krieg der Jahre 1808/09 eröffnet. Aus seinen Ausführungen wird ersichtlich, dass das Thema in der neueren schwedischen Forschung – ungeachtet seiner Relevanz für die schwedische Geschichte – eher stiefmütterlich behandelt wurde. In ihrem Beitrag über die sowjetische und russische Historiografie bezeichnet Irina Takala (Petrozavodsk) den Krieg von 1808/09 als eine für die russische Forschung weitgehend „unbekannte Größe“; neuere einschlägige Arbeiten russischer Historiker seien in erster Linie in Sammelwerken zur Kriegsgeschichte erschienen.

Jussi Lappalainen (Turku) beleuchtet die entscheidenden Etappen und Wendepunkte des schwedisch-russischen Krieges in einer kurzen Zusammenfassung, wobei er dabei bedauerlicherweise auf Literaturangaben verzichtet. Ali Pylkkänen (Turku) liefert im Anschluss daran eine aufschlussreiche, wenn auch etwas sparsam annotierte Analyse im Hinblick auf die Besonderheiten des finnischen Kriegsschauplatzes – d.h. hinsichtlich der topografischen und der klimatischen Gegebenheiten – und weist auch auf die besondere Lage Finnlands als eines konfessionellen Grenzlandes zwischen West und Ost hin. In seinem Überblick über die Aktivitäten der britischen Flotte in der Ostsee zwischen 1808 bis 1813 beschreibt Ilkka Seppinen (Helsinki) – leider ebenfalls ohne Anmerkungen –, in welchem Umfang Großbritannien der politischen Annäherung zwischen den einstigen Kriegsgegnern Russland und Schweden den Weg bereitete. Daran anschließend untersucht F.J. Efremov (Moskau) abermals den Kriegsverlauf, wobei er vor allem die militärische Stärke der russischen Truppen und die schweren Fehler des schwedischen Oberkommandos im Jahre 1808 als kriegsentscheidend herausstellt.

Osmo Jussila (Helsinki) beleuchtet in einem grundlegenden Beitrag sodann die Hintergründe für die Entstehung der Autonomie Finnlands im Zuge der russischen Eroberung. Dabei relativiert er einerseits – im Einklang mit seinen eigenen Forschungsarbeiten zum Thema – die Bedeutung des von März bis Juli 1809 in Porvoo (schwed.: Borgå) abgehaltenen finnischen Landtages. Er macht deutlich, dass die dort ausgesprochene Garantie der „Grundgesetze“, Rechte und Privilegien Finnlands aus russischer Sicht eine unverbindliche Absichtserklärung darstellte und in dieser Form den seit dem frühen 18. Jahrhundert angewandten Methoden der russischen Expansion im Westen folgte; es wurde als Loyalitätsbekenntnis der Stände des unterworfenen Landes verstanden, und als Loyalitätsbekenntnis der Stände des unterworfenen Landes verstanden wurde, im Austausch gegen die Zusage, dass dessen Rechte bestehen bleiben sollten. Als wegweisend für das Zustandekommen der finnischen Autonomie nennt Jussila demgegenüber einerseits das Wirken von Gustaf Mauritz Armfelt, dem ersten Vorsitzenden des „Komitees für finnische Angelegenheiten“, andererseits die Aufgeschlossenheit des russischen Staatssekretärs Michail Speranskij gegenüber der schwedischen Rechts- und Verwaltungskultur. Darüber hinaus beleuchtet er das poli-

tisch geschickte Wirken des „Komitees für finnische Angelegenheiten“ als einer zeitweiligen *de facto*-Regierung für das Großfürstentum. Schließlich erläutert er die spezielle Funktion des dem Komitee nach seiner Auflösung 1826 nachfolgenden Finnland-Staatssekretärs mit seiner – zeitweise nahezu monopolartigen – Schlüsselkompetenz in der Frage, ob russische Gesetze mit dem in Finnland geltenden Recht vereinbar seien.

Ein Beitrag von Andrej N. Sacharov (Moskau) leitet den zweiten Teil des Bandes über die Angliederung Finnlands an das Petersburger Imperium ein. Er ist mit der Überschrift „Das Jahr 1809 in der Geschichte Russlands und Finnlands (der russische Blickwinkel)“ [„Vuosi 1809 Venäjän ja Suomen historiassa (venäläinen näkökulma)“] betitelt, wartet jedoch auch mit einem – überraschend langen – Überblick über die russisch-finnischen Beziehungen vom Mittelalter bis zur Zeit Peters des Großen auf und enthält mehrere Unschärfen und Verallgemeinerungen. Das eigentliche Kernthema betreffend, konstatiert der Autor, es sei das Ziel Alexanders I. und Speranskis gewesen, in Finnland einen „konstitutionellen Musterstaat“ im Rahmen des Imperiums zu errichten. Als wesentliche Etappen für die Entstehung der finnischen Autonomie bezeichnet Sacharov zum einen den Landtag von Porvoo, zum anderen aber den Ukas über die Vereinigung des „Alten Finnland“ – der bereits 1721 bzw. 1743 russisch gewordenen südostfinnischen Gebiete – mit dem Großfürstentum, da dessen eigenständige Rechts- und Verwaltungsstruktur damit erneut bestätigt wurde.

Matti Klinge (Helsinki) beschreibt in seinem insgesamt lesenswerten – leider aber auf jegliche Anmerkungen verzichtenden – Beitrag das internationale politische Umfeld im Zeitalter Napoleons, in welchem sich die Angliederung Finnlands an das Zarenreich vollzog. In aufschlussreicher, jedoch letztlich spekulativer Form führt Klinge aus, Alexander I. könne noch im Jahre 1809 erwogen haben, Finnland bei einer eventuellen europäischen Friedensregelung als Verhandlungsmasse zu gebrauchen.

Mit seinem Artikel „Der Friede von Fredrikshamn oder der Landtag von Porvoo?“ [„Haminan rauha vai Porvoon valtiopäivät?“] legt Osmo Jussila (Helsinki) einen der wichtigsten Beiträge des gesamten Bandes vor. Er unterzieht darin die beiden „Ecksteine“ für die Entstehung der finnischen Sonderstellung im Zarenreich – die Versammlung der finnischen Stände und den schwedisch-russischen Friedensschluss – einer vergleichenden Bewertung und stellt die darauf fußenden Sichtweisen der zeitgenössischen sowie nachgeborenen finnischen und russischen Protagonisten dar. Jussila hält fest, dass die Angliederung Finnlands an Russland sowohl durch den („nach innen“ gerichteten) Landtag als auch durch den („völkerrechtlichen“) Friedensvertrag verdeutlicht und besiegelt worden sei. Die Finnen – weniger allerdings die unmittelbaren Zeitgenossen – erblickten in erster Linie im Landtag den Gründungsakt für eine russisch-finnische Personalunion auf der Grundlage des dabei bestätigten schwedischen Staats- und Verfassungsrechts. Demgegenüber hoben die russischen Staatsrechtler des 19. Jahrhunderts in erster Linie auf den Friedensvertrag von Fredrikshamn ab, den der Zar als Sieger im Krieg unterzeichnete, und bewerteten die finnische Ständeversammlung vor diesem Hintergrund als nebensächlich. Dies werde, verdeutlicht Jussila, auch vor dem Hintergrund der Eröffnungsansprache Alexanders I. von Porvoo deutlich, mittels derer der Zar den Zweck des Landtages definierte: Er beabsichtige hiermit, die dem Sieger „vom Kriegsglück zugewiesenen Rechte“ durch diejenigen zu ergänzen, welche „seinem Herzen und seinen Prinzipien näherstünden“.

Dass es an einer maßgeblichen, offiziellen Interpretation der Landtagsereignisse von russischer Seite fehlte, habe, führt Jussila aus, später andererseits das Entstehen einer dominan-

ten finnischen Interpretation ermöglicht, derzufolge sich der Zar anlässlich des Landtages verbindlich auf die Kontinuität und die Einhaltung der „Grundgesetze“ aus der Schwedenzeit verbindlich verpflichtet habe.

Auch dem Artikel Jyrki Paaskoskis (Helsinki) über die Vereinigung des „Alten Finnland“ mit dem Großfürstentum zur Jahreswende 1811/12 kommt im Kontext des vorliegenden Sammelbandes eine wichtige Bedeutung zu. Paaskoski rückt im Einklang mit früheren eigenen Forschungsarbeiten das traditionell düstere Bild von den administrativen und ökonomischen Zuständen im „Alten Finnland“ vor 1811 gerade. Er zeichnet die maßgebliche Rolle Gustaf Mauritz Armfelts, des Vorsitzenden des „Komitees für finnische Angelegenheiten“, für den Erfolg des Vereinigungsprojektes nach – eines Projektes, das von Anfang an auch von Speranskij unterstützt wurde, obgleich Armfelt diesem gegenüber abgrundtiefes Misstrauen hegte. Wie der Autor verdeutlicht, verfolgte Armfelt mit seinem Einsatz für die Vereinigung des „Alten Finnland“ mit dem Großfürstentum nicht zuletzt das Ziel, die Sonderstellung Finnlands im Zarenreich zu stärken, da die in Finnland geltende Rechts- und Verfassungsordnung in diesem Zusammenhang erneut vom Zaren bestätigt wurde.

Im Beitrag von Vadim Roginski (Moskau), der die „Vereinigung beider Finnlande“ aus russischer Sicht – bedauerlicherweise fast ohne Anmerkungen – behandelt, wird die damit verbundene, auch für die finnischen Zeitgenossen überraschende territoriale Neuordnung im Kontext der internationalen Lage untersucht. Die Vereinigung des „Alten Finnland“ mit dem Großfürstentum wird in Roginskis Beitrag als ein wesentlicher Baustein bei der gegen Napoleon gerichteten Umorientierung der russischen Politik herausgestellt.

Seppo Tiihonen (Helsinki) analysiert im Anschluss daran sehr eingehend die Frage, inwieweit die ab 1808 entstandene finnische Zentralverwaltung von russischen und schwedischen Elementen geprägt worden sei. Der Autor beschreibt das schließlich zustande gekommene Verwaltungsgefüge als ein Mischsystem, in welchem das Amt des Generalgouverneurs russischen Vorbildern gefolgt sei, der „Regierungsconseil“ bzw. Senat (so genannt ab 1816) jedoch die schwedische Kollegialtradition verkörpert habe; letztere habe das gesamte System im Ganzen stärker charakterisiert. Wie Tiihonen ausführt, erleichterte es der russischen Seite, die streng monarchische, neo-absolutistische Haltung der „alten Gustavianer“ um Armfelt der russischen Seite, die administrative Kontinuität zur Schwedenzeit zu akzeptieren.

Auf Tiihonnens Beitrag folgt mit der Untersuchung von Robert Schweitzer (Lübeck) über die politische Tätigkeit und Bedeutung von Alexander Armfelt – des Sohnes von Gustaf Mauritz Armfelt –, der als langjähriger Finnland-Staatssekretär fungierte, einer der wichtigsten und ergiebigsten Artikel des gesamten Bandes. Schweitzer – dessen Ausführungen ebenso wie diejenigen des (2009 verstorbenen) John E.O. Screen (s.u.) im Unterschied zu allen anderen Beiträgen nicht auf Finnisch, sondern auf Englisch abgefasst sind – präsentiert mit seinen Darlegungen Ergebnisse aus seiner in den letzten Jahren verfolgten Forschungstätigkeit zur politischen Biografie Alexander Armfelts, der bisher zu Unrecht ein wenig im Schatten der Geschichtsschreibung zur finnischen Autonomie stand.

Überzeugend würdigt Schweitzer Alexander Armfelts Bedeutung für die Festigung von Finnlands Sonderstellung im Imperium. Armfelt sei beispielsweise als treibende Kraft für die reguläre Einberufung von finnischen Landtagen ab 1863 und für die Einführung der Mark als eigener finnischer Währung in Erscheinung eingetreten. Allerdings, hält der Autor fest, sei Armfelt in seinem Bestreben gescheitert, eine verbindliche Kodifizierung des *de facto* gegebenen politischen und rechtlichen Status von Finnland zu erwirken. Andererseits sei er

mit Erfolg den Versuchen der Petersburger Reichszentrale entgegengetreten, das finnische Staats- und Verfassungsrecht im Rahmen der Kodifikationsbemühungen für das Gesamtreich zu überprüfen – in der Ära der großen Reformen unter Alexander II. eine gewiss schwierige Gratwanderung.

Schweitzer führt aus, dass Armfelt einen fundamentalen Punkt sehr klar verstanden habe: Zu enge russisch-finnische Kontakte auf der Ebene von Politik und Verwaltung bzw. ein zu großes entsprechendes Interesse der russischen Politiker an Finnland könnten der Sonderstellung des Landes im Reich – und auch den wirtschaftlichen Vorteilen aus seiner Zugehörigkeit zu Russland – auf Dauer gefährlich werden. Finnlands Autonomie durfte demzufolge nie zu einer prinzipiellen Frage zwischen Finnen und Russen gemacht werden. Armfelt fasste diesen Sachverhalt einmal in das Bonmot, die Autonomie seines Landes gleiche dem unehelichen Verhältnis eines verheirateten Mannes, von dem alle wüssten und das allgemein toleriert werde; je weniger man aber davon spreche, um so glücklicher lebten alle Beteiligten miteinander.

Ganz im Einklang damit sei es, so Schweitzer, für die politischen und wirtschaftlichen Eliten Finnlands bis ins letzte Drittel des 19. Jahrhunderts lebensnotwendig gewesen, in kritischen Momenten für die russische Autokratie – wie nach der Niederlage im Krimkrieg oder während des polnischen Aufstandes – unbedingte Loyalität zu zeigen.

Nach den Ausführungen Schweitzers zu Alexander Armfelt befasst sich Kristiina Kalleinen (Helsinki) in aufschlussreicher Weise mit dem Wirken des langjährigen Senators Lars Gabriel v. Haartman. Gestützt auf ihre umfangreichen Forschungen zu diesem Protagonisten der finnischen Eigenständigkeit im Zarenreich, stellt die Verfasserin nicht zuletzt Haartmans Hinwirken auf eine geistige Ablösung Finnlands von Schweden heraus.

Eine informative Untersuchung von John E.O. Screen (London) über das finnische Kadettenkorps und seine wechselvolle Geschichte – jeweils im Zusammenhang mit der Politik der Petersburger Regierung gegenüber Finnland – leitet eine Reihe von Beiträgen ein, in denen die Laufbahn von Finnen im kaiserlich-russischen Dienst nachgezeichnet wird. So schildert V.N. Pleškov (St. Petersburg) die Biografie von Hauptmann Adolf Etholén und seinem Sohn Alexander, während sich Marina Vituchnovskaja (Helsinki) sehr erhellend mit dem Wirken des Generals und Staatsmannes Carl Enckell und seines Sohnes Oscar auseinandersetzt. Oskar Enckell, der Bruder des nachmaligen finnischen Außenministers, war nach einer langen Offizierskarriere im russischen Heer schließlich als Industrieller tätig. Aleksej Škvarov (Helsinki) befasst sich mit den Truppenteilen, die von Carl Gustaf Emil Mannerheim während seiner Karriere als Offizier und späterer Generalmajor der zarischen Armee kommandiert wurden. Jaana Gluschkoff (Helsinki) vermittelt schließlich einen allgemeinen Überblick über diejenigen Berufsgruppen „imperial orientierter“ Finnen, welche – wie Offiziere, technische Spezialisten und Ingenieure – im russischen Imperium Karriere machten.

Mit dem Beitrag Timo Vihavainens (Helsinki) über die finnische Historiografie zur Unabhängigkeit Finnlands wird der dritte Teil des Buches über die Loslösung des Landes von Russland eingeleitet. Die Geschichtsschreibung der Zwischenkriegszeit, so Vihavainens, sei vom „Volkskrieg“-Paradigma der siegreichen Weißen beherrscht gewesen, dem die sozialdemokratische Linke freilich entgegengesetzte, dass auch sie die Unabhängigkeit Finnlands angestrebt habe. Erst nach dem Zweiten Weltkrieg, so der Autor weiter, hätten sich die finnischen Historiker einen stärker „imperialen“ Blick auf die internationalen Zusammenhänge angeeignet; ab den 1950er und 1960er Jahren habe man sich die Archive anderer Länder

in nennenswertem Maße systematisch zu Nutze gemacht. Darüber hinaus sei in den 1960er und 1970er Jahren klar der politische Einfluss Präsident Kekkonens spürbar gewesen, was sich in (durchaus nicht sowjetfeindlichen) Studien zur Rolle Lenins niedergeschlagen habe. Seien die 1980er Jahre von Debatten über das Schlüsseljahr 1918 geprägt gewesen – zum Beispiel über die Intervention der Deutschen –, so erkenne man seit den 1990er Jahren die große Komplexität des gesamten Prozesses an, der schließlich zur Unabhängigkeit Finnlands führte, und zeige sich bestrebt, sich vor allzu monokausalen Blickwinkeln zu hüten. Il’ja Solomešć (Petrozavodsk) liefert einen kurzen Überblick über die russische historische Forschung zur Unabhängigkeit Finnlands. Er stellt dabei fest, die Sowjethistoriografie habe sich in erster Linie auf Lenins „Zugeständnis“ der finnischen Selbstständigkeit konzentriert; erst in der postsowjetischen Historiografie habe man begonnen, die Ablösung Finnlands von Russland in einem breiteren Zusammenhang zu sehen – etwa im Hinblick auf die Ignoranz der Provisorischen Regierung gegenüber dem Nationalitätenproblem oder im Hinblick auf die Rolle Deutschlands im Jahre 1918.

Ohto Manninen (Helsinki) behandelt in einem grundlegenden, zum Teil auf bislang kaum beachteten Quellen fußenden Artikel sodann die Einflussnahme der bolschewistischen Regierung auf die inneren Verhältnisse Finnlands zur Zeit des Bürgerkrieges. Er schildert die Instrumente sowjetischer Einmischung – in erster Linie das von Stalin begründete Komitee „zur Regelung der beiderseitigen Verhältnisse“ – und beschreibt die Entwicklung der bolschewistischen Einwirkung auf die finnischen Vorgänge. Hätten die Bolschewiki, so Manninen, den finnischen Verhältnissen gegenüber zunächst noch Zurückhaltung geübt, hätten sie später die Haltung entwickelt, man müsse der „weißen Konterrevolution“ in Finnland aktiv entgegengetreten und eine „revolutionäre Regierung“ in Finnland unterstützen: Dabei hätten sie jedoch dafür Sorge tragen müssen, nicht in einen Konflikt mit Deutschland verwickelt zu werden.

Der erkenntnisreiche Beitrag von Irina Novikova (St. Petersburg) ist der Frage gewidmet, welche Rolle Deutschland bei Finnlands Unabhängigkeit gespielt habe, bzw. welches Gewicht Finnland in den deutschen geopolitischen Vorstellungen zugekommen sei. Die Autorin führt aus, Finnland habe für die Ordnungsvorstellungen der kaiserlichen Regierung im Kriege zunächst keine erstrangige Bedeutung erlangt, vor allem nicht in den Jahren bis 1916, als man auf deutscher Seite noch Überlegungen darüber anstellte, ob ein Separatfrieden mit Russland geschlossen werden könne. Deutschland habe jedoch ab 1917, die „finnische Karte“ entschlossen gespielt – als Mittel zum Sieg über Russland. Dies lasse sich einerseits anhand der deutschen Intervention im finnischen Bürgerkrieg ersehen, die dessen Ausgang maßgeblich mitentschieden habe, andererseits anhand der Bestrebungen der Reichsregierung, eine Monarchie mit einem aus Deutschland stammenden König in Finnland zu etablieren.

Aleksandr Rapasov (St. Petersburg) beleuchtet in seinem Artikel die Moskauer Außenpolitik im Verhältnis zu Finnland während der 1920er und 1930er Jahre. Er bewertet diese als grundsätzlich widersprüchlich, da sie zum einen Lenins „Garantie der Unabhängigkeit“ hochgehalten, zum anderen aber die Ausbreitung der Weltrevolution auf den „Frontstaat Finnland“ ins Auge gefasst habe. In der Praxis hätten, erläutert Rapasov, die Sowjetdiplomaten dem finnischen Drängen auf vertragliche Absicherung in vielen nebensächlichen Kleinigkeiten entsprochen; andererseits hätten sie beispielsweise eine wesentliche Angelegenheit wie die genaue Demarkation der Grenze bis zum Jahre 1938 verschleppt. In den

folgenden Darlegungen von Aleksej Komarov (Moskau) wird das Verhalten der Sowjetunion in der Åland-Frage nachgezeichnet. Der Verfasser führt aus, dass die schließlich gefundene Lösung der Demilitarisierung den Interessen der sowjetischen Außenpolitik entsprochen habe. Wie wichtig die Åland-Inseln für das strategische Kalkül der Sowjetunion blieben, verdeutlicht der Autor vor dem Hintergrund von Überlegungen am Ende des Zweiten Weltkrieges, Åland unter sowjetische Kontrolle zu bringen oder wenigstens Militärstützpunkte auf den Inseln zu fordern.

Eine gewisse Kontinuität der sowjetischen Außenpolitik – nicht zuletzt der Außenwirtschaftspolitik – im Verhältnis zu Finnland postuliert Tat'jana Androsova (Moskau) in ihrer Darstellung der Grundkonstanten der sowjetischen Finnland-Politik: Wie sich beispielsweise anhand der sowjetischen Haltung gegenüber der finnischen Mitgliedschaft in der EFTA zeigen lasse, sei die Sowjetunion immer wieder zu Konzessionen und zur Gewährung von Spielräumen bereit gewesen, sofern die Ausrichtung der finnischen Außenpolitik den geopolitischen Grundinteressen der Sowjetunion Rechnung getragen habe. Pekka Nevalainen (Joensuu) vermittelt einen Überblick über die Emigration aus Russland nach Finnland sowie über die – numerisch weit geringere – Auswanderung aus Finnland nach Russland in den Jahren 1918 bis 1922. Aus seinen Darlegungen wird unter anderem deutlich, wie groß die Zahl der in Finnland aufgenommenen Flüchtlinge im Verhältnis zur gesamten Einwohnerzahl des Landes war. Anschaulich erläutert der Autor auch die Anpassungsschwierigkeiten in der Gesellschaft und in der Arbeitswelt, denen selbst finnisch- bzw. karelichsprachige Flüchtlinge in Finnland gegenüberstanden.

Ein Beitrag des Petersburger Forschers Nikolaj Smirnov behandelt den „finnischen Faktor“ in den Beziehungen zwischen Frankreich und seinem Kriegsalliierten Russland. Er stellt das Spannungsfeld zwischen Sympathie für die finnischen Anliegen und der Bündnisraison gegenüber der Provisorischen Regierung dar, in welchem die französische Diplomatie zu agieren hatte: Im Laufe des Jahres 1917 sei auf französischer Seite schließlich die Bereitschaft gewachsen, die finnischen Unabhängigkeitsbestrebungen zu unterstützen – dies allerdings unter dem Vorbehalt eines zuvor gewonnenen Krieges. Auf Smirnovs Ausführungen folgt die kompakte Untersuchung von Elena Dubrovskaja (Petrozavodsk) über das Verhältnis zwischen der finnischen Bevölkerung und den im Lande stationierten russischen Soldaten während des Ersten Weltkrieges. Die Autorin macht dabei anschaulich, in welchem Umfang die stark anwachsende Zahl russischer Truppen zur Entstehung von Stereotypen auf finnischer Seite und – bereits vor Revolution und Bürgerkrieg – zu Spannungen mit der einheimischen Bevölkerung führte. Ebenso verdeutlicht sie die schwierige Lage, in der sich die russischen Soldaten – nicht zuletzt die Seeleute – zwischen den Interessen der russischen Regierung und den finnischen Eigenständigkeitsbestrebungen ab Frühjahr und Sommer 1917 befanden.

Nach einem Überblick von Mikko Ylikangas (Helsinki) über finnische Flieger im Dienste der Roten Armee zwischen 1917 und 1921 behandelt Kari Ketola (Helsinki) die Stellung der russischen Sprache in Finnland vom frühen 19. Jahrhundert bis in die Gegenwart. Mit Blick auf den eigentlichen historischen Betrachtungszeitraum des vorliegenden Buches – die Zeit der Zugehörigkeit Finnlands zum Zarenreich – vermag Ketola zu erklären, warum die zumindest bis zur Mitte des 19. Jahrhunderts von russischer sowie teilweise auch von finnischer Seite betriebene Förderung des Russischen niemals befriedigende Resultate erbrachte: Dies habe einerseits an der seit 1808 bestehenden Trennung zwischen finnischer Verwaltung und Reichsadministration gelegen, andererseits an der Tatsache, dass während

der Autonomieperiode nur sehr wenige Russen in Finnland ansässig waren. Darüber hinaus sei 1872 das Russische nach vorheriger „Freiwilligkeit“ vor allem deshalb als Pflichtsprache für Beamte eingeführt worden, um ein Interesse der russischen Behörden an den finnischen Besonderheiten und Eigenwilligkeiten gar nicht erst zu wecken. Den Darlegungen Ketolas schließt sich ein weiterer, ausführlich annotierter und mit vielen Literaturverweisen versehener Beitrag Irina Takalas (Petrozavodsk) an, die die Stellung der finnischen Sprache in Russland vom 19. Jahrhundert bis in die Gegenwart betrachtet – sowohl im Hinblick auf die in Nordwestrussland lebenden Finnen als auch auf die Ingermanländer und Ostkarelier. Konnte man bis zur Revolution von einer gewachsenen muttersprachlichen Identität der erwähnten Nichtrussen ausgehen – und erfuhr das Finnische wie die kleineren ostseefinnischen Sprachen in der frühen Sowjetzeit sogar eine gewisse offizielle Förderung –, schrumpfte laut Takala die muttersprachliche Kompetenz spätestens seit der Nachkriegszeit rapide. Dies betraf auch die Karelische ASSR (zeitweilig gar: Finno-Karelische SSR), wo das Finnische einen offiziellen Status innehatte.

Am Ende des Sammelbandes stehen drei Beiträge, die auf die Archivsituation und künftige Forschungsanliegen verweisen. Vasilij Christoforov (Moskau) betrachtet die Materiallage zu den Jahren 1808 und 1809 in den russischen Archiven – wobei seine Ausführungen bedauerlicherweise keine Anmerkungen enthalten. Dies trifft fast gänzlich auch auf den Artikel von Ljudmila Kolodnikova (Moskau) zu – den letzten Beitrag des Buches –, dessen Autorin unter Berücksichtigung der vorhandenen Archivbestände die bisherige Zusammenarbeit zwischen finnischen und russischen Historikern resümiert und künftige gemeinsame Forschungsperspektiven skizziert. Davor steht eine aufschlussreiche, auf der Grundlage veröffentlichter russischer Archivquellen erstellte Betrachtung der Moskauer Historikerin Tat'jana Bušueva über die Vorgeschichte des Winterkrieges ab dem Sommer 1939 – ein Thema freilich, das über den Horizont des dem gesamten Buch zu Grunde liegenden Rahmenthemas der Zugehörigkeit Finnlands zum Zarenreich hinausweist.

Unterzieht man den vorliegenden Band und seine insgesamt 36 Beiträge einer Gesamtbewertung, so lässt sich sagen, dass darin alle wesentlichen politischen und inhaltlichen Aspekte eines Jahrhunderts des finnisch-russischen Miteinanders behandelt werden. Eine ganze Reihe von Artikeln fußt auf bislang kaum beachtetem Quellenmaterial: Hier werden Ergebnisse aktueller, neuerer Forschung bzw. neue Blickwinkel der wissenschaftlichen Auseinandersetzung präsentiert – zum Beispiel in den Beiträgen Schweitzers, Jussilas, Paaskoskis, Tiihonens und Manninens. Allein sie lohnen die Lektüre des gesamten Bandes, selbst wenn andere Artikel nur sehr kurz sind, bedauerlicherweise keinerlei oder so gut wie keinen wissenschaftlichen Apparat enthalten oder ihr Gegenstand über das Rahmenthema des Buches hinausgeht. Auch einige formale Schwächen bedürfen der Erwähnung – beispielsweise die zahlreichen, nicht nachvollziehbaren Textunterstreichungen im Artikel Pykkänens oder die Tatsache, dass die im Inhaltsverzeichnis angegebenen Überschriften einiger Artikel nicht in derselben Zeile stehen wie die entsprechenden Seitenzahlen.

Ungeachtet solcher Defizite enthält der hier besprochene Sammelband freilich so viele ergiebige Beiträge, dass er im Ganzen einen wertvollen Beitrag zur Forschung darstellt. Er sei daher all denjenigen empfohlen, welche an den Voraussetzungen, den Strukturen, den Besonderheiten und den Auswirkungen der finnischen Autonomie im Zarenreich ein forschersches Interesse haben.

Frank Neseemann, Speyer

**Matthias Stadelmann: Großfürst Konstantin Nikolaevič. Der persönliche Faktor und die Kultur des Wandels in der russischen Autokratie, Wiesbaden: Harrassowitz Verlag 2012, 470 S., 52 Abb.**

Der Bruder des russischen Kaisers Alexander II., Großfürst Konstantin Nikolaevič, steht wie andere Angehörige der Zarendynastie historiografisch betrachtet eher im Schatten des Thrones. Ihn aus diesem zu holen, ist das Anliegen des Erlanger Historikers Stadelmann, der sich mit der vorliegenden Arbeit an der mittelfränkischen Universität habilitiert hat. Zwar weist er in seiner *Introductio* auf die bis dato zu Person und politischer Wirksamkeit des Großfürsten vorliegenden Studien hin, charakterisiert sie aber zugleich als Produkte „einer soliden Politikgeschichte im traditionellen Sinne“ (S. 6), d.h. nicht ohne Erkenntniswert, jedoch der historischen Bedeutung der politischen Figur des Romanov-Spröbblings nicht in jeder Hinsicht angemessen. Daher verfolgt Stadelmann mit seiner Studie andere Ziele. Ausgehend von der Überzeugung, dass Geschichte von Menschen gemacht wird, rückt er den persönlichen Faktor als entscheidend für die „Kultur des Wandels“ in der Autokratie des Russländischen Reiches seit der Mitte des 19. Jahrhunderts ins Zentrum seines Interesses. Er will damit den vermeintlich aus dem Blickfeld der Historiker geratenen Ansatz der individuellen Bedeutung erneuern, ohne dabei einer unkritischen Verherrlichung von „großen Männern“ und ihrem „Machtstaat“ (S. 7) zu verfallen. Der Großfürst soll daher in seiner Geschichtlichkeit beleuchtet werden, die „Handlungsmächtigkeit“ des historischen Individuums in der „Interdependenz von strukturellen Zwängen und individuellen Entfaltungsmöglichkeiten“ (S. 9) analysiert werden. Konkret geht es um die Bedeutung Konstantins in der Reformpolitik und um den Reform-Diskurs in der Phase zwischen 1850 und 1880.

Gegliedert ist die Untersuchung in fünf große Kapitel. Das erste macht den Leser mit der Person des zweitgeborenen Sohns Nikolaus I. bekannt, der der zarischen Marine vorstand und zudem in die Annalen als Statthalter in Polen in kritischer Zeit eingegangen ist. Schon mit sechs Jahren erhielt der kleine Konstantin den von Peter I. eingeführten Rang eines General-Admirals und den deutschstämmigen Kapitän zur See Friedrich Benjamin Lütke (Litke) als Erzieher. Im Weiteren werden Ausbildung und Werdegang Konstantins skizziert, dem 1855 nach dem verlorenen Krim-Krieg die Flottenleitung übertragen wurde. Dieser Akt stellte eine Novität dar und leitete einen grundlegenden Wechsel im Marine-Ressort ein. Der sowohl akademisch als auch seemännisch hervorragend geschulte Kaiserbruder führte einen neuen Führungsstil ein und nahm grundlegende Reformen des verknöcherten Verwaltungsapparates in Angriff – nicht immer zur Freude der ihrer Positionen enthobenen früheren Amtsinhaber. Qualität statt Quantität wurde zur neuen Parole, die Konstantin durch partizipative Kommunikationsformen im Ministerium, mit einem neu zusammengestellten Marinestatut und einer Bildungs- und Informationspolitik zu erreichen strebte. Die Marinezeitschrift „*Morskoj Sbornik*“ spielte dabei eine herausragende Rolle, weil sie nicht nur zur Weiterbildung der Marineangehörigen beitrug, sondern durch ihre innovativen, progressiven und weit über technische Fragen hinausreichenden Artikel zu einer der „bemerkenstwertesten Erscheinungen“ der zeitgenössischen russischen Literatur wurde, wie etwa der Literat und Kritiker Nikolaj G. Černyševskij urteilte. Andererseits stieß der General-Admiral mit vielen Modernisierungsprojekten auf Widerstände und Ablehnung, wobei auch Konstantins oft sehr arrogante, jähzornige und grobe Verhaltensweisen für Irritationen und Ablehnung sorgten. An vielen Beispielen wird dies in Stadelmanns Studie deutlich.

„Der Großfürst und die Bauernbefreiung in Russland“ lautet die Überschrift des zweiten Kapitels, in dem Konstantins entscheidender Beitrag zur Abschaffung des Leibeigenschaft-Systems analysiert und erörtert wird. Wie der Verf. anhand zahlreicher Episoden und Beobachtungen herausarbeitet, waren die Großen Reformen unter Alexander II. keine zwangsläufige Folge der verheerenden Erfahrungen im Krim-Krieg, sondern ein Ergebnis einer „auf Veränderung ausgelegten[n] Erwartungshaltung“ (S. 115), die ganz wesentlich von den konkreten Reformansätzen im Marine-Ministerium unter dem General-Admiral gespeist zur allgemeinen Aufbruchsstimmung in der Gesellschaft beigetragen hat. Weder der Kaiser noch das von ihm berufene Komitee, machen Stadelmanns Ausführungen deutlich, hätten den Impetus und den konkreten Gestaltungswillen besessen, die Bauernbefreiung auf den Weg zu bringen. Schließlich war es die „Überrumpelungstaktik“ Konstantin Nikolaevičs, die es dem Kaiser ermöglichte, sich bei der Verkündung des Emanzipationsaktes gegen alle Widerstände auf den Initiativwillen des Adels zu berufen und so die Bauernbefreiung als Konsens zwischen Thron und Gesellschaft erscheinen zu lassen. Dass der Großfürst dabei von ihm ergebenen Mitarbeitern wie Nikolaj A. Miljutin, Aleksandr V. Golovnin, aber auch dem Innenminister Landskoj unterstützt wurde, trug zu diesem Erfolg bei. Diese „antiadelige Politik“ mit all ihren Facetten im Kontext von Autokratie und aristokratischer Obstruktion herauszuarbeiten und dem Leser vor Augen zu führen, ist Stadelmann auf sehr überzeugende Weise gelungen. Daher ist seinem Fazit nur zuzustimmen, dass unter dem Einfluss seiner aufgeklärten Mitarbeiter und als Ergebnis seiner im Marineministerium betriebenen Politik Konstantin Nikolaevič „mit seinem Handeln und Auftreten nicht nur für den entscheidenden frischen Wind in der Bauernfrage gesorgt, sondern auch Grenzen tradierter politischer Kultur“ überschritten hat (S. 179).

Im dritten Kapitel sind die dynastische Stellung des Großfürsten und seine außergewöhnliche Persönlichkeit Gegenstand der Betrachtung. Sie werden als Ausgangspunkt für dessen historische Bedeutung angesehen, wobei seine augenfälligen charakterlichen Besonderheiten und seine besondere dynastische Position und Beziehung zum Kaiser im Zentrum stehen. Zur exceptionellen Erscheinung unter den Romanovs machten ihn seine Unbeherrschbarkeit, d.h. die von ihm begangenen Verletzungen „habituellem Konventionen“ der politischen Kultur der Autokratie sowie sein kaum zu bremsender Ehrgeiz, von ihm als notwendig erachtete Reformprojekte rücksichtslos durchzusetzen. Die Indolenz und Ahnungslosigkeit des gutmütigen Kaisers Alexander boten dafür oftmals die Voraussetzung. Daher hatte Konstantin wohl tatsächlich mehr Möglichkeiten, Einfluss auf die Selbstherrschaft seines Bruders auszuüben als jeder andere Großfürst vor ihm, wie Stadelmann unterstreicht. Dessen ungeachtet wurden ihm und seinen Handlungen durchaus auch Grenzen gesetzt, wenn etwa die Anweisungen Alexanders zu offenkundig missachtet und die konventionellen Umgangsformen verletzt wurden. Es machte allerdings die Besonderheit des brüderlichen Verhältnisses aus, dass es emotional sowie in seiner dienstlich-hierarchischen Dimension immer von einem tiefen gegenseitigen Vertrauen getragen wurde, das auch Konfliktsituationen und Beziehungskrisen rasch zu überwinden half. Stadelmann spricht in diesem Zusammenhang gleichzeitig von einem anspruchsvollen Verhältnis, das er mit der fast paradox erscheinenden Formel beschreibt, Konstantin habe immer dann „am selbstständigsten und wirkungsmächtigsten handeln“ können, wenn sein kaiserlicher Bruder vom Gegenteil überzeugt war (S. 292). So konnte der Großfürst zum „mächtigsten Minister“ des Zaren werden, dann aber auch wieder tief fallen.

„Das polnische Fiasko des Konstantin Nikolaevič“ ist das vierte Kapitel überschrieben. Hier wird die Zeit seiner Statthalterschaft im russischen Teilungsgebiet Polens aus der Perspektive des Großfürsten beschrieben. Kongresspolen durchlebte zu Beginn der 1860er Jahre eine schwierige Zeit wieder aufflammender Unruhen, die von den nach Ivan Paškevičs Tod amtierenden Statthaltern weder kontrolliert noch eingedämmt werden konnten. Daher sollte die Autorität eines Großfürsten den Sonderstatus Polens hervorheben, aber gleichzeitig die zu Eigenmächtigkeiten neigende polnische Verwaltung unter Aleksander Wielopolski kaiserlicher Hoheit unterstellen. Für Konstantin bot die Statthalterschaft die Gelegenheit, Herrscherfunktionen auszuüben und dabei einen Teil seiner liberalen Vorstellungen zur Anwendung kommen lassen. Er scheiterte jedoch an der Unversöhnlichkeit der Positionen von Polen und russischer Teilungsmacht. Die nach Nikolaus I. Tod von neuen Hoffnungen getragene polnische Opposition wollte sich mit Gnadenerweisen nicht abfinden, und die zarische Regierung verweigerte nach den ersten Protestaktionen und Unruhen jegliches Entgegenkommen. Dies bedeutete keine wirkliche Bereitschaft zur Versöhnung, keine Autonomierechte und anderes mehr. In St. Petersburg bestimmten zusehends mehr die nationalistischen Kräfte die öffentliche Meinung, die nicht nur jede Art von politischem Entgegenkommen in Polen als Verrat geißelten, sondern auch Konstantin selbst als Verräter und Schwächling apostrophierten. Ihm wurde der „Henker von Wilna“, General Michail N. Murav'ev, entgegengehalten, dessen blutiges Vorgehen gegen die Aufständischen in Litauen und Weißrussland als Vorbild dienen sollte.

Dem politischen Wirken Konstantins nach 1863 ist das letzte Kapitel gewidmet. Stadelmann zeichnet hier die Wiederaufnahme von Reformbemühungen des Großfürsten diesmal in seinem Amt als Vorsitzender des Staatsrates nach. Im Spannungsfeld zwischen einem vom liberalisierenden Reformkurs abgekommenen Kaiser und der konservativ, rückwärts-gewandten Politik Petr Šuvalovs versuchte Konstantin, auf die von ihm wahrgenommenen Defizite des autokratischen Regimes zu reagieren und Lösungen zu suchen. Sein Dilemma, so Stadelmann zu Recht, bestand in dem Widerspruch, einerseits die Autokratie bewahren und sie gleichzeitig reformieren zu wollen. Vorsichtige Versuche, den Staatsrat durch die Hinzuziehung von Zemstva-Vertretern zu ergänzen und so in Ansätzen die gesellschaftliche Partizipation zu erweitern, scheiterten 1881 am Thronwechsel von Alexander II. zu Alexander III. sowie an der Obstruktion von Würdenträgern und persönlichen Gegnern des Großfürsten.

In seiner Conclusio zieht der Verfasser den Schluss, dass Konstantin Nikolaevič die eher stiefmütterliche Behandlung in der bisherigen Historiografie nicht verdient habe, weil die wichtige Reformepoche des Russländischen Reiches unter Alexander II. von ihm viel maßgebender und wirkmächtiger bestimmt wurde als vom Kaiser selbst. Stadelmanns Analyse belegt diese Erkenntnisse in jeder Passage seiner Studie. In ihr gelingt es ihm auch, einerseits die komplexe Persönlichkeit des Zarensohns mit ihren vielfältigen, auch widersprüchlichen Facetten lebendig werden zu lassen und diese gleichzeitig in ihrer Wirkmächtigkeit unter den Bedingungen von Autokratie und verkrusteten Staatsstrukturen zu zeigen. Darüber hinaus liefert die Arbeit auch interessante Einblicke in die Funktionsweise und inhärenten Widersprüche des autokratischen Regierens sowie den entscheidenden Zusammenhang von Macht und Person. Wenn die Historiker wieder entdecken, was die Politikwissenschaftler schon länger wissen, dass nämlich Strukturen das eine sind, aber die Persönlichkeit der Mächtigen die Definition eines Problems und damit die Entscheidung stärker bestimmen als die der

weniger Mächtigen (Jürgen Hartmann), so hat Stadelmann dazu einen wichtigen Beitrag geleistet. Sein Buch kann man nur uneingeschränkt empfehlen. Es bereichert unsere Kenntnis der politischen Geschichte des Zarenreichs im 19. Jahrhunderts auf beachtliche Weise.

Rudolf A. Mark, Lüneburg u. Hamburg

**Andreas Fülberth: Riga. Kleine Geschichte der Stadt, Köln u.a.: Böhlau Verlag 2014, 307 S., Abb.**

Nach Vilnius (2009) und Tallinn (2011) trug Riga (2014) als letzte der drei Hauptstädte der baltischen Staaten den Titel einer „Kulturhauptstadt Europas“ und gab damit dem Böhlau Verlag in Köln Anlass, nach zwei früheren Veröffentlichungen über die Hauptstädte Estlands und Litauens<sup>1</sup> auch der einzigen Metropole des Baltikums eine „Kleine Geschichte der Stadt“ zu widmen. Mit Andreas Fülberth, Lehrbeauftragter an der Abteilung für Osteuropäische Geschichte der Universität Kiel, gewann der Verlag dabei einen Autor, der sich bereits in anderen Veröffentlichungen sowohl als Reiseschriftsteller als auch als Fachhistoriker mit der baltischen Region beschäftigt hat.<sup>2</sup>

Fülberth teilt die Geschichte der Stadt seit ihrer vermuteten Gründung im Jahre 1201 in fünf sinnvolle Perioden ein: das „mittelalterliche Riga“ (beginnend mit frühgeschichtlichen älteren Livensiedlungen an der Stelle des späteren Riga und dem Auftreten Bischof Meinhardts ab 1184 bis zum Vorabend der Reformation in Riga ab 1521), das „Riga des 16. und 17. Jahrhunderts“ (beginnend mit der Reformation 1521 bis zum Nordischen Krieg und zur Eroberung Rigas durch Peter I. im Jahre 1710), das „Riga unter der Herrschaft der Zaren (1710–1917/18)“, das „Riga in der Zeit der unabhängigen Republik Lettland (1918–1940) sowie während des Zweiten Weltkriegs“ und schließlich die Zeit „von der Nachkriegszeit unter sowjetischer Herrschaft (1945–1991) bis zur Gegenwart in einem wieder unabhängigen Staat“ (bis 2014). Er wählt dabei ein bewusst breit gehaltenes Themenspektrum: von der Geschichte einzelner Gebäude (Kirchen, Schloss, Rathaus, Türme, Brücken usw.) und öffentlicher Orte (z.B. Häfen und Parkanlagen) und ihren Funktionen über den allmählichen Ausbau der Stadt bis hin zu einer sowjetischen Großstadt im 20. Jahrhundert; von biografischen Begebenheiten bedeutender Rigenser (z.B. der Erzbischöfe, Ratsherren, Stadthäupter und Bürgermeister) bis hin zu den Institutionen, die die Geschicke der Stadt bestimmten (Stadtrat, Gilden, Kirche, Gouvernementsverwaltung, Regierung); von Kriegen und Herrschaftswechseln bis hin zu kontinuierlichen Entwicklungen in Handel und städtischer Wirtschaft. Auch den Veränderungen in der ethnischen Zusammensetzung der Bevölkerung, insbesondere seit Mitte des 19. Jahrhunderts, gehört sein Augenmerk. Dabei

1 Joachim Tauber, Ralph Tuchtenhagen: Vilnius. Kleine Geschichte der Stadt, Köln u.a. 2008; Karsten Brüggemann, Ralph Tuchtenhagen: Tallinn. Kleine Geschichte der Stadt, Köln u.a. 2011; weitere Stadtgeschichten in ähnlicher Ausstattung legte der Böhlau Verlag u.a. zu Hermannstadt (Sibiu, Kulturhauptstadt 2007), Fünfkirchen/Pécs (Kulturhauptstadt 2010), Maribor/Marburg an der Drau (Kulturhauptstadt 2012) und Kronstadt in Siebenbürgen (Cluj, Bewerbung Kulturhauptstadt Europas 2021) vor.

2 U.a. Andreas Fülberth: Tallinn – Riga – Kaunas. Ihr Ausbau zu modernen Hauptstädten (1920–1940), Köln u.a. 2005; ders.: Tallinn/Reval: Ein kunstgeschichtlicher Rundgang durch die Stadt am Baltischen Meer, Regensburg 2011.

wird Stadtgeschichte – anekdotisch bis strukturell – jeweils in den Kontext der Regionalgeschichte oder gesamteuropäischer Entwicklungen gestellt, sodass Fülberth insgesamt auf etwa 260 Textseiten eine umfassende und facettenreiche Einführung in die Geschichte Rigas gelingt. Den Schwerpunkt bilden dabei die Topografie, die politische Geschichte, die Architekturgeschichte und teilweise die Kulturgeschichte; größere Beachtung der Wirtschafts- und Sozialgeschichte, vor allem im 19. und 20. Jahrhundert, und ein Ausblick auf die Zukunftsfähigkeit der Hauptstadt eines Landes mit erheblichen demografischen Verlusten seit 1991<sup>3</sup> bleiben Wünsche des Rezensenten.

Fülberth ergänzt seine Ausführungen durch eine Reihe von Textkästen, die eine Episode, einen Zusammenhang oder eine Forschungskontroverse vertiefend erläutern, etwa „über den Aussagewert einiger mittelalterlicher Rigaer Straßennamen“ (S. 32-34), „ein Stadtbrand und seine angeblichen Verursacher“ (S. 85), „die Rigaer Rolandsfigur“ (S.149) oder „das Riga der Sowjetzeit als Film-Stadt“ (S. 242-243). Eine Chronologie der Stadtgeschichte (S. 271-282), ein – allerdings recht kurzer – Überblick über die bisherige „Fachliteratur zur Geschichte Rigas“ (S. 283-285)<sup>4</sup> sowie ein Personen- und ein Orts-, ein Gebäude- und ein Straßenregister (mit Verweisen von deutschen Bezeichnungen auf die heute gängigen lettischsprachigen Bezeichnungen) runden den Band ab.

Sicherlich ist Fülberths Bemerkung, „dass seit Constantin Mettigs 460-seitiger ‚Geschichte der Stadt Riga‘<sup>5</sup> von 1897 nicht nur auf Deutsch kein Überblickswerk ähnlichen Umfangs zur Geschichte Rigas mehr erschienen ist“ (S. 284) richtig, umso bedauerlicher bleibt aber, dass sich der Verlag nicht entschließen konnte, Lesern, die ihre Zeit einer über die durchschnittliche Reiseliteratur hinausgehenden Stadtgeschichtsdarstellung widmen, wenigstens eine Grundausstattung an weiterführenden Fußnoten anzubieten, von einer Auswahlbibliografie anstelle des oben erwähnten „Überblicks“ über die wichtigste Literatur, in der gerade einmal zwölf Titel und Zeitschriften konkret und auffindbar genannt werden, ganz zu schweigen. Besonders dort, wo Fülberth im Text auf Forschungskontroversen und Widersprüche hinweist – insbesondere gilt dies für das über nur wenige Quellen schwer erschließbare Mittelalter – fehlen dem interessierten Leser Hinweise auf die entsprechende

- 3 1989: 910 455 Einwohner, 2014 (1.7.): 701 977 Einwohner; Quelle für 1989: Latvijas statistiskās gadagrāmata [Statistisches Jahrbuch Lettlands] 1991. Rīga 1992, S. 70; Quelle für 2014: Latvijas Republikas Iekšlietu ministrijas Pilsonības un migrācijas lietu pārvalde. Latvijas iedzīvotāju skaits pašvaldībās [Verwaltung für Angelegenheiten der Staatsbürgerschaft und der Migration beim Innenministerium der Republik Lettland. Lettlands Einwohnerzahl der Kommunen, in: [www.pmlp.gov.lv/lv/assets/images/statistika/iedzivotaju%20reg.statistika%2001072014/ISPV\\_Pasvaldibas\\_ie dzivotaju\\_skaits\\_pagasti.pdf](http://www.pmlp.gov.lv/lv/assets/images/statistika/iedzivotaju%20reg.statistika%2001072014/ISPV_Pasvaldibas_ie dzivotaju_skaits_pagasti.pdf), [letzter Zugriff: 1.9.2014].
- 4 Die Nennung der einzigen neueren lettischen (und insgesamt bisher umfangreichsten) Gesamtdarstellung der Stadtgeschichte Rigas lässt allerdings den wichtigen zweiten Band vermissen: Feodālā Rīga [Das feudale Riga], Rīga 1978; Rīga 1860–1917, Rīga 1978; Rīga sociālisma laikmetā [Riga im Zeitalter des Sozialismus], Rīga 1980. Weitere wichtige Publikationen zur Stadtgeschichte: Benno Åbers: Rīgas vēsture [Geschichte Rigas], Rīga 1938; Wilhelm Lenz: Die Entwicklung Rigas zur Großstadt, Kitzingen a.M. 1954; Jānis Straubergs: Rīgas vēsture [Geschichte Rigas], Rīga 1954; Rīga. Apcērējumi par pilsētas vēsturi [Riga. Abhandlungen zur Stadtgeschichte], Rīga 1965; Erwin Oberländer, Kristine Wohlfart (Hrsg.): Riga. Portrait einer Vielvölkerstadt am Rande des Zarenreiches 1857–1914, Paderborn u.a. 2004; Ulrike v. Hirschhausen: Die Grenzen der Gemeinsamkeit. Deutsche, Letten, Russen und Juden in Riga 1860–1914, Göttingen 2006.
- 5 Constantin Mettig: Geschichte der Stadt Riga. Mit Absichten und Plänen, sowie Abbildungen im Text, Riga 1897.

Literatur. Das Desiderat einer modernen, aktuellen Stadtgeschichte Rigas, als einer Stadt mit Bedeutung für den gesamten Ostseeraum, die wissenschaftlichen Standards genügt, darf damit noch nicht als gefüllt gelten.

Detlef Henning, Lüneburg

**Wojciech Kriegseisen: Die Protestanten in Polen-Litauen (1696–1763). Rechtliche Lage, Organisation und Beziehungen zwischen den evangelischen Glaubensgemeinschaften, Wiesbaden: Harrassowitz 2011, 350 S.**

Selten genug finden Veröffentlichungen der polnischen Geschichtswissenschaft ihren Weg auf den deutschen Fachbuchmarkt. Mag dieses Urteil etwa mit dem Blick auf zeithistorische Publikationen einzuschränken sein, lässt sich in Bezug auf die Frühe Neuzeit von einer sehr weitgehenden Rezeptionsschranke polnischer Forschungssynthesen mangels Übersetzungen ins Deutsche sprechen.

Die anzuzeigende Veröffentlichung ist als Kooperation des Deutschen Historischen Instituts und unter Federführung Joachim Bahlckes mit der Jablonski-Arbeitsstelle in Stuttgart entstanden. Sie ist die leicht überarbeitete deutsche Version einer Gesamtdarstellung zur Lage der Evangelischen im Polen-Litauen der Sachsenzeit, die vor gut 15 Jahren in Warschau erschienen ist.<sup>1</sup>

Der bedauernden Feststellung von Kriegseisens Einleitung, seit der Mitte der 1990er Jahre habe die polnische Reformationsforschung vor allem für das späte 17. und 18. Jahrhundert keine substantiellen neuen Ergebnisse hervorgebracht, kann man sich dabei anschließen. In Hinblick auf den deutschen Kontext scheint der Band Kriegseisens allerdings umso wichtiger, als in der hiesigen allgemeinen Reformationsforschung tendenziell noch gerne Gottfried Schramms mittlerweile überholtes Urteil aus dem Jahre 1965 vom faktischen Ende des polnischen Protestantismus zu Beginn des 17. Jahrhunderts rezipiert wird, trotz der auf Deutsch zugänglichen neueren Arbeiten von Edmund Kizik oder Maciej Ptaszyński einerseits und Michael G. Müller, Karin Friedrich oder Hans-Jürgen Bömelburg andererseits. Gerade angesichts von Studien der letztgenannten Autoren ist zu diskutieren, weshalb Kriegseisen in seiner Gesamtdarstellung bewusst das Königliche sowie das Herzogliche Preußen ausklammert. Impliziert dies doch unweigerlich, dass *nolens volens* ein veraltetes Bild von Preußen als einer deutschsprachig-lutherischen Enklave ohne tiefere Anbindung oder Bedeutung im Rahmen einer polnischen Nationalgeschichte, bzw. eine sehr traditionelle Konzeption von Polen-Litauen insgesamt, perpetuiert wird. Dies ist umso bedauerlicher als dass der Verfasser durchaus intensiv auf Querverbindungen und Austauschprozesse zwischen den evangelischen Gemeinschaften eingeht. So thematisiert er etwa die Beziehungen zwischen dem Herzogtum Preußen und der litauischen Brüderunität sowie den litauischen Reformierten oder den Finanzierungsmodellen der polnischen Gemeinden, die eng mit den Städten des Königlichen Preußen verknüpft waren.

1 Ewangelicy polscy i litewscy w epoce saskiej (1696–1763). Sytuacja prawna, organizacja i stosunki międzywyznaniowe [Polnische und litauische Protestanten in der Sachsenzeit (1696–1763). Rechtliche Situation, Organisation und interkonfessionelle Beziehungen], Warszawa 1996.

Kriegseisen gliedert seinen Text in sieben Kapitel, die sich drei inhaltlichen Sinnabschnitten zuordnen lassen. Zunächst legt der Autor die Basis für seine Ausführungen mit einer Beschreibung der rechtlichen Situation, der personellen und geografischen Zusammensetzung der einzelnen evangelischen Bekenntnisse und ihrer Gemeinden sowie deren wirtschaftlicher Situation dar. In einem zweiten Schritt setzt er sich mit dem Verhältnis von Lutheranern zu den Reformierten und von Katholischer Kirche zu den Evangelischen auseinander. Im dritten Abschnitt beschäftigt sich Kriegseisen dann in zwei Kapiteln mit Adel und Protestantismus. Die methodische Ausrichtung erweist sich insgesamt als sozial- und politikgeschichtlich. An manchen Stellen hätte vielleicht die Chance ergriffen werden können, in der deutschen Überarbeitung zumindest auch originär theologiegeschichtlichen Aspekten mehr Platz einzuräumen.

Die Bedeutung von Kriegseisens Darstellung basiert nicht allein auf ihrem synthetischen Charakter, sondern zeigt sich auch in dem steten Bemühen um möglichst genaue Differenzierung. Auf diese Weise gelingt es dem Autor, teils bekannte Einzelerträge der Historiografie in einen Gesamtzusammenhang mit Erkenntnissen seiner originären Forschung zu stellen und damit eingefahrene Urteile zu revidieren. In Bezug auf die personellen und geografischen Strukturen der evangelischen Gemeinden etwa kann er nicht nur zeigen, dass es auch im 18. Jahrhundert in Großpolen noch geschlossene lutherische Siedlungszusammenhänge gab und knapp ein Drittel der Einwohner Großpolens lutherisch war oder der Brüderunität angehörte. Auch die erst ab der Mitte des 18. Jahrhunderts erfolgte Neuansiedlung evangelischer Gemeinden in Masowien wird genauso herausgehoben wie der Umstand, dass sich auch in Litauen die Gemeinden allgemein eben nur zu einem geringeren Prozentsatz aus Adligen zusammensetzten.

Ähnliches gilt für den zusammenfassenden Überblick zur rechtlichen Situation. Hier unterstreicht Kriegseisen insbesondere die heterogenen Rechtsquellen, die die juristische Situation der Evangelischen in Polen-Litauen charakterisierten sowie den sich zunächst langsam vollziehenden Prozess, der das kanonische Recht letztlich zu einer unvoreilhaften Interpretationsgrundlage weltlicher Regelungen werden ließ. Es wäre sicherlich fruchtbar, solche Ergebnisse in den Kontext der seit einigen Jahren sehr aktiven deutschen Forschungsdiskussion zu Säkularisierungsprozessen zu stellen. Ein europäischer Vergleichskontext klingt dabei zumindest im Kapitel zur wirtschaftlichen Lage der evangelischen Gemeinden an. Hier bietet Kriegseisen Ansätze, die es sich auf jeden Fall zu vertiefen lohnte – nicht zuletzt in Hinblick auf die von ihm am Rande aufgebrachte komparatistische Perspektive zu den Hugenotten oder den reformierten Exulantengemeinden.

Klassische Felder der polnischen Reformationsforschung berühren demgegenüber die Überlegungen der Beziehungen unter den evangelischen Gemeinschaften sowie unter Katholiken und Evangelischen. In Bezug auf ersteres zeichnet Kriegseisen detailreich das Wechselspiel von institutioneller Annäherung auf der Ebene von Generalsynoden, dogmatischen Konflikten und der alltäglichen Kommunikation unter den Leitungen der Gemeinschaften nach. Ein ebenso differenziertes Bild ergibt sich im Anschluss auch aus seiner Analyse der katholischen Position. Hier zeigt Kriegseisen überzeugend, dass sich keine uniforme und ununterbrochene Verfolgungswelle über die Evangelischen ergoss – und dies trotz einiger einschneidender rechtlicher Verschlechterungen, polemischer Attacken der Publizistik und der immer stärker ausgreifenden Kompetenz der katholischen Kirchenstrukturen auf die evangelischen Gemeinden.

Abschließend wendet sich die Darstellung in zwei Kapiteln dem Problem von Adel und Konfession zu: Zunächst werden die Schwierigkeiten der Protestanten in der ersten Hälfte des 18. Jahrhunderts geschildert, ihren Anliegen im Rahmen des Sejms Gehör zu verschaffen. Einschränkend zeigt Kriegseisen zugleich die beständigen Versuche der evangelischen Eliten, nicht nur auf der Ständeversammlung, sondern auch am Königshof präsent zu bleiben sowie über hochadlige Protektion und ausländische Unterstützung (nicht nur russische und preußische, sondern auch niederländische!) die eigene Position zu verteidigen.

Problematisch erscheinen demgegenüber die weitgehenden Thesen des Schlusskapitels. Hier konstruiert der Autor die angebliche Existenz eines international vernetzten, über Standesschranken hinweg sehenden, gut ausgebildeten und intellektuell geprägten evangelischen Adels. Dieser habe sich als fortschrittliches Element und Speerspitze der Aufklärung von seinen zurückgeblieben-konservativen katholisch-sarmatischen Standesgenossen grundlegend unterschieden. Solch eine These dürfte sich leicht widerlegen lassen, wenn man nur einen genaueren analytischen Blick auf die Windmühlen des angeblich reaktionären katholischen Sarmatismus wirft, die Kriegseisen hier aufbaut, um anschließend auf sie loszureiten. Dies ist umso bedauerlicher als er hier genau solch mythisierende Konstrukte aufbietet, die er doch im Rest seiner lesenswerten Studie in Bezug auf die Evangelischen in Polen-Litauen so überzeugend dekonstruiert.

Abgerundet wird die Veröffentlichung von einem ausführlichen Personen- und Ortsverzeichnis, das den Band zu einem gut benutzbaren Grundlagenwerk macht. Alles in allem ist zu hoffen, dass diese wichtige Darstellung zur polnischen Reformationsgeschichte in ihrer souveränen deutschen Übersetzung schon möglichst viele interessierte deutsche Leser gefunden hat und finden wird.

Kolja Lichy, Gießen

**Matthias Asche, Werner Buchholz u.a. (Hrsg.): Die baltischen Lande im Zeitalter der Reformation und Konfessionalisierung. Livland, Estland, Ösel, Ingermanland, Kurland und Lettgallen. Stadt, Land und Konfession 1500–1721, T. 4, Münster: Aschendorff Verlag 2012, 215 S.**

Mit dem hier anzuzeigenden Heft endet innerhalb der inzwischen vielbändigen Reihe „Katholisches Leben und Kirchenreform im Zeitalter der Glaubensspaltung“ die vierteilige Folge zu den „baltischen Landen im konfessionellen Zeitalter“, aus der frühere Bände bereits in dieser Zeitschrift besprochen worden sind.<sup>1</sup> In Teil 4 werden (ähnlich wie in den vorhergehenden Teilen) Beiträge vornehmlich von Historikern und Kunsthistorikern der Universität Tübingen und lettischer und estnischer Wissenschaftseinrichtungen in Rīga und Tallinn vereinigt. Inhaltlich fehlt eine eindeutige Ausrichtung, stattdessen dient zur Abrundung des Gesamtwerkes ein Konglomerat verschiedenartiger Gegenstände und Fragestellungen, die recht unverbunden nebeneinander stehen. Zwei Themen stehen allein aufgrund ihres Umfangs im Mittelpunkt: livländische und kurländische Herrscherikonografien sowie die Darstellung der livländischen Reformation in den nationalen Historiografien Estlands und Lettlands

1 Vgl. Heinrich Wittram in Nordost-Archiv XIX (2010), S. 249-252 und 20 (2011), S. 331-334 zu den Teilen 1 und 2.

vom 19. Jahrhundert bis zur Gegenwart. Der rote Faden ist – bei gutem Willen – in der wissenschaftlichen und populären sowie historischen und kunsthistorischen Rezeption der Reformation in der nachfolgenden Erinnerungskultur zu erkennen.

In dem knappen Vorwort (S. 7-14) wollen sich die drei Herausgeber (Matthias Asche, Werner Buchholz, Anton Schindling) „zu den Erträgen der Territorien-Reihe“ äußern, wie es der Untertitel ankündigt. Tatsächlich aber breiten sie nicht die zentralen Ergebnisse ihres in den einzelnen Aufsätzen der vorhergehenden Bände zusammengetragenen Stoffes aus und bewerten ihn, sondern sie begnügen sich damit, im Stil einer Einleitung nochmals ihren eigenen Ansatz gegenüber den älteren deutschbaltischen, national-estnischen und national-lettischen sowie sowjetischen Geschichtsschreibungen insgesamt etwas holzschnittartig darzulegen. Sie betonen dabei unter den Leitbegriffen der Konfessionsbildung und Konfessionalisierung die späte, erst in einem längeren Prozess vollzogene Trennung der Konfessionen und der Konfessionskulturen. Dabei übersehen sie in ihrer offenbar vorrangigen Polemik gegen die deutschbaltische „Meistererzählung“ und ihrem angeblich zur Traditionsstiftung konstruierten Stichwort von der „Einführung der Reformation“, dass die grundsätzlichen Entscheidungen für oder gegen die neue geistliche Lehre unabhängig von ihrer jeweiligen Richtung und von der Art ihrer Durchsetzung sehr früh fielen und dass sich die Parteien in Livland ebenso wie im Schwedischen Reich sehr früh gegenüberstanden, wenn auch ihre durch die Verfassungsstruktur des Landes bedingten Kräfteverhältnisse über drei Jahrzehnte hinweg noch zu keiner eindeutigen konfessionellen Klarheit führten.

Markus Gerstmeier (Tübingen) und Krista Kodres (Tallinn) erläutern (S. 15-25) eindringlich Gestalt und Programm des in der Mitte der 1690er Jahre von dem Bildschnitzer Christian Ackerman und dem Kunstmaler Ernst Wilhelm Londicer geschaffenen Hauptaltars des Revaler Domes, wobei von den Verfassern gegenüber der zentralen Verkündigung, der Feier von Christi Abendmahl und Christi Auferstehung, das allein im Monogramm König Karls XI. sichtbare Ineinanderverflochtensein der örtlichen Landesherrschaft, d.h. der schwedischen Krone und der evangelisch-lutherischen Landeskirche, allzu nachdrücklich herausgestellt wird. – Regentenlisten und Übersichten zu den höchsten geistlichen und weltlichen Amtsträgern in den baltischen Ländern 1500–1721 werden von Magnus v. Hirschheydt beige-steuert (S. 27-38).

Unter den Überschriften „Livländische Herrscherikonographie“ bzw. „Kurländische Herrscherikonographie“ (S. 39-97) werden bildliche Darstellungen der letzten Fürstbischöfe (Erzbischof Wilhelm von Riga und Bischof Magnus von Ösel und Kurland) sowie der Herzöge von Kurland aus dem Hause Kettler von dem Dynastiegründer Gotthard († 1587) bis zu Friedrich Wilhelm († 1711) im Kirchenfenster, Grabmal, Siegel, Wappen, Medaillon und in den Gemälden (in nicht begründeter und deshalb in ihrer Absicht unklarer Auswahl) beschrieben sowie deren Herkunft und Zweck soweit möglich erörtert. Die Schilderung und Interpretation der jeweiligen Objekte treten dabei zuweilen hinter der lexikonartigen Skizzierung der politischen Biografie des jeweiligen Fürsten stark zurück. Näher berührt sei hier nur die ausführlichste Darlegung, die von Markus Gerstmeier über das vom fränkischen Hohenzollern Markgraf Friedrich dem Älteren 1514/15 in der Nürnberger St. Sebalduskirche gestiftete und verfertigte „Markgrafenfenster“, auf dem der Stifter, seine (verstorbene) Gemahlin, die jagiellonische Königstochter Sofia, und ihre acht herangereiften Söhne, darunter der spätere Erzbischof Wilhelm von Riga, in Ganzkörperporträts dargestellt sind. Gerstmeier gefällt sich mehrfach in einer sachlich unzulänglichen Polemik gegen die von ihm so genann-

te kulturprotestantisch-borussische Meistererzählung, indem er merkwürdigerweise aus den im Fenster sichtbaren hohenzollernschen Traditionslinien, der Nähe zu den Habsburgern und der starken Präsenz in der Reichskirche, ohne weitere Begründung ableitet, es habe keinen durch die Reformation hervorgerufenen radikalen Bruch gegeben; die dargestellten Brüder entzögen sich einer eindeutigen konfessionellen Zuordnung. Ähnliche Bewertungsmuster verwenden Gerstmeier und der Rigaer Kunsthistoriker Ojārs Spārītis an späterer Stelle, an der sie den „deutschbaltische[n] Blick auf die Reformation: Die Glasfenster der Eckeschen Kapelle im nordöstlichen Seitenschiff des Rigaer Doms (1884)“ untersuchen (S. 163-170). Die während der Domrestaurierung von 1884 in der so genannten Eckeschen Kapelle eingearbeiteten „Reformationsfenster“ stellen zwei für die Rigaer Reformationsgeschichte zentrale Ereignisse dar: die Einräumung der freien Religionsausübung durch Ordensmeister Wolter von Plettenberg 1525 sowie die Annahme des schwedischen Königs Gustav II. Adolf als neuen Stadtherrn 1621 und seine Bestätigung der städtischen Privilegien. Die beiden Autoren erkennen in den Darstellungen nur „die bekannten Deutungsmuster des Kulturprotestantismus [...] in deutschbaltischer Reinkultur“ (S. 168), die es für sie offensichtlich, wie ihre wiederholt gebrauchten ironischen oder gar herabsetzenden Vokabeln verraten, zu überwinden gilt, ohne dabei beachten zu wollen, dass die landesherrliche Gewährung der Glaubensfreiheit im Umbruch zur Reformation bzw. nach der polnischen Gegenreformation der protestantischen Bürgerschaft Rechtssicherheit für ihren neuen Glauben gewährte und damit ihre neue religiöse und kirchliche Existenz auf eine dauerhafte Grundlage stellte. Statt die Bedeutung dieser Erinnerung herauszustellen, werden wir darüber belehrt, dass das zweite Fenster (zu 1621) „das Los der katholischen Einwohnerschaft verschweigt“ (S. 168). Auf der beigegebenen Abbildung der beiden Fenster sind die Einzelheiten kaum erkennbar, so dass der Leser die Beschreibungen der Autoren nur eingeschränkt nachzuvollziehen vermag, wie überhaupt die Qualität der schwarz-weißen Abbildungen zuweilen zu wünschen übrig lässt.

Juhan Kreem, der Tallinner Stadtarchivar, liefert einen sehr konzentrierten, die wesentlichen Gesichtspunkte pointiert und treffend hervorhebenden Überblick über „die livländische Reformation im Spiegel der estnischen Geschichtswissenschaft“ (S. 99-121) von deren in der estnischen Nationalbewegung der 1860er Jahre angesiedelten Anfängen über ihre Kontinuitäten und Brüche in der ersten Estnischen Republik und der Sowjetzeit bis zur gegenwärtigen Forschungsdebatte im Zeichen von gedanklicher Offenheit und Internationalisierung. In der estnischen Historiografie vermochte die Reformation als eigenständiges Thema keine große Anziehungskraft zu entwickeln, da sie sich im Gegensatz zur hochmittelalterlichen Christianisierung und Eroberung des Landes sowie der frühneuzeitlichen Leibeigenschaft kaum in das vorherrschende nationale Narrativ einfügen ließ; größere Aufmerksamkeit erweckte sie allein durch ihre Bemühungen um Verbreitung von Schriftlichkeit und Bildung unter den Esten. – In ganz ähnlicher Weise analysiert Valda Kļava (Universität Rīga) „die livländische Reformation im Spiegel der lettischen Geschichtswissenschaft“ (S. 123-146): und zwar ihre Interpretationen von den ersten vor dem Ersten Weltkrieg erschienenen Werken zur Geschichte Lettlands und des lettischen Volkes bis hin zu den aktuellen Diskussionen der Gegenwart. Sie trägt gleichartige oder ähnliche Beobachtungen für die lettische wie Kreem für die estnische Geschichtswissenschaft vor: Die Reformationsgeschichte stellte kein eigenes Schwergewicht dar, weil sie in der vorherrschenden Sichtweise, die sich ganz und gar auf das lettische Volk konzentrierte, in erster Linie als Phänomen der deutschbaltischen

Oberschicht gedeutet und allenfalls wegen ihrer Auswirkungen auf Schriftsprache und kulturelle Bildung der Letten größere Aufmerksamkeit weckte, ohne dass dabei die religiösen Antriebe und Verhältnisse ausreichend gewürdigt und die Zusammenhänge mit den reformatorischen Entwicklungen in Deutschland und in Europa angemessen berücksichtigt worden wären. Kļava kritisiert mit unüberhörbarer Deutlichkeit, dass sich die lettische Historiografie des 20. Jahrhunderts „stark politisiert, ideologisiert und national engagiert“ zeigte und die Reformation „höchst vorurteilsvoll wahrgenommen und gedeutet“ wurde (S. 141). In der jüngeren und jüngsten Diskussion glaubt sie erste, noch schüchterne Ansätze zu einer Überwindung der bisherigen Leitlinien zu erkennen.

Der Tübinger Kunsthistoriker Sergiusz Michalski behandelt unter dem Obertitel „Hölzer wurden zu Menschen“ – ein zeitgenössisches Quellenzitat – „die reformatorischen Bilderstürme in den baltischen Landen zwischen 1524 und 1526“ (S. 147-162). Er erörtert die Bilderstürme und ihre Begleitumstände in Riga, Reval und Dorpat und die wechselnden Haltungen der damals maßgeblichen Theologen Sylvester Tegetmeier, Andreas Knopken und Melchior Hoffmann zum Ikonoklasmus; er sucht vor allem den theologischen Gehalt der bilderstürmerischen Maßnahmen im Ganzen und im Einzelnen zu erhellen, ohne jedoch Ursachen und Absichten der Vorgänge und ihre Träger überzeugend erklären zu können. Dass die bilderstürmischen Vorkommnisse „später bewusst verdrängt worden sind, weil sie dem lutherischen Charakter der Reformation zu widersprechen schienen“ (S. 160), tut freilich den letztlich sporadischen und wirkungslosen Geschehnissen, die sich in der reformatorischen Frühphase vor genauere Klärung der in der Kirchenfrage einzuschlagenden Richtung abspielten, allzu viel Ehre an.

Der Band schließt mit einem umfangreichen „Gesamtregister“ (Personen- und Geografisches Register einschließlich ausgewählter Sachbegriffe) zu allen vier Teilen der „baltischen Lande im Zeitalter der Reformation und Konfessionalisierung“ (S. 173-215). Inwieweit die darin sichtbaren Bemühungen um neue Deutungen der baltischen Reformation, die in ihrer grundsätzlichen Richtung jedenfalls den Rezensenten nicht überzeugt haben, die Forschung zu stimulieren vermögen, wird die weitere Diskussion ergeben.

Klaus Neitmann, Potsdam

**Thomas Lange: Zwischen Reformation und Untergang Alt-Livlands. Der Rigaer Erzbischof Wilhelm von Brandenburg im Beziehungsgeflecht der livländischen Konföderation und ihrer Nachbarländer, Hamburg: Verlag Dr. Kovač 2014, 2 Teilbände, 786 S.**

Die umfangreiche Studie von Thomas Lange über die Politik des letzten mittelalterlichen (das Ende des livländischen Mittelalters wird in der Regel mit den ersten Jahren des Livländischen Krieges [1558–1583] verknüpft) Erzbischofs von Riga, Markgraf Wilhelm von Brandenburg-Ansbach (1498–1563, Erzbischof seit 1539), als Dissertation im Jahre 2013 verteidigt, schließt im Kontext der politischen Geschichte des mittelalterlichen Livlands eine Lücke: Handelt es sich doch um eine der wenigen Forschungen, in deren Mittelpunkt nicht der livländische Zweig des Deutschen Ordens steht, sondern sein Hauptkonkurrent auf der lokalen Ebene – der Erzbischof von Riga. Der aus dem Fürstengeschlecht stammende Markgraf Wilhelm, mit den Herrschern von Brandenburg, Polen und Preußen näher verwandt, ist zweifellos als eine Schlüsselfigur in den letzten Dekaden Livlands anzusehen.

Dennoch fehlt bis zum Erscheinen von Langes Werk eine vollständige Untersuchung über Wilhelms politische Tätigkeit. Obwohl ähnlich umfassende Arbeiten zu den ersten Jahren des Livländischen Krieges vorliegen, existiert keine Studie zu den Ereignissen, in der die Perspektive des Erzbistums mit einbezogen wird.

Der inhaltliche Teil des zweibändigen Werkes umfasst ungefähr 700 Seiten, danach folgen auf 80 Seiten Abkürzungs- und Siglenverzeichnis, Quellen- und Literaturverzeichnis sowie Konkordanz der Orts- und Landschaftsnamen. Das Werk ist trotz seines Umfangs nicht ausufernd, sondern gut strukturiert und in einem flüssigen Stil geschrieben. Es bietet den Lesern eine gute Übersicht über die politische Tätigkeit des Erzbischofs unter Betonung der ersten Jahre des Livländischen Krieges. Langes Arbeit beruht weitestgehend auf publizierten Quellen, denen größtenteils bislang kein tieferes Forschungsinteresse zu Teil wurde. Die unpublizierten Quellen, die Lange benutzt hat, stammen aus dem Historischen Staatsarchiv Lettlands.

Intensiv setzt sich der Autor auch mit der älteren (zumeist auf den Orden fokussierten) Geschichtsschreibung auseinander, die Wilhelm offenkundig keine positive Bedeutung beigemessen hat.

Wenn den Argumenten des Autors dennoch leider manchmal schwer zu folgen ist, liegt dies v.a. an den langen Erörterungen und Exkursen in den Fußnoten. Verkürzt hätten diese besser in den Haupttext eingebettet werden sollen. Auch lassen sich einige Irrtümer und Unsauberkeiten nachweisen: Ronneburg war im Mittelalter höchstwahrscheinlich keine Stadt (S. 36); der livländische Landtag von 1534 fand in Fellin, nicht in Wolmar statt (S. 136); Johann von der Pale war wohl Stiftsvogt von Treiden, doch gehörte er nicht gleichzeitig zum Domkapitel (S. 190 f.); während der Koadjutorenfehde von 1556 nahm der Orden am 30. Juni Wilhelm gefangen, nicht aber seinen Koadjutor (Helfer und Nachfolger) Herzog Christoph von Mecklenburg, der schon am Tag davor vom Orden verhaftet wurde (S. 209); die letzte größere Invasion der Russen vor dem Livländischen Krieg fand nicht 1481, sondern im Winter 1501/02 statt (S. 253); der Rigaer Domdekan Jakob Meck wurde spätestens 1552 Mitglied des Kapitels, nicht 1556 (S. 262); der künftige schwedische König Johan III. wurde zwei Mal (S. 292 u. 313) irrtümlich als Bruder des schwedischen Königs Gustav I. (eigentlich sein Vater) bezeichnet.

Ferner gibt es einige problematische Schreibweisen in der Orts- und Landschaftsnamenskonkordanz (S. 783-786): Brest – poln. Brześć, nicht Brzéc; Dünaburg – lett. Daugavpils, nicht Daugavapils; Dünamünde – lett. Daugavgrīva, nicht Daugavagrīva; Grobin – lett. Grobiņa, nicht Grobina; Kreutzberg – lett. Krustpils anstatt Krizberģi; Kulm – poln. Chełmno, nicht Chelm; Padis – estn. Padise, nicht Kloostri; Papendorf – lett. Rubene statt Rubenes; Pernigel – lett. Liepupe anstatt Liepupes; Schamaiten – lit. Žemaitija, nicht Žemaiten; Tarvast – estn. Tarvastu, nicht Tarvast.

Einige Unklarheiten resultieren auch aus der verwendeten Terminologie: Lange bezeichnet z.B. die so genannte Livländische Spätzeit als: „[...] im Allgemeinen recht gut erforscht“ (S. 12). Vermutlich hat er die Jahre um 1550 und den Anfang des Livländischen Krieges im Sinn, jedoch wird die Endphase der Periode spätestens mit dem Tod des livländischen Ordensmeisters Wolter von Plettenberg (1535) festgesetzt und die Jahre 1535–1555 sind kaum untersucht. Ferner spricht Lange von Landtagen, die innerhalb Livlands stattfanden, wie die Landtage des Rigaer Erzbistums (u.a. S. 40). Im Kontext Livlands wäre es sinnvoller, mit diesem Begriff nur die allgemeinen Zusammenkünfte zwischen allen livländischen

Herrschern und Ständen zu bezeichnen, die enger gehaltenen Sitzungen sollte man dagegen anders benennen (z.B. Ständetage), um Verwirrungen zu vermeiden. So sind auch Jahreszahlen nicht immer richtig wiedergegeben (S. 174 f.): 1552 trat nicht der gesamte Landtag zusammen, der das Luthertum und den Katholizismus als gleichwertig verkündete, sondern lediglich die Tagung der Livländischen Ritterschaften und die beiden Konfessionen wurden für ganz Livland erst auf dem (Gesamt-)Landtag 1554 gleichgestellt.

Am Anfang seiner Monografie beschreibt Lange kompetent das mittelalterliche Livland unter der besonderen Hervorhebung des Erzbistums Riga. Langes Aussage, dass der Orden im 16. Jahrhundert die stärkste Macht in Livland gewesen sei, jedoch seine Politik im Einklang mit der des Erzbischofs und der der anderen Bischöfe gestalten musste, kann man zustimmen. Auch der Erzbischof hätte keine Politik betreiben können, die seinen Ständen – dem Domkapitel und der Ritterschaft – entgegen gestanden hätte (S. 100). Darüber hinaus gelingt es dem Verfasser, Wilhelm in seinen jungen Jahren anschaulich zu beschreiben, und dessen Motive, nach Livland zu gehen, darzulegen. So sah Wilhelm in Livland die Möglichkeit gegeben, seine fürstliche Lebensweise fortzusetzen, wenngleich Wilhelms Ambitionen hier in Livland schwere Konflikte mit dem Orden und anderen Bischöfen nach sich zogen. U.a. die „Wieksche Fehde“, in der sich der Markgraf erfolglos bemühte, Bischof von Ösel-Wiek zu werden. Lange beschäftigt sich mit diesem Konflikt zwar nicht detailliert, doch verweist er auf die einschlägige Forschungsliteratur.

Ähnlich wie die gängige Geschichtsschreibung sieht Lange in Wilhelm seit dessen Ankunft in Livland im Jahre 1530 einen der wichtigsten Förderer der Reformation. Allerdings stellt der Autor keine Vermutungen an, wie sich Wilhelm dem Luthertum annähern konnte; vermutlich fehlen hier die direkten Quellen. Ulrich Müller, der die betreffenden Quellen ausgiebig erforscht hat, vermutet, dass Wilhelm zunächst kein Lutheraner, sondern eher eine schwankende oder eben eine pro-katholische Haltung vertrat. Wilhelm sei erst nach 1540 Protestant geworden.<sup>1</sup> Eine Forschungsdebatte zu diesem Thema steht noch aus.

Wilhelms Zeit als Erzbischof bis zum Beginn des Livländischen Krieges wird von Lange gut beleuchtet, wenn auch manche Fragen (z.B. die mannigfaltigen politischen Probleme in den 1540er Jahren) nur andiskutiert werden. Ausführlich wendet sich Lange der Bedeutung des Rezesses während des Wolmarer Landtags im Jahre 1546 zu (S. 161-163). Hier schlossen Orden und Erzbischof einen vorübergehenden Kompromiss, so dass der Erzbischof nach langen Bemühungen erneut neben dem Orden als Herr der Stadt Riga auftreten konnte. In langer Perspektive war der Wolmarer Rezess jedoch nützlicher für den Orden, außerdem schuf er die Voraussetzungen für einen neuen Konflikt, weil den Landesherrn von Livland ohne die Zustimmung aller anderen livländischen Stände nunmehr untersagt wurde, einen aus dem Fürstengeschlecht stammenden Koadjutor zu wählen. Genau das aber planten Wilhelm und seine Verbündete (Herzog Albrecht von Preußen, der polnische König Sigismund II. August und Herzog Johann Albrecht von Mecklenburg) in den 1550er Jahren. Lange vertritt die nicht überzeugende These, dass der Hauptinitiator dieser Politik nicht Wilhelms Bruder Herzog Albrecht gewesen sei, da dieser sich schon lange Zeit nicht

1 Ulrich Müller: Erzbischof Wilhelm von Riga und die Reformation in Livland 1535–1563, in: Arno Mentzel-Reuters, Klaus Neitmann (Hrsg.): Preussen und Livland im Zeichen der Reformation, Tagungsberichte der Historischen Kommission für ost- und westpreussische Landesforschung, Bd. 8, Osnabrück 2014, hier S. 241-343.

mehr an der livländischen Politik beteiligt habe (S. 173 f.). Unklar bliebe, wer von den drei Verbündeten der Hauptschöpfer des Plans war.

Das Abkommen zur Wahl des Koadjutors führte schließlich zum Waffenkonflikt zwischen Orden und Erzbischof – zur sog. Koadjutorfehde (1556/57), während der Wilhelm vom Orden für mehr als ein Jahr gefangen gehalten wurde. Am Ende der Fehde setzte Sigismund II. August die Freilassung des Erzbischofs durch, woraufhin in Livland der Einfluss des Königs stieg. Lange beschreibt in diesem Kontext Wilhelms Außenpolitik als zielorientiert und präzise: pro-polnisch und seit den 1550er Jahren an der Neutralisierung der aus dem Moskauer Zarenreich stammenden Gefahr ausgerichtet. Dagegen sieht der Autor die Politik des Ordens und anderer Livländer als „[...] schwankend und kurzfristig“ (S. 242) sowie „[...] orientierungslos“ an (S. 251). Ihre Ausrichtung habe dazu geführt, dass Livland nicht rechtzeitig Verbündete habe finden können.

Die ersten Jahre des Livländischen Krieges bilden den wichtigsten Untersuchungsgegenstand des Buches von Lange. Dabei stehen die Verhandlungen zwischen Livland und Polen-Litauen im Vordergrund. Lange zeigt auf, wie sich die Meinungen der Opponenten (Erzbischof Wilhelm und Ordensmeister Wilhelm von Fürstenberg) aus der Zeit der Koadjutorfehde bis Spätsommer 1559 annäherten: Beide glaubten jetzt, dass man außer von Seiten Polen-Litauens keine andere effektive Hilfe gegen Moskau erwarten könne und beide waren bereit, sich unter die Schutzherrschaft Polen-Litauens zu begeben. Dagegen fand Wilhelm mit dem neu eingesetzten Landmeister Gotthard Kettler keine gemeinsame Sprache, da dessen Forderungen weitreichender gewesen seien: So behauptet Lange, dass Kettler schon im Jahre 1559 den Zuspruch von Polen-Litauen verlangt und als Vasall von König Sigismund II. August den größeren Teil Livlands unter seine Verwaltung zu bekommen erhofft habe. Kettler wurde zum wichtigsten Kommunikationspartner mit Polen-Litauen und Wilhelm verlor an Einfluss. Dabei bewertet Lange die Person Kettler negativ, indem er ihn (im Gegensatz zu Wilhelm) nur egoistische Motive zuspricht (z.B. S. 365).

Gegenstand der Verhandlungen war die Stadt Riga als das wichtigste Handelszentrum in Livland. Riga lehnte Polen-Litauen als neue Macht ab. Lange betont, dass Kettler bereit gewesen sei, seinen Herrschaft über die Stadt an Polen-Litauen abzugeben. Dazu sei der Erzbischof aber nicht bereit gewesen, weil seine Machtbasis im Vergleich zu der des Landmeisters viel geringer war. Deshalb war für ihn der Verlust der Stadt sehr viel folgenreicher. Der Erzbischof hoffte im Gegenteil als alleiniger Herrscher, die Macht über die ganze Stadt erringen zu können. Doch Polen-Litauen war an solchen Plänen nicht interessiert, da es selbst auf die völlige Übernahme Rigas setzte. Dafür brauchte es dann doch immerhin 20 Jahre, erst 1581 kam Riga unter polnische Herrschaft.

Neben den Verhandlungen mit Polen-Litauen markiert Lange auch interessante Nebenthemen. Z.B. betont er, dass die Möglichkeiten der Livländer, aus dem Heiligen Römischen Reich Hilfe zu erhalten, viel größer gewesen seien als in der Historiografie behauptet werde. Sowohl der Orden als auch der Erzbischof hätten mindestens bis 1559 (letzterer vielleicht sogar bis 1561) auf eine solche Unterstützung gewartet. Im Reich habe die Frage der Hilfeleistung bis 1561 kursiert, bis die fehlende Bereitschaft der deutschen Fürsten für das fern liegende Livland bekannt geworden sei. Des Weiteren untersucht Lange sehr ausführlich die Beziehungen des Erzbischofs zu seinen preußischen Suffraganbischöfen: Insbesondere das Jahr 1560 steht hier im Mittelpunkt, als der Erzbischof dem katholischen Bischof von Kulm das Exkommunizieren der lutherischen Stadt Thorn verbot und auf diese Weise den

Protestantismus unterstützte. Lange urteilt, dass Wilhelm aus eigener Initiative in die preußischen Angelegenheiten eingegriffen habe, obgleich an dieser Stelle zu betonen wäre, dass der Bruder des Erzbischofs, Herzog Albrecht von Preußen, ihn zum Eingreifen ermutigte.

Als eine interessante Episode behandelt Lange den Einfluss von Herzog Magnus, des Bruders des dänischen Königs. Als der Konflikt zwischen Magnus (der Bischof von Ösel-Wiek, Kurland und Reval geworden war) und dem Landmeister Kettler im Sommer 1560 zu einem Krieg zu werden drohte, traten noch im August des Jahres Erzbischof Wilhelm und sein Koadjutor Christoph mit Erfolg vermittelnd auf. Lange betont hier wohl zu Recht die Bedeutung Wilhelms, der auf die innere Stabilität Livlands setzte. Allerdings unterschätzt Lange die Rolle von Magnus, wenn er den Standpunkt vertritt, dass nach dem Herbst 1560 „[...] Magnus zunächst keine beherrschende Rolle in Politik mehr spielte“ (S. 467). Dagegen argumentiert Andres Adamson in seiner Dissertation zu Herzog Magnus, dass die Rolle von Magnus in der livländischen Politik mindestens noch in den Jahren 1570 und 1577 bedeutend war.<sup>2</sup>

Weiterhin ist dem Verfasser zuzustimmen, dass nachdem sich der Landmeister und der Erzbischof im Herbst 1561 dem polnischen König unterwarfen, Landmeister Kettler zum Herzog von Kurland ernannt wurde und auch Erzbischof Wilhelm einen säkularen Macht-sicherung verzeichnen konnte: Das Erzbistum wurde nicht zu einem direkt untergeordneten livländischen, nunmehr polnischen Herzogtum (*Ducatus Ultradunensis*), sondern blieb als autonomes Gebiet erhalten. Außerdem erhielt der Erzbischof die Wahl, das Gebiet zu säkularisieren oder mit seiner religiösen Herrschaft zu verwalten. Der Erzbischof habe daraufhin versucht, seinen Besitz in einen säkularen protestantischen Fürstenstaat umzuwandeln. Lange vergleicht das Reformprojekt des Erzbischofs mit dem der kurländischen und preußischen Herzogtümer sowie mit dem autonomen königlichen (West-)Preußen und kommt zu dem Schluss, dass die Gründung eines autonomen Vasallenstaats möglich gewesen sei. Die Pläne des Erzbischofs seien jedoch aufgrund des Widerspruchs seiner Stände gescheitert, da diese den Verlust ihrer Privilegien gefürchtet hätten; zu Teilen sei der Versuch auch aufgrund der Reaktionen Polen-Litauens gescheitert, das keinerlei Interesse an einer größeren Autonomie des Erzbistums hatte. Die Situation habe sich durch einen Streit zwischen Wilhelm und dem Domkapitel zugespitzt, als im Jahre 1561 um die Besitzverhältnisse des Domkapitels verhandelt worden sei. Lange behauptet glaubhaft, Wilhelms Verhalten resultiere aus der durch den Krieg entstandenen wirtschaftlichen Misere, die seine Reformpläne zu Nichte machte. Andererseits ist dem Domdekan Meck ein positiveres Gewicht zuzumessen, denn sein Bemühen zielte auf den Schutz des Domkapitels ab. Wohingegen Lange die Interessen von Meck mit den persönlichen Ambitionen von Kettler gleichstellt.

Der Misserfolg des Erzbischofs wurde aber auch durch sein Alter und seinen schlechten Gesundheitszustand verursacht, er starb im Februar 1563.<sup>3</sup> Obgleich Pläne für das Erzbistum existierten, wurde die Autonomie im Jahre 1566 aufgehoben und das Gebiet dem livländi-

2 Hertsog Magnus ja tema „Liivimaa kuningriik“ [Herzog Magnus und sein „Livländisches Königreich“], Tallinn 2009; <http://www.tlulib.ee/files/arts/93/adams32edcc1f3e3cb9aa78f60d29e91cee20.pdf>, [letzter Zugriff: 29.8.2014].

3 Hiermit sollte erwähnt werden, dass in der umfangreichen Bibliografie von Lange eine kürzlich erschienene Studie fehlt, die sich mit Wilhelms Grabplatte in Rigaer Dom beschäftigt: Markus Gerstmeier, Ojārs Sparitis: Livländische Herrscherikonographie: Die letzten Fürstbischöfe, in: Matthias Asche, Werner Buchholtz u.a. (Hrsg.): Die baltischen Lande im Zeitalter der Reformation

schen Herzogtum angegliedert. Wilhelms Politik hatte nicht zur gewünschten dauerhaften Autonomie des Erzbistums geführt. Es ist Lange zuzustimmen, wenn er dies mit dem im Vergleich zu Kettler engen Spielraum des Erzbischofs begründet.

Die im Schlusswort geäußerte Empfehlung, Wilhelm in der künftigen Forschung mehr Aufmerksamkeit (und auch eine positivere Wertung) zukommen zu lassen, ist zu unterstreichen. In der bisherigen Historiografie wurde die Person von Wilhelm überwiegend negativ bewertet, als die eines gescheiterten Menschen, eines Versagers, Verräters und als die einer Marionette seines Bruders. Lange hat im Gegensatz zu dieser traditionell ordenslastigen Geschichtsschreibung eine neue Perspektive aufgezeigt: Bei Lange wird Wilhelm als eine starke und selbstbewusste Persönlichkeit dargestellt, die fortschrittliche (d.h. moderne) Veränderungen durchzusetzen versuchte. Aber die herrschende, dem Mittelalter eigene Rückgewandtheit des übrigen Livlands habe seinen Ambitionen entgegen gestanden (s. besonders S. 699-706). Vermutlich werden sich nicht alle Livland-Historiker mit diesem Bild von Wilhelm bzw. von Livland in allen Aspekten einverstanden erklären können. Dass sich die Sympathie des Historikers für seinen Protagonisten durchsetzt, ist in den meisten Biografien nicht ungewöhnlich, bei Lange sind die politischen Konkurrenten des Erzbischofs (besonders Kettler und Meck) aber unverdient negativ behandelt worden.

Langes Werk stellt eine umfangreiche und sachliche Studie über die politische Tätigkeit des letzten Rigauer Erzbischofs dar. Die eingangs erwähnten Unklarheiten schmälern den Wert des Buches im Großen und Ganzen nicht. Die Studie besticht durch die Tatsache, dass Ereignisse beleuchtet werden, die in der traditionell ordenslastigen Historiografie bislang keine Aufmerksamkeit erhielten. Außerdem provoziert Lange neue Diskussionen, indem er weitere Interpretationsmöglichkeiten überzeugend darstellt. Somit erweitert das Buch das Bild der letzten Dekaden des mittelalterlichen Livlands.

Dennoch verdient die Politik des Erzbischofs Wilhelm weiter untersucht zu werden: Nach wie vor bestehen Desiderata zu innenpolitischen und in Teilen auch außenpolitischen Aktivitäten. Auch fehlen Untersuchungen zu einzelnen Aspekten von Verwaltung und Verfassung sowie von Wirtschaft,<sup>4</sup> die aus der Perspektive von Mikro- und Mentalitätsgeschichte, auch der Religionswissenschaft usw. durchgeführt würden. Langes Buch motiviert dazu, der Livländischen Geschichte im 16. Jahrhundert mehr Aufmerksamkeit zu schenken. Wünschenswert wäre zudem eine ähnliche (möglicherweise neutralere) Studie über Gotthard Kettler.

Madis Maasing, Tartu

und Konfessionalisierung. Livland, Estland, Ösel, Ingermanland, Kurland und Lettgallen. Stadt, Land und Konfession 1500–1721, Tl. 4, Münster, 2012, S. 39-65, hier S. 57-62.

4 Bis heute hat Klaus Neitmann zwei Aufsätze zur Verfassung und Wirtschaft veröffentlicht: Fürst und Räte vor der Herausforderung „guter Ökonomie und Haushaltung“. Aufbau und Unterhaltung der Hof- und Landesverwaltung des erzbischöflich rigischen Koadjutors Markgraf Wilhelm von Brandenburg 1529–1539, in: Gerhard Fouquet, Jan Hirschbiegel u.a. (Hrsg.): Hofwirtschaft. Ein ökonomischer Blick auf Hof und Residenz in Spätmittelalter und Früher Neuzeit, Ostfildern 2009, S. 77-122; Die Auswahl von Residenzorten. Methodische Bemerkungen zur spätmittelalterlichen geistlichen Residenzbildung, in: Hans-Dieter Heimann, Klaus Neitmann (Hrsg.): Spätmittelalterliche Residenzbildung in geistlichen Territorien Mittel- und Nordostdeutschlands, Göttingen 2008, S. 41-90.